

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Jugoslawien

Andreas Ernst
ECHORAUM,
NICHT PULVERFASS

Vedran Džibić
DIE NACHFOLGESTAATEN
JUGOSLAWIENS ZWISCHEN
EU, RUSSLAND UND TÜRKEI

Marie-Janine Calic
KLEINE GESCHICHTE
JUGOSLAWIENS

Ana Mijić
DER BOSNISCH-
HERZEGOWINISCHE
NACHKRIEG

Tanja Petrović
ERINNERUNGEN AN EIN
UNTERGEGANGENES LAND

Marc Halder
MYTHOS TITO

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**

Jugoslawien

APuZ 40–41/2017

ANDREAS ERNST

ECHORAUM, NICHT PULVERFASS

Bedenkliche Befunde zum postjugoslawischen Raum häufen sich. Aber ist die Warnung vor der brennenden Lunte am Pulverfass gerechtfertigt? Um das beurteilen zu können, ist es zunächst sinnvoll zu hinterfragen, wie sinnvoll eine Betrachtung dieser Staaten als Region ist.

Seite 04–09

VEDRAN DŽIHIC

**DIE NACHFOLGESTAATEN JUGOSLAWIENS
ZWISCHEN EU, RUSSLAND UND TÜRKEI**

In den postjugoslawischen Staaten, die noch keine EU-Mitglieder sind, sinkt die Zustimmung zur Europäischen Union. Gleichzeitig wachsen die Sympathien für Russland oder die Türkei. Die Krisen in der Region häufen sich. Welche Rolle spielt die EU in dieser Situation?

Seite 10–15

MARIE-JANINE CALIC

KLEINE GESCHICHTE JUGOSLAWIENS

Die beiden Jugoslawien – das königliche und das sozialistische – standen vor ähnlichen Herausforderungen, wählten aber unterschiedliche Ansätze zur Herstellung nationaler Einheit. Beide scheiterten schließlich an einer wachsenden Diskrepanz zwischen Wunsch und Wirklichkeit.

Seite 16–23

ANA MIJIC

**DER BOSNISCH-HERZEGOWINISCHE
NACHKRIEG**

Über 20 Jahre nach Ende des Krieges ist das Verhältnis zwischen den bosniakischen, kroatischen und serbischen Bosnierinnen und Bosniern durch tiefe Gräben gekennzeichnet. Über die Verantwortung für den Krieg und die begangenen Verbrechen wird noch immer gestritten.

Seite 26–31

TANJA PETROVIC

**ERINNERUNGEN AN EIN
UNTERGEGANGENES LAND**

Im dritten Jahrzehnt nach dem von ethnischer Gewalt geprägten Zerfall Jugoslawiens wird der Vielvölkerstaat in seinen Nachfolgestaaten von offizieller Seite gerne auf ein historisches Faktum reduziert. Aber gehört Jugoslawien wirklich definitiv der Vergangenheit an?

Seite 32–37

MARC HALDER

MYTHOS TITO

Wie wurde aus dem kroatischen Bauernsohn Josip Broz der charismatische Partisanenführer und weltweit geachtete Staatsmann Tito? Die Antwort auf diese Frage führt über den Personenkult um den jugoslawischen Staatschef, der bis heute nachwirkt.

Seite 38–44

EDITORIAL

Die Entstehung eines der komplexesten Staatsgebilde des 20. Jahrhunderts jährt sich zum hundertsten Mal: Am 20. Juli 1917 vereinbarten Vertreter von Serben, Kroaten und Slowenen in der Deklaration von Korfu, die drei Teile ihrer „dreinamigen Nation“ in einem Staat zu vereinen. Dieser wurde am 1. Dezember 1918 als Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen ausgerufen und elf Jahre später in „Jugoslawien“ (Südslawien) umbenannt.

Die Rivalitäten zwischen den fast zwanzig Volksgruppen, die über die Jahrhunderte unter sehr unterschiedlichen Einflüssen gestanden hatten und nun zu einer einzigen jugoslawischen Nation zählen sollten, belasteten den neuen Staat von Beginn an. Als Jugoslawien nach dem Zweiten Weltkrieg als sozialistischer Bundesstaat neu gegründet wurde, waren die Gräben während der Besatzung tiefer geworden. Zwar vermochte der legendäre Oberbefehlshaber der siegreichen gesamtjugoslawischen Partisanen, Josip Broz Tito, als Staatschef zur Identifikationsfigur eines jugoslawischen Selbstbewusstseins zu werden. Aber nach seinem Tod 1980, einer lähmenden Wirtschaftskrise und dem Ende des Ost-West-Konflikts brachen sich die schwelenden Nationalismen Bahn, und der letzte Vielvölkerstaat Europas zerfiel in ethnisch motivierter Gewalt.

Von den sieben Nachfolgestaaten Jugoslawiens gehören heute Slowenien und Kroatien zur Europäischen Union. Serbien, Montenegro und Mazedonien sind Beitrittskandidaten, und 2016 konnte auch Bosnien-Herzegowina ein Beitritts-gesuch stellen, während Kosovos Unabhängigkeit von einigen EU-Mitgliedsstaaten nach wie vor nicht anerkannt wird. Aber die katalysierende Wirkung, die das Ziel eines EU-Beitritts für den Prozess der demokratischen Transformation im postjugoslawischen Raum entfaltete, hat mit den multiplen Krisen der Europäischen Union nachgelassen, und angesichts autoritärer Tendenzen und wieder zunehmender ethnopolitischer Spannungen mehren sich Fragen nach der Zukunft der Region.

Anne-Sophie Friedel

ECHORAUM, NICHT PULVERFASS

Andreas Ernst

Die Rede vom Balkan als Europas „Pulverfass“ hat in jüngster Zeit wieder Konjunktur. Dem westlichen Publikum, das seit dem kriegerischen Zerfall Jugoslawiens in den 1990er Jahren eher wenig aus der Region erfahren hat, wird vermittelt, im „weichen Unterleib“ des europäischen Kontinents *rumore es* wieder.

Unbestreitbar sind viele Bürgerinnen und Bürger in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens mit ihrem Los unzufrieden, wobei die schlechte wirtschaftliche Lage, eine mangelhafte Gesundheitsversorgung und ungenügende Bildungseinrichtungen die größten Sorgen bereiten. Überall verbreitet ist ein Gefühl der Distanz und Entfremdung gegenüber der politischen Klasse. Die Frustration hat in den meisten Fällen zum apathischen Rückzug ins Private geführt, bei jungen Gutausgebildeten oft zur Emigration, und nur selten und meist kurzfristig zu politischer Mobilisierung.⁰¹

Ebenso trifft zu, dass die Zeiten vorbei sind, in denen allein die EU im Verbund mit Washington ihren Einfluss in der Region geltend machte und als Ordnungsmacht auftrat. Die Zahl der Akteure, die Interessen anmelden, hat mit Russland, der Türkei, aber auch China und den Golfstaaten zugenommen – und mit ihnen auch Spannungen, wie in jüngster Zeit das Wiederaufleben der Rhetorik aus dem Kalten Krieg zeigt.⁰²

Diese Befunde sind zwar bedenklich, aber rechtfertigen sie die Warnung vor der brennenden Lunte am Pulverfass? Um diese Frage zu beantworten, ist es sinnvoll, zunächst zu klären, inwiefern von „den“ postjugoslawischen Staaten überhaupt als Region gesprochen werden kann. Der Begriff „Westbalkan“, den die EU 1998 für die Nachfolgestaaten Jugoslawiens plus Albanien übernahm, impliziert zwar eine regionale Identität, macht diese aber lediglich daran fest, dass diese Länder EU-Beitrittskandidaten sind.⁰³ Entsprechend zählen im EU-Jargon Kroatien und Slowenien, die mittlerweile EU-Mitgliedsstaaten sind, nicht mehr dazu.

IST DER POSTJUGOSLAWISCHE RAUM EINE REGION?

Im postjugoslawischen Raum selbst ist es durchaus üblich, von den Ländern, die aus der Konkursmasse des untergegangenen Staates hervorgegangen sind, als „Regija“ (Region) zu sprechen. Bezeichnenderweise wird der Begriff groß geschrieben, als würde es sich um einen Eigennamen handeln.⁰⁴ Und tatsächlich gibt es auf den ersten Blick Argumente, die dafür sprechen, diese Länder mit ihren 20 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern als Region zu betrachten.

So gibt es nicht nur mannigfaltige politische, wirtschaftliche und kulturelle Austauschbeziehungen, sondern auch die Öffentlichkeiten der postjugoslawischen Gesellschaften überlappen sich vielfach. Vor einigen Jahren hat der britische Journalist Tim Judah dieses Phänomen als „Jugosphäre“ bezeichnet.⁰⁵ Deren Voraussetzung ist natürlich die gemeinsame Sprache, die in Serbien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Montenegro gesprochen und von vielen Menschen in Slowenien und Mazedonien verstanden wird. Medienunternehmen wie N1, Al Jazeera oder auch Pink betrachten den gesamten Sprachraum als einen Markt, gleiches gilt für die Musik-, Film- und Buchbranche und einen Teil der Unterhaltungsindustrie. Eine parallele Entwicklung findet seit 1999 – dem Jahr des Abzugs der serbischen Truppen aus Kosovo – in der albanischen Sprachregion statt.

Was die einzelnen Staaten – scheinbar paradoxerweise – ebenfalls miteinander verbindet, sind die immer wieder aufbrechenden Differenzen und Konflikte, die gerade deshalb so intensiv werden, weil man sich – sprachlich – so gut versteht. Die Gegenstände dieser medial aufgeheizten Auseinandersetzungen reichen von Grenzfragen und Handelshemmnissen über Abhörskandale bis zu Erinnerungskultur und Geschichtspolitik. Die mitunter fast schon neurotische Fixiertheit auf die Nachbarn

– am meisten ausgeprägt in Kroatien und Serbien – ist zweifellos eine Erbschaft aus der Zeit des gemeinsamen Staates und seines tragischen Zerfalls.

Auch wirtschaftlich sind die Länder stark miteinander verflochten, und es gibt eine Reihe multinationaler Unternehmen wie die kroatische Großhandelsfirma Atlantic Grupa oder die slowenisch-kroatische Handelskette Mercator, die regional aktiv sind. Im Rahmen des „Berlin Prozesses“ gibt es Bestrebungen, einen gemeinsamen regionalen Wirtschaftsraum zu schaffen. Doch zurzeit ist der Austausch der einzelnen Länder mit der EU noch deutlich größer als jener zwischen den postjugoslawischen Staaten selbst.⁰⁶

Ähnlichkeiten zwischen den Ländern gibt es auch, wenn wir den Blick auf den gesellschaftspolitischen Konservatismus richten, die umfassende Rolle der Familie, den breiten Raum, den Religionen in der Öffentlichkeit einnehmen oder die klientelistisch geprägten Parteiensysteme. Diese Strukturmerkmale sind aber keineswegs gleichmäßig über die Region verteilt und finden sich auch in Ländern wie Italien, Polen oder Ungarn.

01 Die basisdemokratische „Plenum“-Bewegung in Bosnien-Herzegowina verschwand nach ihrem kurzen Auftritt 2014 wieder, „Ne davimo Beograd“, der Bürgerprotest gegen eine Überbauung des Savebeckens in Belgrad ist kaum mehr in der Öffentlichkeit sichtbar, und der Bürgerprotest in Mazedonien gegen das Regime von Ministerpräsident Nikola Gruevski ebte ab, noch bevor es unter Druck der USA im Frühjahr 2017 die Fahne strich. Einzig in Kosovo hat es die linksnationale Bürgerbewegung Vetevendosje (Selbstbestimmung) geschafft, das politische Spektrum zu verändern und sich zur stärksten Oppositionspartei mit realen Chancen zur Machtübernahme entwickelt.

02 So warnte der US-Vizepräsident Mike Pence bei einem Besuch in Montenegro im August 2017, Russland arbeite daran, die Region zu destabilisieren. Das gelte es zu verhindern, denn die Zukunft dieser Staaten liege im Westen. Vgl. Deutsche Welle, Pence verspricht Westbalkan Beistand, 2.8.2017, www.dw.com/de/a-39940798.

03 Vgl. Janusz Bugajski, The Western Balkans, 27.8.2017, www.oxfordbibliographies.com/view/document/obo-9780199743292/obo-9780199743292-0094.xml.

04 Wobei im Januar 2016 der neue konservative kroatische Außenminister Weising gab, künftig nicht mehr von der „Region“, sondern von der „Nachbarschaft“ zu sprechen, um eine Identifizierung mit dem postjugoslawischen Raum zu vermeiden. Vgl. Andreas Ernst, Kroatiens Flucht aus der Region, 8.3.2016, www.nzz.ch/-1.18708181.

05 Tim Judah, Good News from the Balkans. Yugoslavia Is Dead, Long Live the Yugosphere, November 2009, www.lse.ac.uk/europeaninstitute/research/lsee/pdfs/publications/yugosphere.pdf.

06 Institute for Public Policy and Good Governance, Economic Relations Between the Western Balkans Six Countries, Tirana 2016, www.excellence.al/sites/default/files/Policy_Paper_JPPM.pdf, S. 7; Andreas Ernst, Serbien plant eine Zollunion im Westbalkan, 12.9.2017, www.nzz.ch/-ld.1315641.

Bei näherer Betrachtung der politischen Systeme, der *governance* und des Stands der inneren Staatsbildung zeigen sich allerdings markante Unterschiede zwischen den postjugoslawischen Staaten. Drei Gruppen lassen sich unterscheiden: *Erstens* die stabilen gelenkten Demokratien Serbien und Montenegro, *zweitens* die „unvollendeten“, mit Legitimitätsdefiziten kämpfenden Staaten Bosnien-Herzegowina, Kosovo und Mazedonien sowie *drittens* Kroatien und Slowenien, an der EU-Peripherie gelegen und über Traditionen und Konflikte mit ihren südlichen Nachbarn verbunden.

Serbien und Montenegro – gelenkte Demokratien

Die politischen Systeme Serbiens und Montenegros zeichnen sich in der Praxis durch die weitgehende Abwesenheit institutioneller *checks and balances* aus. Die Macht konzentriert sich bei der Exekutive (im Fall Serbiens verfassungswidrig im Präsidialamt). Die Regierungsparteien dominieren die staatlichen Institutionen und funktionieren als Klientelsysteme, die Pfründe gegen Loyalität tauschen, sodass mit gutem Grund von einem *captured state* gesprochen werden kann.⁰⁷ Das Parlament ist entsprechend machtlos. Es finden kaum echte Debatten in den Ausschüssen statt und schon gar nicht im Plenum. Gesetze werden oft im Eilverfahren durchgewinkt. Die Justiz ist ineffizient und beeinflussbar und eignet sich wenig zur raschen Lösung von Rechtshändeln.

Ein Großteil der Medien ist personell und finanziell von der Regierung abhängig und betreibt entsprechend eine gouvernementale Berichterstattung. Die landesweiten Fernsehkanäle, über die sich das Gros der Bevölkerung informiert, dienen als Plattformen für propagandistisch anmutende Auftritte der Exekutive. Dazu gehört die mediale Inszenierung von Krisen und Bedrohungen: Ein angeblicher Putschversuch mit russischen Hintermännern in Montenegro am Wahltag im Oktober 2016, die Entdeckung eines Waffenlagers beim Wochenendhaus des serbi-

07 Der Begriff, manchmal mit „Kaperung staatlicher Institutionen“ übersetzt, bezeichnet mehr als weit verbreitete Korruption. Es geht darum, dass private Akteure, zum Beispiel Regierungsparteien, die staatlichen Institutionen mit einem Netz von klientelistischen Strukturen überziehen und sich Zugang zu staatlichen Pfründen verschaffen. Vgl. Mihály Fazekas, Ágnes Czibik, From Corruption to State Capture: A New Analytical Framework, 20.1.2015, <http://corruptionresearchnetwork.org/acrn-news/blog/from-corruption-to-state-capture-a-new-analytical-framework>.

schen Ministerpräsidenten Aleksandar Vučić im selben Monat oder ungeklärte Geheimdienstaktivitäten rund um die serbische Botschaft in Skopje im August 2017. Das Muster ist immer dasselbe: Die Exekutive beschwört mit aktiver Beihilfe der Medien eine Krise herauf, die dank dem beherzten Eingreifen der Staatsspitze wenig später gelöst wird. Das Risiko, dass kritische Medien den Bluff aufdecken, ist vernachlässigbar. Damit befindet sich der politische Diskurs permanent im Wahlkampfmodus und ist gekennzeichnet von Polemik, Personalisierung und Dramatisierung.

Es wäre aber falsch, diesen krisenhaften Diskurs als Ausdruck von Instabilität zu „lesen“. Im Gegenteil ist er Teil einer bewährten Herrschaftstechnik, die als „gelenkte Demokratie“ bezeichnet werden kann. In diesem System finden zwar regelmäßig freie Wahlen statt, aber die Erfolgchancen der Wettbewerber sind extrem einseitig verteilt. Weil die Regierungsparteien den öffentlichen Sektor kontrollieren, verfügen sie über ein quasi „garantiertes“ Potenzial an Stimmen, das sich leicht mobilisieren lässt. Hinzu kommt die absolute Dominanz in der medialen Öffentlichkeit, die auch jenseits des abhängigen Klientels für Zustimmung sorgt. Oppositionelle Politiker haben unter diesen Umständen einen schweren Stand. Ihre mediale Präsenz ist viel geringer als jene der Regierenden, und es ist fast unmöglich, eine kohärente Kampagne zu führen. In diesen freien, aber nicht fairen Wahlen werden die Regierenden immer wieder von Neuem im Amt bestätigt.

Diese Kontinuität lässt sich auch außenpolitisch nutzen. Sowohl Präsident Aleksandar Vučić in Serbien als auch Milo Đukanović, die graue Eminenz der montenegrinischen Politik, haben sich über die Jahre als verlässliche Partner des Westens erwiesen. Vučić zeigt sich gegenüber Kosovo im Dienste eines Normalisierungsprozesses zu Konzessionen bereit. In Bosnien-Herzegowina bremst er die separatistischen Bestrebungen in der Republika Srpska. Đukanović steuerte Montenegro noch in den 1990er Jahren aus Miloševićs Orbit und gegen den erbitterten Widerstand der Hälfte der Bevölkerung jüngst in den Hafen der Nato. Dieses Wohlverhalten wird von westlicher Seite belohnt: mit EU-Beitrittsverhandlungen, mit zurückhaltender Kritik am autoritären Führungsstil und durch die Aufwertung der kooperativen Politiker, die sich im Schein westlicher Spitzenpolitiker sonnen und daraus innenpolitisches Kapital schlagen.

Mazedonien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo – unvollendete Staaten

In ähnlicher Weise sind *state capture*, Klientelismus und eingeschränkte Medienfreiheit auch Strukturmerkmale von Mazedonien, Bosnien-Herzegowina und Kosovo. Aber bei diesen drei Staaten kommt ein entscheidendes Kriterium hinzu: Sie werden von einem relevanten Teil ihrer politischen Elite beziehungsweise ihrer Bevölkerung nicht oder nur mit Vorbehalten als legitim betrachtet. Das hängt auch damit zusammen, dass ihre Verfassungen stark von außen definiert wurden: in Bosnien-Herzegowina durch das Dayton-Abkommen 1995, in Mazedonien durch das Ohrider Rahmenabkommen von 2001 und in Kosovo durch den Ahtisaari-Plan von 2007. Die im Westen gehegte Hoffnung, dass diesen Verfassungen und ihren Institutionen mit der Zeit die Zustimmung der Gesellschaften entgegenwachsen würde, hat sich nicht erfüllt, wohl auch deshalb, weil die drei Staaten bei der Bereitstellung öffentlicher Güter in weiten Teilen versagen. Denn es fehlen ihnen Institutionen, die in der Lage wären, Rechenschaft (*accountability*) von den Mächtigen einzufordern.

In Bosnien-Herzegowina, das 1995 mit dem Abkommen von Dayton als stark föderalisierter multiethnischer Staat neu gegründet wurde, befürwortet eine knappe Mehrheit, nämlich die muslimischen Bosniaken, den Gesamtstaat, während seine Legitimität im Landesteil der Republika Srpska systematisch infrage gestellt wird. Immer wieder gelangt dort die Forderung nach einem Unabhängigkeitsreferendum aufs Tapet, das mit der drohenden Majorisierung der Serben begründet wird. Mit analogen Argumenten gibt es in der Herzegowina Bestrebungen, eine dritte, kroatisch dominierte Entität zu gründen. Würden solche Autonomie- und Sezessionsbestrebungen aus Belgrad und Zagreb unterstützt, könnte das für die Staatlichkeit Bosnien-Herzegowinas sehr schnell gefährlich werden. Der überall geltende ethnische Proporz hat die Volkszugehörigkeit zur zentralen politischen Kategorie im Land werden lassen und zudem eine aufgeblähte staatliche Verwaltung geschaffen. Deren Ineffizienz untergräbt zusätzlich die Legitimität des Staates.

Auch in Mazedonien ist das Verhältnis zwischen der mazedonischen Mehrheit, die 65 Prozent der Bevölkerung ausmacht, und dem albanischen Viertel der Bevölkerung angespannt. Viele Albaner bemessen die Legitimität des mazedonischen Staates daran, ob er in der Lage ist, sie

zu EU-Bürgern zu machen. Innerhalb der EU, so die verbreitete Vorstellung, würden die Grenzen zu Kosovo und Albanien so stark relativiert, dass dem freien Austausch innerhalb der „Albanosphäre“ nichts mehr im Wege stünde. Diese „Loyalität auf Zusehen“ schürt das Misstrauen der mazedonischen Mehrheit. Es wird noch gesteigert durch das gewachsene nationale Selbstbewusstsein der Albaner, seit Kosovo unabhängig ist. Die Verunsicherung der Mazedonier hat einen weiteren Grund: Ihre eigenständige Identität wird von bulgarischen und serbischen Nationalisten infrage gestellt, und Griechenland erkennt den verfassungsmäßigen Namen des Landes nicht an.

Gefangen in einem defensiven Ressentiment verpasst es die mazedonische Bevölkerungsmehrheit regelmäßig, von sich aus Schritte zu unternehmen, um die Teilhabe der albanischen Minderheit am gemeinsamen Staat zu stärken. Der mazedonische Widerstand gegen den Einbezug ethnisch-albanischer Symbole in das Staatswesen ist Ausdruck dieser Haltung.⁰⁸ Seit dem Rahmenabkommen von Ohrid hat zwar die Teilhabe der Albaner an der Regierung und Verwaltung zugekommen, nicht aber deren Integration. Im Gegenteil bildeten sich zwei politische Sphären heraus – eine mazedonische und eine albanische –, die interessengeleitet nur an der Spitze durch eine interethnische Regierungskoalition zusammengehalten werden. Die ethnische Segregation betrifft auch die Zivilgesellschaft. Allerdings führten die Proteste gegen das zehnjährige Regime von Nikola Gruevski 2015 erstmals zu multiethnischen Gruppenbildungen. Ob sich daraus stabile Strukturen bilden, bleibt abzuwarten. Die Segregation der beiden Bevölkerungsteile werden sie kaum überwinden können.

Kosovo, maßgeblich dank amerikanischer Hilfe und gegen dessen Willen seit 2008 unabhängig von Serbien, genießt als Staat hohe Legitimität bei der albanischen Mehrheit, die über 90 Prozent der Bevölkerung ausmacht, aber nicht bei den rund fünf Prozent Serben,⁰⁹ die Kosovo nicht als ihren Staat anerkennen, auch wenn sie sich pragmatisch damit arrangieren. Die verbliebenen

Serben spielen trotz ihrer geringen Zahl politisch eine wichtige Rolle im jungen Staat. Die Verfassung, die sich im Wesentlichen auf den Ahtisari-Plan von 2007 stützt, garantiert der serbischen Minderheit zehn Parlamentssitze im 120-köpfigen Parlament.

Die mit Abstand stärkste Partei der Serben in Kosovo, die „Serbische Liste“, pflegt enge Beziehungen zur Regierung in Belgrad und ist finanziell und personell von ihr abhängig. Insofern hat Serbien weiterhin eine Mitsprache in Kosovo, die durch den 2013 zwischen Belgrad und Pristina vereinbarten serbischen Gemeindeverband noch verstärkt werden soll. Gegen diese neue Körperschaft, die den Serben zusätzliche Autonomie einräumen soll, gibt es allerdings heftigen Widerstand in der kosovarischen Gesellschaft. Es handle sich dabei um ein „trojanisches Pferd“ Belgrads, sagen Kritiker, oder schlimmer, um einen „Staat im Staat“. Umgekehrt ist der serbisch besiedelte Norden des Landes institutionell noch immer erst halbwegs in den kosovarischen Staat integriert. Die Staatsbildung ist also sowohl nach innen als auch nach außen nicht abgeschlossen. Wohl anerkennen mehr als die Hälfte der Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen Kosovos Unabhängigkeit, aber im UN-Sicherheitsrat wird sie von Russland und China abgelehnt, in der EU von Spanien, Rumänien, Griechenland, der Slowakei und Zypern.

Slowenien und Kroatien – die EU-Peripherie

Verglichen mit ihren südlichen Nachbarn haben Slowenien und Kroatien, die seit 2004 beziehungsweise 2013 der EU angehören, gefestigte Demokratien, und die Justizapparate sind deutlich unabhängiger. Dennoch sind Vetternwirtschaft und Parteipatronage ernsthafte Probleme und führen regelmäßig zu großen politischen und wirtschaftlichen Skandalen.¹⁰ Die in Kroatien vor dem EU-Beitritt gehegte Hoffnung, als Mitgliedsstaat schnell einen großen Wohlstandssprung zu machen und die ungeliebte balkanische Nachbarschaft ein für alle Mal gegen das respektablere Mitteleuropa zu tauschen, hat sich nicht erfüllt.

08 Vgl. Andreas Ernst, *Fragiler Staat in einer instabilen Region: Mazedonien sucht seinen Kern*, 24. 8. 2017, www.nzz.ch/-/ld.1312550.

09 Die genaue Zahl ist unbekannt, weil viele Serben den Zensus 2011 boykottierten.

10 Vgl. etwa Marco Kauffmann Bossart, *Russische Rettungsleine für Agrokör*, 23. 3. 2017, www.nzz.ch/-/ld.152982; Blaz Zgaga, *Arms Deals and Bribes: The Downfall of Slovenia's Former PM*, 30. 4. 2014, <https://euobserver.com/investigations/123961>.

Slowenien hat ein vergleichsweise entspanntes Verhältnis zu den Ländern des westlichen Balkans und betrachtet sie in erster Linie als Absatzmärkte für heimische Produkte. Das hängt zweifellos damit zusammen, dass die Loslösung aus dem jugoslawischen Verbund schnell und relativ unblutig verlief. Weniger entspannt ist das Verhältnis zum direkten Nachbarn Kroatien, mit dem es seit Jahren um den Grenzverlauf in der Bucht von Piran streitet.

Kroatien – und vor allem dessen konservatives Milieu – betont anstelle der jugoslawischen Tradition lieber das österreichisch-ungarische Erbe. Entsprechend sucht Zagreb in der EU Anschluss an die Visegrád-Gruppe. Und doch bleibt es über eine konfliktreiche Vergangenheit sowohl mit Serbien als auch mit Bosnien-Herzegowina fest verbunden. Die in Bosnien-Herzegowina ansässigen Kroaten besitzen zu einem großen Teil neben der bosnischen auch die kroatische Staatsbürgerschaft. In Serbien und Kroatien bestehen nach der Befreiung kroatischen Territoriums von serbischen Truppen 1995 und der Vertreibung eines Großteils der dort lebenden Serben („Operation Oluja“) heute diametral entgegengesetzte Erinnerungskulturen. Die Kroaten gedenken ausschließlich der Befreiung, die Serben nur der Vertreibung, was jedes Jahr zu ritualisierten Konflikten führt.

Auch die periodisch aufbrechenden Debatten über die Geschichte des Zweiten Weltkrieges verbinden und entzweien die kroatische und serbische Öffentlichkeit. Aber auch die kroatische Gesellschaft selbst ist diesbezüglich in ein säkular-fortschrittliches und ein katholisch-konservatives Milieu gespalten: Die Linke betrachtet das faschistische Regime der Ustascha als von außen gesteuerten Fremdkörper im kroatischen Volk. Die „guten Kroaten“ kämpften mit Tito – und sicherten so die Existenz der kroatischen Teilrepublik. Für die Rechte ist die jugoslawische Idee die eigentliche Bedrohung, denn sie erblickt darin „die Fratze des Großserbentums“. Dem Ustascha-Regime hält sie zugute, den Willen zum eigenen Staat verkörpert zu haben.

ZWISCHEN INTERESSEN UND REALITÄTEN

Im Lichte dieser Ausführungen ist für die Beantwortung der Frage, ob die postjugoslawischen Staaten eine Region bilden, eine Unterscheidung

aus der marxistischen Theorie hilfreich. Dort spricht man von der „Klasse an sich“ und der „Klasse für sich“. Die „Klasse an sich“ definiert sich über das objektive Kriterium des Zugangs zu den Produktionsmitteln. Die „Klasse für sich“ bestimmt sich dagegen subjektiv durch ihr Bewusstsein, eine Klasse zu sein. *Cum grano salis* kann man sagen, dass diese Ländergruppe zwar nicht „an sich“, also strukturell eine Region bildet, „für sich“ hingegen schon: als vielfältig verwobener gemeinsamer Kommunikationsraum mit einer schwierigen Geschichte, aus der es scheinbar kein Entrinnen gibt.¹¹

Eine solche differenzierte Betrachtung des postjugoslawischen Raums ist in der Berichterstattung über das „Pulverfass“ Europas selten. Umso mehr sollten die dramatisierenden Beschreibungen der Lage in der Region kritisch hinterfragt werden. Sie lassen sich oft besser mit den Interessen der Sprecher erklären als mit tatsächlichen Veränderungen in den Gesellschaften selbst. Im Kampf um Aufmerksamkeit haben viele professionelle Beobachterinnen und Beobachter ein handfestes Interesse, die Lage möglichst dramatisch zu schildern. Nur so können sie hoffen, als Korrespondenten ihre Berichte ins Blatt zu bringen, als Experten konsultiert zu werden, als Vertreter von Nichtregierungsorganisationen Unterstützung zu erhalten und als Diplomaten nicht als „abgeschoben“ zu gelten.

Aber auch politische Akteure in der Region wissen die Krisen- und Konfliktretorik für sich zu nutzen. Sie malen die Gefahr vor Feinden im Inneren und Äußeren an die Wand, drohen mit radikalen Schritten und spielen sich damit gegenseitig den Ball in die Hände. Dabei haben sie weder ein Interesse an einem offenen Konflikt noch die Mittel dazu. Ihre Rhetorik soll vielmehr die Bürgerschaft beunruhigen. Gelingt dies, scharft sie sich hinter die politische Führung und sieht darüber hinweg, dass deren Engagement maßgeblich darin besteht, Privilegien und Pfründe zu sichern. Wenn dann internationale Medien und Nichtregierungsorganisationen noch von neu aufflammendem Nationalismus und altem ethnischen Hass schreiben, geht die Rechnung für alle Beteiligten auf.

Trotz all dieser Vorbehalte gibt es Risiken einer Destabilisierung im postjugoslawischen Raum. Sie haben ihren Ursprung aber weniger in

¹¹ Kosovo ist natürlich ein Grenzfall, in dem sich Albanosphäre und Jugosphäre überlappen.

der Region selbst, sondern kommen von außen. Nach über zehn Jahren „Erweiterungsmüdigkeit“ ist die EU als Ordnungsmacht geschwächt. Die Zugkraft, die das Beitrittsversprechen für die Transformation der Kandidatenländer zu demokratischen Rechtsstaaten einst entfaltete, hat nachgelassen. Stattdessen sind die divergierenden Einflüsse einiger Hauptstädte wichtiger geworden: Nicht nur, als es um die Migrationspolitik entlang der sogenannten Balkanroute ging, erwarteten Berlin, Wien und Budapest Widerspruchliches von den Balkanstaaten.

Und dann sind da freilich noch die alt-neuen Akteure im *great game* um den Balkan. Russland hat – wenn auch erfolglos – versucht, die Integration Montenegros in die Nato zu verhindern. In weiten Teilen der serbischsprachigen Bevölkerung, aber auch im *deep state* der serbischen Geheimdienste, genießt der Kreml große Sympathien. Die türkische Regierung exportiert den Konflikt zwischen ihrem Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan und dem Geistlichen Fethullah Gülen nach Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Kosovo und Albanien, indem sie diese Staaten ultimativ auffordert, Gülen-Schulen zu schließen. Aber Sympathisanten und Angehörige des religiösen Netzwerks sind längst Teil der lokalen Eliten. Schließlich erschwerten die vielen Unbekannten zu Beginn von Donald Trumps US-Präsidentschaft das Kalkül über die Zukunft der Region. Die Kosovo-Albaner fürchteten, dass die langjährige Protektorin USA ihre schützende Hand über dem ungefestigten Staatswesen zurückziehen könnte, während manche Serben hofften, eine Rückkehr der abtrünnigen Provinz sei möglich.

FAZIT

Der Balkan als Pulverfass ist ein schiefes Bild. Die Region ist vielmehr ein Echoraum, der die Krisen in seinem Umfeld reflektiert und manchmal auch verstärkt. Das ist nicht neu: Die Balkankriege 1912/13 waren eine direkte Reaktion auf den Zerfall des Osmanischen Reiches, das seine Rolle als Ordnungsmacht verloren hatte. Der anschließende Konflikt zwischen Serbien und der österreichischen Kolonialmacht in Bosnien war 1914 lediglich die Zündschnur, die das Pulverfass Europa zur Explosion brachte. Und auch der Zusammenbruch des sozialistischen Jugoslawien in den 1990er Jahren lässt sich nicht ohne den Fall

der Mauer, das Ende der Sowjetunion und den Triumph des Westens erklären. Jugoslawien hatte seine geopolitische Rolle als blockfreie Führungsmacht verloren, die Krise des Sozialismus und Brüssels Attraktivität als Zentrum eines gesamteuropäischen Projekts untergruben die ideologische Basis von Titos Vielvölkerstaat.

Bisher kompensierten Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Kosovo ihre Legitimitätsprobleme mit der Perspektive auf eine EU-Mitgliedschaft und die damit assoziierten Gewinne an Wohlstand und Sicherheit. Zerschlagen sich diese Hoffnungen, werden alternative Projekte zur Ordnung der Region wieder attraktiv: „Groß-Albanien“ oder „Groß-Serbien“.

Aber auch wenn der Einfluss der EU abgenommen hat, hält sie doch immer noch die besten Karten in der Hand. Ihre Krise ist auch eine Chance für den Westbalkan. Die sich abzeichnende institutionelle Vertiefung der Eurozone wird das Modell eines „Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“ akzentuieren. Die Hürden für einen Beitritt in eine Zweiklassenunion dürften für die postjugoslawischen Staaten überschreitbarer werden. Zudem gewinnt in Brüssel und den interessierten Hauptstädten die Betrachtung der Region als Ganze an Bedeutung. Da und dort wird auch schon über die Aufgabe des Regattaprinzips nachgedacht, dem zufolge die Annäherung an die EU ausschließlich aufgrund der Reformleistungen eines Staates stattfindet. Eine Abkehr von diesem Prinzip scheint durchaus sinnvoll, wenn man in Rechnung stellt, dass der individuelle EU-Beitrittsprozess in manchen Staaten und Gesellschaften viel weniger verändert hat, als es sich die Vertreter der Transitionsideologie einst erhofft hatten – man blicke nur nach Bulgarien oder Rumänien. Dagegen würde ein gemeinsames europäisches Dach über den postjugoslawischen Staaten unbestreitbar ein Beitrag zur Sicherheits- und Friedensarchitektur des Kontinents bedeuten. Denn diese Länder werden sich auch in Zukunft verbunden bleiben – sei es durch Konflikt oder Kooperation.

ANDREAS ERNST

ist promovierter Historiker und Südosteuropa-Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“.
andreas.ernst@nzz.ch

VERLORENE STRAHLKRAFT?

Die Nachfolgestaaten Jugoslawiens zwischen EU, Russland und Türkei

Vedran Džihic

Es war 1980, vor mehr als 37 Jahren, als die Europäische Gemeinschaft und die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien das erste umfassende Kooperationsabkommen unterzeichneten. Jugoslawien war damals unter den Staaten des östlichen Europas am weitesten entwickelt und hatte die besten Voraussetzungen für einen Vollbeitritt zur Europäischen Gemeinschaft. In den 1980er Jahren geriet der Vielvölkerstaat jedoch in eine tiefe Krise, die in den 1990er Jahren in Krieg und Staatszerfall mündete.

Als die EU auf dem Gipfel von Thessaloniki 2003 den Nachfolgestaaten Jugoslawiens das Versprechen gab, in absehbarer Zeit volle Mitglieder einer florierenden Union werden zu können, verkörperte sie für deren gebeutelte Bevölkerungen alles, wonach sie sich sehnten – Stabilität, Wohlstand, Prosperität. Die Strahlkraft der EU vermochte sie dazu zu motivieren, den Reformkurs einzuschlagen, der einmal in die EU führen sollte. Das war jedoch einige Jahre vor den gescheiterten EU-Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden und vor dem Beginn der langen Krisenkette – von der Finanz- und Wirtschaftskrise über die Griechenland- und Euro-Krise bis hin zur sogenannten Flüchtlingskrise und dem Brexit. Die heutige EU ähnelt der Union des Jahres 2003 kaum noch. Sie kriselt, und mit ihr das einst strahlende Vorbild.

Auch wenn mit Slowenien und Kroatien heute zwei der ehemaligen jugoslawischen Teilrepubliken Mitglieder der Europäischen Union sind, scheinen die übrigen postjugoslawischen Staaten der EU heute nicht näher zu sein als das damalige Jugoslawien der EG – zugunsten alt-neuer Player auf dem Balkan.

BEGEISTERUNG WEICHT SKEPSIS

Nach wie vor ist die Europäische Union für viele Bürgerinnen und Bürger der Nachfolgestaaten

Jugoslawiens die Verheißung eines besseren Lebens. Nach 15 Jahren der Annäherung liegt der Zeithorizont für einen möglichen EU-Beitritt jedoch für Menschen mittleren Alters in Bosnien-Herzegowina, Kosovo oder Mazedonien fast schon außerhalb ihrer eigenen Lebensspanne. So müssten die Volkswirtschaften der sechs Staaten des sogenannten Westbalkan – der im EU-Sprachgebrauch die verbleibenden postjugoslawischen Nicht-EU-Mitgliedsstaaten Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien sowie Albanien umfasst – bis Ende der 2030er Jahre jährlich um mindestens sechs Prozent wachsen, um wirtschaftlich zum EU-Durchschnitt aufzuschließen; derzeit liegen die Wachstumsraten zwischen zwei und drei Prozent.⁰¹

Immer mehr Menschen stellen daher den EU-Beitritt als unumstößliches Ziel infrage. So stimmen etwa 32 Prozent der Serbinnen und Serben, 28 Prozent der Mazedonierinnen und Mazedonier und 33 Prozent der Bürgerinnen und Bürger von Bosnien-Herzegowina der Aussage zu, dass ihre Länder nie der Europäischen Union beitreten werden.⁰² Die Umfragen, die seit Jahren die Unterstützung für die Europäische Union und für einen Beitrittsprozess in der Region messen, spiegeln eine zunehmende EU-Skepsis wider. Hatte man noch in den 2000er Jahren in allen Staaten des Westbalkan Zustimmungsraten über 70 oder 80 Prozent, sind diese in den vergangenen Jahren kontinuierlich gesunken. 2016 waren in der gesamten Region 39 Prozent der Meinung, dass die Europäische Union „eine gute Sache“ sei. 36 Prozent meinten, dass sie weder gut noch schlecht sei, während 20 Prozent der Meinung waren, dass eine EU-Mitgliedschaft „schlecht“ wäre.

In Serbien, Montenegro und Bosnien-Herzegowina ist die EU-Skepsis am stärksten ausgeprägt: In Serbien schätzten 2016 beispielsweise

nur 21 Prozent der Befragten eine EU-Mitgliedschaft positiv ein, während 31 Prozent explizit der Meinung waren, dass eine EU-Mitgliedschaft für Serbien schlecht wäre. Ähnlich niedrige Zustimmungsraten hat die Europäische Union auch im serbisch besiedelten Teil von Bosnien-Herzegowina, in der Republika Srpska. In den albanischsprachigen Staaten, also in Kosovo und Albanien, ist die Zustimmung weniger stark rückläufig, und auch in Mazedonien überwoog 2016 noch knapp die Anzahl jener, die die EU befürworten.

NEUE VORBILDER

Gleichzeitig scheint sich in denselben Staaten eine Hinwendung zu anderen für die Region relevanten geopolitischen Akteuren zu vollziehen. So schätzten in Serbien Anfang 2017 61 Prozent der Befragten den Einfluss Russlands als sehr positiv für das Land ein, und 32 Prozent gaben an, einen Beitritt Serbiens zu einer Euroasiatischen Union unter russischer Führung zu begrüßen, während 35 Prozent den Einfluss Deutschlands positiv sahen und sich nur fünf Prozent für eine Mitgliedschaft in der Nato aussprachen.⁰³ In Kosovo hingegen sind mehr als 90 Prozent der Bürgerinnen und Bürger für einen Beitritt zur Nato.

In Politiker-Popularitätsrankings in Serbien und der Republika Srpska ist der russische Präsident Wladimir Putin mit Raten von über 70 Prozent Spitzenreiter. Im öffentlichen Diskurs und im politischen Leben wird die Nähe Russlands und zu Putin offen gesucht und instrumentalisiert. So besuchten beispielweise sowohl der Präsident der Republika Srpska, Milorad Dodik, als auch der ehemalige Regierungschef und mittlerweile Präsident Serbiens, Aleksandar Vučić, wenige Tage vor den für sie entscheidenden Wahlgän-

gen Putin in Moskau und warben in der heißen Wahlkampfphase mit seiner Unterstützung für ihren politischen Kurs.

Umgekehrt ist in jüngster Zeit immer wieder eine mehr oder weniger direkte Einmischung Russlands in die innenpolitischen Angelegenheiten einzelner Staaten der Region zu beobachten. So gab es zum Zeitpunkt der Parlamentswahlen in Montenegro im Oktober 2016 eine heftige Debatte über einen Putschversuch, der Quellen der montenegrinischen Regierung zufolge von russischen Stellen geplant worden war. Hintergrund war die bevorstehende und mittlerweile erfolgte Aufnahme Montenegros in die Nato, ein von Russland als feindlich angesehener Akt. Russland unterstützte auch offen den mittlerweile abgewählten ehemaligen mazedonischen Premierminister Nikola Gruevski, der mit seiner Weigerung, eine neue sozialdemokratisch geführte Regierung in Skopje zu akzeptieren, Mazedonien im April 2017 an den Rand eines Krieges gebracht hatte. Auch die Rolle eines von Russland unterhaltenen „Humanitären Zentrums“ in der südserbischen Stadt Niš, das mit Know-how und technischer Unterstützung bei der Bewältigung von Naturkatastrophen helfen soll, wird im Zusammenhang mit Spionagevorwürfen kontrovers diskutiert.⁰⁴ Kurzum, Russland nutzt die Gelegenheiten, um sich in der Region als Gegensatz zu EU und Nato zu profilieren.

In den muslimisch besiedelten Gebieten der Region, in Bosnien-Herzegowina, Albanien und Teilen von Mazedonien und Serbien, führt der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan die Liste der populärsten Persönlichkeiten an. Zwischen den bosnischen Muslimen, den Bosniaken, und der Türkei sind die geschichtlichen und kulturellen Verbindungen ohnehin besonders eng. Aktuell ist es jedoch vor allem die Sehnsucht nach Anerkennung und Geltung der in ihrer Selbstwahrnehmung marginalisierten Bosniaken, die eine emotional aufgeladene und bisweilen irrationale Bindung zur heutigen Türkei aufrechterhält, wo Erdoğan Macht und Größe eines selbstbewussten Staates heraufbeschwört. Wie stark die Loyalität zur Türkei und zu Erdoğan ist, zeigt etwa die begeisterte Reaktion des bosniakischen

01 Vgl. Tobias Flessenkemper/Dušan Reljić, EU-Erweiterung: Ein Sechs-Prozent-Ziel für die Westbalkanstaaten, 23.6.2017, www.swp-berlin.org/kurz-gesagt/eu-erweiterung-ein-sechs-prozent-ziel-fuer-die-westbalkanstaaten.

02 Für alle Umfragedaten im Text vgl. Regional Cooperation Council, Balkan Opinion Barometer 2016: Public Opinion Survey, Sarajevo 2016.

03 Vgl. Beogradski centar za bezbedonosnu politiku: Stavovi gradjana o spojnoj politici Srbije (Die Einstellung der Bevölkerung Serbiens zur serbischen Außenpolitik), 8.3.2017, www.bezbednost.org/upload/document/stavovi_graana_o_spoljnoj_politici_srbije.pdf.

04 Vgl. The Economist, Moscow Is Regaining Sway in the Balkans, 25.2.2017, www.economist.com/news/europe/21717390-aid-warplanes-and-aganda-convince-serbs-russia-their-friend-moscow-regaining-sway.

Vertreter im dreiköpfigen Staatspräsidium Bosnien-Herzegowinas,⁰⁵ Bakir Izetbegović, auf den Ausgang des Verfassungsreferendums in der Türkei im April 2017: „Das wird meiner Meinung nach die Türkei stabilisieren und sie zu einer noch mächtigeren regionalen Macht machen. Die Türkei spielt eine sehr stabilisierende und positive Rolle in diesem Teil der Welt, und ich bin der Meinung, dass eine starke Führung in der Türkei gut ist.“⁰⁶ Wie auch der albanische und der pakistanische Premierminister war Izetbegović im Mai 2016 unter den Hochzeitsgästen von Erdogans Tochter.⁰⁷

Die Türkei hat den Balkan in den vergangenen zwei Jahrzehnten „wiederentdeckt“. Vor dem Hintergrund der gemeinsamen Geschichte und der starken kulturellen und identitären Verbindung zwischen den muslimischen Bevölkerungen der Region und der Türkei ist im Zuge des wirtschaftlichen Aufstiegs des Landes seit den 2000er Jahren und dem neuen türkischen Selbstbewusstsein die symbolische Strahlkraft der Türkei im Westbalkan gewachsen, obgleich sie wie auch Russland weder wirtschaftlich noch (sicherheits)politisch der dominante Player in der Region ist – türkische und russische Investitionen sind beispielsweise im Vergleich zu jenen aus Deutschland und Österreich sehr viel kleiner.⁰⁸

Auch auf der Ebene des Regierungsstils korrelieren die Entwicklungen und Präferenzen in Russland und der Türkei mit denen der Westbalkanstaaten. Hier nährt sich ein tief verwurzelter autoritärer Code aus Versatzstücken von Patriarchalismus und Machismus, Traditionalismus, der Sehnsucht nach starken Führungspersonlichkeiten und einem wiedererstarkten Nationalismus. Erdoğan bedient diesen ebenso perfekt wie Putin. Das Bild des starken Mannes, der den anderen zeigt, wo es lang geht, und den anderen Mächtigen der Welt trotzt, imponiert

vielen auf dem Balkan. Dies erklärt die Wertschätzung, die Erdoğan und Putin dort entgegengebracht wird.

DEMOKRATISCHE REGRESSION UND NEUE AUTORITÄRE TENDENZEN

Die zitierten Statistiken sowie die beschriebenen Entwicklungen in den Beziehungen der Staaten der Region zu Russland und der Türkei zeugen von einer zunehmenden Skepsis gegenüber der Europäischen Union als primäres oder alleiniges *role model*. Wird die Annäherung an Europa gleichgesetzt mit dem Prozess der Demokratisierung der postjugoslawischen Gesellschaften, dann ist die logische Schlussfolgerung, dass auch der Demokratie als Gesellschaftsform auf dem Westbalkan immer mehr Misstrauen entgegengebracht wird und die Bereitschaft steigt, andere – illiberale oder autoritäre – Herrschaftsformen zu akzeptieren. In der Tat zeigt sich in allen vergleichenden Untersuchungen zum Zustand der Demokratie in der Region eine eindeutig regressive Tendenz.

Die Balkans in Europe Policy Advisory Group schlussfolgerte in ihrem Bericht aus dem Frühjahr 2017: „Democracy in the Western Balkans has been backsliding for a decade. There is no single turning point for the entire region, but the downward spiral began a decade ago, and accelerated with the economic crisis in 2008 and multiple crisis within the EU that distracted the Union from enlargement.“⁰⁹

Laut einer aktuellen Untersuchung des Pew Research Center zu Zentral- und Osteuropa sind in Serbien nur 25 Prozent der Bürgerinnen und Bürger davon überzeugt, dass Demokratie die beste Regierungsform ist, während zugleich 28 Prozent meinen, dass unter bestimmten Umständen nichtdemokratische Regierungen besser sind, und weiteren 43 Prozent die Regierungsform vollkommen gleichgültig ist.¹⁰ Auch die Daten von Nations in Transit oder des Bertelsmann-Transformationsindex deuten auf eine

05 Die Präsidentschaft von Bosnien-Herzegowina besteht aus drei direkt gewählten Mitgliedern, die laut Verfassung jeweils aus den drei größten Volksgruppen des Landes (Bosniaken, Kroaten und Serben) stammen müssen.

06 Zit. nach Radio Slobodna Evropa, *Vraća li se Turska neootomanskim ambicijama na Balkan? (Kehrt die Türkei mit neo-ottomatischen Ambitionen auf den Balkan zurück?)*, 17. 4. 2017, www.slobodnaevropa.org/a/turska-refrendum-balkan/28434948.html.

07 Vgl. Miljenko Jergovic, *Is Europe Losing the Balkans?*, in: *New Eastern Europe* 3–4/2017, S. 7–14.

08 Vgl. Alida Vračić, *Turkey's Role in the Western Balkans*, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin 2016.

09 *Balkans in Europe Policy Advisory Group, The Crisis of Democracy in the Western Balkans. Authoritarianism and EU Stability*, Belgrad 2017.

10 Vgl. Pew Research Center, *Religious Belief and National Belonging in Central and Eastern Europe*, 10. 5. 2017, www.pewforum.org/2017/05/10/religious-belief-and-national-belonging-in-central-and-eastern-europe.

kontinuierliche Erosion der demokratischen Entwicklung in der Region hin.¹¹ Dieser Befund spiegelt sich in den autoritären Tendenzen wider, die seit einigen Jahren in fast allen Nachfolgestaaten Jugoslawiens auszumachen sind.

NATIONALISTISCHE MOBILISIERUNG DURCH „STARKE MÄNNER“

So wächst in der gesamten Region die Dominanz des „starken Mannes“ an der Spitze des Staates. Dabei sind neue Formen des Machtpragmatismus zu beobachten, hinter denen sich einerseits das Bedürfnis nach dem Schutz der angehäuften Privilegien sowie andererseits eine deutlich narzisstische bis hin zu messianische Selbstwahrnehmung der politischen Führungspersonlichkeiten verbirgt.

In Serbien veröffentlichte das Wahlkampfteam des ehemaligen Premierministers Aleksandar Vučić kurz nach der Ankündigung seiner Kandidatur für das Amt des Präsidenten Anfang 2017 einen Videoclip, der den Takt für die Kampagne vorgeben sollte. Darin ist Vučić schlafend in einem Flugzeug zu sehen, während zwei Piloten über die Flugrichtung streiten. Als sie in ihrer Auseinandersetzung wild am Steuerknüppel herumreißen und das Flugzeug und die Passagiere in heftige Turbulenzen bringen, wacht Vučić auf. Augenblicklich beruhigt sich die Lage, und mit sanfter Stimme verkündet der eben noch schlummernde Passagier, dass es einen klaren und eindeutigen Kurs für den Serbien-Flieger brauche und nur er allein das Land auf den richtigen Weg bringen könne.¹² Die Botschaft ist klar: Der Steuerknüppel bleibt in einer festen und stabilen Hand.

Die „starken Männer“ am Balkan sind allesamt geschickte Rhetoriker. Sie geben sich als Pragmatiker, die alles dem Fortschritt unterordnen. Parallel dazu pflegen sie einen Diskurs der ständigen Bedrohung durch andere beziehungsweise von außen, gewürzt mit einer ordentlichen Prise Nationalismus, die stets auch ein Gefühl der Viktimisierung transportiert.

Vučić oder auch kosovo-albanische Politiker mit einer Vergangenheit in der Befreiungsarmee Kosovos (UÇK) bemühen sich, ihre bescheidenen Hintergründe hervorzuheben und sich als Menschen des Volkes zu präsentieren. Gleichzeitig beanspruchen sie für sich auch die Definitionshoheit darüber, wer das „wirkliche“ Volk ist – seien es nun authentische Albaner, echte Serben, wahre Bosniaken, stolze Montenegriner oder Kosovaren. Diese politische Polarisierung teilt die Gesellschaft entlang eines Freund-Feind-Schemas, durch das jeglicher Dissens und eine noch so zurückhaltende Kritik an der Regierungspartei als Verrat an „der nationalen Sache“ delegitimiert und teilweise kriminalisiert wird. Auf diese Art und Weise schaffen es Führungspersonlichkeiten wie Vučić in Serbien oder Izetbegović in Bosnien-Herzegowina immer wieder, die Kritik der Opposition an ihrer Regierungsweise abzuschmettern.

KRISE ALS HERRSCHAFTSELEMENT

Das Szenario einer Bedrohung von außen bedient den Eindruck einer permanenten Krise, der angesichts der Häufung der konflikthaften Situationen in der Region in den vergangenen Jahren ohnehin verbreitet ist.

So war auf dem Höhepunkt der sogenannten Flüchtlingskrise 2015, als ein Großteil der Flüchtenden über die „Balkanroute“ den Weg in die Europäische Union suchte, von einem regelrechten Handelskrieg zwischen Kroatien und Serbien die Rede. Gleichzeitig eskalierte die Situation in Mazedonien: Nach einer umstrittenen Polizeiaktion gegen eine Gruppe bewaffneter Albaner in Kumanovo nahe der Grenze zu Serbien, bei der fast zwei Dutzend Menschen ihr Leben verloren, heizte der damalige Premierminister Nikola Gruevski mit nationalistischen Parolen die Spannungen zwischen der slawischen Bevölkerungsmehrheit und der albanischen Minderheit an, um Erstere für seine Politik zu mobilisieren. In Kosovo zieht sich ein tiefer Graben zwischen Regierung und Opposition. Seit 2015 hat die Opposition im Parlament wiederholt Tränengas gezündet und den Protest auf die Straßen getragen. 2015 kochte auch in Bosnien-Herzegowina der schwelende Konflikt zwischen den beiden Entitäten Republika Srpska und Föderation von Bosnien und Herzegowina zum wiederholten Mal hoch, als der Präsident der Republika

¹¹ Vgl. Freedom House, *The False Promise of Populism. Nations in Transit 2017*, Washington D.C. 2017, freedomhouse.org/report/nations-transit/nations-transit-2017; Bertelsmann Stiftung, *Transformation Index BTI 2016*, www.bti-project.org/de/startseite.

¹² Für den Clip siehe www.youtube.com/watch?v=xnm2djbeldw.

Srpska, Milorad Dodik, mit einem Referendum über eine Abspaltung von Bosnien-Herzegowina drohte. In Serbien befindet sich Vučić seit Jahren in einem selbstinszenierten Dauerwahlkampf. Hinzu kommen auf regionaler Ebene eine Reihe dramatischer Affären – sei es jene mit dem serbischen Personenzug mit der mehrsprachigen Aufschrift „Kosovo ist Serbien“, der auf dem Weg nach Kosovo aufgehalten wurde, oder jene rund um die Verhaftung des Vorsitzenden der Allianz für die Zukunft Kosovos, Ramush Haradinaj, der in Frankreich aufgrund eines serbischen Haftbefehls wegen angeblich neuer Beweise für seine Beteiligung an Kriegsverbrechen während des Kosovokrieges festgenommen wurde.

Wie diese krisenhafte Stimmung in der Region auf nationaler Ebene instrumentalisiert wird, zeigen etwa die jüngsten Entwicklungen in Mazedonien. Am 27. April 2017 stürmte nach der Wahl eines Albaners zum Parlamentspräsidenten durch die neue Regierungsmehrheit ein Mob aus Anhängern des langjährigen mazedonischen Regierungschefs Nikola Gruevski das Parlament in Skopje, verletzte den Parteichef der Sozialdemokratischen Partei Mazedoniens, Zoran Zaev, sowie weitere Parlamentarier. Nach dieser Gewalteskalation warfen sowohl ehemalige Mitglieder des abgelösten mazedonischen Regimes als auch serbische Medien den Sozialdemokraten vor, ihre Machtübernahme durch einen Schulterchluss mit den Albanern vorbereitet und damit slawisch-mazedonische Nationalinteressen verraten zu haben. Der vermeintliche Zusammenhang von angeblichen Kompromissen zugunsten der Albaner und einem Sturz der Regierung gilt seither vor allem in Serbien als gefährlich. Dort geisterte im Anschluss das „mazedonische Szenario“ als Schlagwort durch Politik und Medien, und die politische Rhetorik suggerierte, dass die „mazedonische Frage“ eine große Bedrohung für den Frieden in der Region darstelle.

Dahinter steckt die Furcht vor gegen Serben gerichteten „großalbanischen“ Ambitionen. Die Aussagen albanischer Politiker wie des Ministerpräsidenten Albaniens, Edi Rama, oder des Premierministers von Kosovo, Ramush Haradinaj, die sich gegen jegliche Einmischung aus Serbien verwehrten, verstärkten in der serbischen Öffentlichkeit den Eindruck, dass eine neue offensive (groß)albanische Front gegen Serbien entstehe und das Land bedroht werde. Serbiens Präsident Vučić beteiligte sich selbst intensiv an die-

ser Kampagne. Zuletzt eskalierte die Rhetorik im August 2017, als die serbische Regierung ohne nähere Erklärung ihr gesamtes Botschaftspersonal aus Mazedonien abzog. Im Nachhinein suchte Serbien – auch auf Druck aus Brüssel – wieder den Dialog zu Mazedonien.

Zurück bleibt der Eindruck einer künstlich herbeigeführten Krise, in der metaphorisch gesprochen jener, der den Brand gelegt hat, vorgibt, ihn zu löschen, um sich als Retter in der Not zu inszenieren. Bei dieser Strategie greifen die jeweiligen Regierungsparteien auch auf die Medien zurück, die sie im Zuge ihres Machtausbaus zunehmend kontrollieren.

PARTEIEN ALS INTERESSENMASCHINEN

Ein weiteres zentrales Muster autoritären Regierens zeigt sich in der Informalität, mit der die wirtschaftlichen Interessen der regierenden Parteien durchgesetzt werden. Um die Herrschaft und Loyalität abzusichern, setzt man in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens in der Regierungspraxis zunehmend auf informelle Beziehungen und Abhängigkeiten, durch die die Institutionen erodieren und Bürgerrechte unterwandert werden.¹³ In einem solchen System zählt dann die persönliche Treue, die auf materieller Abhängigkeit, Familienbanden, Clan-Zugehörigkeit, ethnischer Herkunft oder Religion beruht, als Grundlage der Macht. Auf Basis persönlicher Treue zur Führungsfigur oder zur dominanten Partei entstehen klientelistische Beziehungsgeflechte.

Die Regierungsparteien sind nicht nur Strukturen, um Macht zu organisieren und politische Interessen zu vertreten – sei es die Serbische Fortschrittspartei in Serbien, die Demokratische Partei der Sozialisten in Montenegro, die bosniakisch dominierte Partei der demokratischen Aktion in Bosnien-Herzegowina oder ihr serbisches beziehungsweise kroatisches Pendant Allianz der unabhängigen Sozialdemokraten und Kroatische Demokratische Union in Bosnien und der Herzegowina, sei es die Demokratische Partei Kosovos, die Allianz für die Zukunft Kosovos oder ehemals die Innere Mazedonische Revolutionäre Or-

¹³ Vgl. Christian Giordano/Nicolas Hayoz (Hrsg.), *Informality in Eastern Europe. Structures, Political Cultures, and Social Practices*, Bern 2013, S. 11 f.

ganisation – Demokratische Partei für Mazedonische Nationale Einheit (VMRO-DPMNE). Sie fungieren auch als klientelistische Netzwerke, die die öffentlichen Güter und staatlichen Ressourcen verteilen, die sie kontrollieren. Immer stärker wird dies zur Grundlage der Legitimationsstrategien der einzelnen Parteien.

Bei der informellen Umverteilung von staatlichen Ressourcen innerhalb der von der Regierungspartei dominierten klientelistischen Netzwerke spielen insbesondere Infrastruktur- und Bauprojekte eine wichtige Rolle. Beispielhaft dafür steht sicherlich das von der mazedonischen VMRO-DPMNE ab 2010 realisierte Megabauprojekt „Skopje 2014“. Der Wiederaufbau des Zentrums der mazedonischen Hauptstadt entlang der imaginierten Vorstellung Mazedoniens als Wiege der antiken Kultur kostete bis heute laut Schätzungen des Balkan Investigative Reporting Network (BIRN) etwa 670 Millionen Euro. Von dieser Summe sind große Teile einfach verschwunden. Wie das BIRN auf seiner Webseite und mithilfe der interaktiven Internet-Plattform „Skopje 2014 Uncovered“ aufzeigt, war dieses Projekt vor allem ein zentrales Vehikel zur Neuverteilung der öffentlichen Ressourcen Mazedoniens an VMRO-DPMNE-nahe Unternehmen.

DIE EU ALS TEIL DES PROBLEMS?

Im Lichte dieser Entwicklungen stellt sich die Frage, ob es einen Zusammenhang zwischen der nachlassenden Strahlkraft der Europäischen Union und den autoritären Tendenzen in der Region gibt. Was kann Brüssel für eine positive Trendwende auf dem Westbalkan tun?

Die rhetorischen Angriffe und Finessen von Aleksandar Vučić rund um die „Zug-Affäre“ oder das oben diskutierte „mazedonische Szenario“ fallen in die Kategorie gekonnt eingesetzter machtpolitischer Schachzüge von politerfahrenen „starken Männern“. In dieselbe Kategorie fällt auch das laute Nachdenken des albanischen Premierministers Edi Rama im Frühjahr 2017 über eine „kleine Union“ mit dem Kosovo als Alternative zum EU-Beitritt. Ähnliche rhetorische Spielchen macht auch Izetbegović, wenn er Erdoğan umschmeichelt, zugleich aber stets betont, dass das Schicksal Bosnien-Herzegowinas in der Europäischen Union liege.

Eine banale Einsicht ist wohl jene, dass es für Politiker dieses Schlags mit einer schwachen EU einfacher ist, die eigene Klientel zu bedienen. Mal kann man sich rhetorisch Richtung Brüssel verneigen, mal die autoritäre Erdoğan- oder Putin-Schiene fahren. In dieser politischen Beliebigkeit verkommt Politik zu einem Spektakel ohne erkennbare Richtung und Programmatik.

Man kann aber in all diesen Aussagen Symptome dafür sehen, dass in Zeiten politischer Spannungen, wenn der Druck seitens der Opposition zunimmt und der EU-Beitritt in unsicherer Ferne scheint, auch Pragmatiker wie Edi Rama oder Aleksandar Vučić gerne zu populären und bisweilen populistischen Äußerungen greifen. Trotz des formalen EU-Pragmatismus darf dabei eine Breitseite gegen die Europäische Union oder einzelne EU-Mitgliedsstaaten nicht fehlen. Dies ist allerdings nur solange möglich, wie die Erweiterungspolitik nicht zu den Prioritäten in Brüssel gehört.

Insofern hat die tiefe Krise der EU-Erweiterung durch den derzeit prominenten türkischen Fall sicherlich auch negative Auswirkungen auf die Lage in der Region und begünstigt autoritäre Tendenzen und die Hinwendung einzelner Staaten zu Russland und der Türkei. Aus dieser Perspektive ist die Europäische Union im Westbalkan längst zum Teil des Problems geworden.

VEDRAN DŽIHIC

ist promovierter Politikwissenschaftler und Senior Researcher am Österreichischen Institut für Internationale Politik.

vedran.dzihic@oiiip.ac.at

KLEINE GESCHICHTE JUGOSLAWIENS

Marie-Janine Calic

Am 20. Juli 1917 wurde mit der Deklaration von Korfu die Gründungsurkunde Jugoslawiens unterschrieben. Vertreter der Südslawen aus der Habsburgermonarchie sowie Serbiens erklärten darin, „die vereinte Nation der Serben, Kroaten und Slowenen“ werde einen gemeinsamen südslawischen Staat schaffen. Nach Ende des Ersten Weltkrieges rief der serbische Prinzregent Alexander Karađorđević am 1. Dezember 1918 feierlich den Staat der Serben, Kroaten und Slowenen (SHS) aus. Die seit 1878 unabhängigen Königreiche Serbien und Montenegro vereinigten sich mit den von Slowenen, Kroaten, Serben und slawischen Muslimen besiedelten Ländern, die bis dahin zu Österreich-Ungarn gehört hatten. Im Mai 1919 wurde das südslawische Königreich auf der Pariser Friedenskonferenz völkerrechtlich anerkannt. 1929 wurde es in „Jugoslawien“ (von südslawisch *jug* für „Süden“) umbenannt.⁰¹

JUGOSLAWIEN ALS IDEE

Ein politisches Gebilde dieses Namens hatte es vor dem Ersten Weltkrieg nie gegeben. Seit Jahrhunderten lebten katholische, orthodoxe und muslimische Südslawen, die Slowenen, Kroaten, Serben, Bosniaken, Montenegriner und Mazedonier, in verschiedenen Großreichen unter fremder Herrschaft, also unter jeweils ganz unterschiedlichen Politik- und Kultureinflüssen. Jedoch existierten aufgrund sprachlicher und kultureller Gemeinsamkeiten Gefühle von Verwandtschaft und Zusammengehörigkeit, die sich bis in die Renaissance zurückverfolgen lassen. Im 19. Jahrhundert, als auch Deutsche, Italiener, Polen und andere europäische Völker Einheit und Selbstbestimmung forderten, formierte sich ein südslawischer Nationalismus.⁰²

Die Vorkämpfer der südslawischen Nationalbewegung waren die kroatischen „Illyristen“, die um 1830 in der Habsburgermonarchie aktiv wurden. Sie betrachteten Kroaten, Serben, Montenegriner, Slowenen und Bosnier als Nachfahren eines vermeintlich südslawischen Urvolkes, der antiken Illyrer, und mithin als Angehörige einer Abstam-

mungs- und Kulturgemeinschaft, die es wiederzubeleben gelte. Kernforderungen waren unter anderem die Schaffung einer einheitlichen illyrischen, also kroatischen oder südslawischen Literatursprache sowie die politische Vereinigung von Kroatien, Slawonien, Dalmatien, Slowenien und Bosnien zu einem autonomen und fortschrittlichen „Großillyrien“. Auch im benachbarten Fürstentum Serbien, das 1830 unter osmanischer Oberherrschaft autonom geworden war, kursierten Vereinigungsideen. Mit dem 1844 verfassten Entwurf „Načertanije“ des Politikers Ilija Garašanin entstand das Programm, Serbien zum „Piemont“ einer grenzübergreifenden südslawischen (oder auch nur „großserbischen“) Staatsbildung zu machen.

Anfangs war die südslawische Idee in Kroatien und Serbien ein rein intellektuelles Unterfangen. Nationalbewegte Schriftsteller und Gelehrte forschten nach Sprichwörtern, Epen und Märchen, um die Wiedergeburt jenes urzeitlichen südslawischen Volkes voranzutreiben, das sie sich vorstellten. Als tragende Säule der nationalen Einheit galt die Entwicklung einer gemeinsamen Standardsprache, denn in den kroatischen Ländern, in Bosnien und der Herzegowina, Serbien und Montenegro sprach man ähnliche, zum Teil sogar die gleichen Dialekte. Im Wiener Abkommen legten der Serbe Vuk Karadžić und der Kroat Ljudevit Gaj 1850 die Grundlagen des Serbo-Kroatischen beziehungsweise Kroato-Serbischen. Bis nach dem Zweiten Weltkrieg ging man von zwei Varianten eines gemeinsamen Sprachstandards aus. Heute wird – mehr aus politischen denn linguistischen Gründen – zwischen Kroatisch, Serbisch, Bosnisch und Montenegrinisch unterschieden.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ging der habsburgische Illyrismus in den Jugoslawismus über. Der Patriotismus der Gelehrten verwandelte sich in eine politische Bewegung mit dem Ziel, einen vereinten südslawischen Staat zu gründen. Die führenden Köpfe der Bewegung, der Bischof von Đakovo, Josip Juraj Strossmayer, und der Historiker und Theologe Franjo Rački, behaupteten, dass katholische Kroaten (und even-

tuell auch Slowenen) sowie orthodoxe Serben trotz unterschiedlicher Konfessionen eine Nation bildeten. Als deren historisch verbürgte Nationalreligion betrachteten sie das vorschismatische Christentum. Die Südslawen waren im 9. Jahrhundert durch die byzantinischen Slawenapostel Kyrill und Method missioniert worden. Erst im 11. Jahrhundert hatten sich die westliche (lateinische) und die östliche (orthodoxe) Kirche offiziell gespalten und dadurch die Entwicklung unterschiedlicher Konfessionsnationen eingeleitet.

Die kroatischen Jugoslawisten forderten zunächst ein autonomes südslawisches Königreich als dritte Entität neben Österreich und Ungarn innerhalb der Habsburgermonarchie. Kaiser Franz Joseph und sein Thronfolger Franz Ferdinand waren allerdings strikt dagegen, einen solchen „Trialismus“ ernsthaft in Erwägung zu ziehen oder den auf unterschiedliche Reichsteile zerstreuten Südslawen wenigstens mehr Rechte zuzugestehen.⁰³ Immer mehr nationalbewegte Kroaten und Slowenen wandten sich deswegen von der Monarchie ab.

Nach 1900 begannen serbische und kroatische Politiker zusammenzuarbeiten, um einen unabhängigen jugoslawischen Staat zu gründen. Im Gegensatz dazu forderten Anhänger exklusiver großkroatischer und großserbischer Nationalstaatsideen, die mittelalterlichen Königreiche in ihren historischen Grenzen wiederherzustellen. Dadurch wurde die Frage virulent, wem Bosnien und die Herzegowina zustehe, das mal hier- und mal dorthin gehört hatte. Der integrative Jugoslawismus löste diese Konkurrenz auf, erklärte das multireligiöse Land später sogar zum „Herzen Jugoslawiens“. Wissenschaftler, Literaten, Bildhauer und Maler gingen folglich daran, die vorgestellte südslawische Nation künstlerisch und literarisch auszugestalten, unter ihnen der bosnische Schriftsteller und spätere Nobelpreisträger Ivo Andrić, der kroatische Bildhauer Ivan Meštrović und der serbische Geograf Jovan Cvijić.⁰⁴

Aus der anfangs nur von wenigen Gelehrten getragenen südslawischen Idee entwickelte sich ab der Jahrhundertwende eine nationalistische Massenbewegung. Aber erst der Erste Weltkrieg, durch

den die Habsburgermonarchie unwiderruflich unterging, schuf die Voraussetzungen für die Gründung des südslawischen Staates. Am 28. Juni 1914 ermordete Gavrilo Princip von der Geheimorganisation „Junges Bosnien“ den österreichisch-ungarischen Thronfolger Franz Ferdinand und seine Frau Sophie in Sarajevo. Als bekennende „jugoslawische Nationalisten“ wollten deren Anhänger die österreichisch-ungarische Herrschaft zerstören, um die politische Vereinigung mit Serbien voranzutreiben. Die Waffen erhielten sie von der serbischen Untergrundorganisation „Schwarze Hand“.⁰⁵

Wien nahm den Mord zum Anlass, Serbien ein kaum erfüllbares Ultimatum zu stellen und ihm einen Monat später den Krieg zu erklären. Die Regierung in Belgrad, der bis heute keine Urheberschaft an dem Attentat nachgewiesen werden kann, verkündete nun das Ziel, einen „starken südwestlichen slawischen Staat, in den alle Kroaten, und alle Serben und alle Slowenen eintreten“, zu gründen. Allerdings konnte Serbien den Armeen der Mittelmächte nicht dauerhaft standhalten. Während die Angreifer das Land unter sich aufteilten, zogen sich König Peter, seine Regierung und das Oberkommando der Armee, gefolgt von mehr als 150 000 Soldaten und Zivilisten, im Winter 1915/16 an die Adriaküste zurück. Nach dem verlustreichen Marsch durch die albanischen Berge wurden sie von den Alliierten auf die „Rettungsinsel“ Korfu evakuiert.⁰⁶

Unterdessen hatten serbische, kroatische und slowenische Politiker aus der Habsburgermonarchie im November 1914 im Londoner Exil den „Jugoslawischen Ausschuss“ gegründet. Sie erklärten Serben, Kroaten und Slowenen zu „ein- und demselben Volk (...) mit drei verschiedenen Namen“ und forderten einen jugoslawischen Staat. Während Hunderttausende habsburgische Südslawen noch in der k.u.k. Armee kämpften, unterzeichneten der Vorsitzende des Ausschusses, der Kroat Ante Trumbić, und der Ministerpräsident und Außenminister Serbiens, Nikola Pašić, am 20. Juli 1917 die Deklaration von Korfu. Sie kündigte eine konstitutionelle, demokratische und parlamentarische Monarchie unter der in Serbien herrschenden Dynastie Karadordević an. Während die unterschiedlichen Volksnamen, Religionen, Schriften und nationalen Symbole gleichberechtigt sein sollten, blieb vorerst offen, wie historische, kulturelle

01 Vgl. Marie-Janine Calic, *Südosteuropa. Weltgeschichte einer Region*, München 2016; dies., *Geschichte Jugoslawiens*, München 2014².

02 Vgl. Dejan Djokić (Hrsg.), *Yugoslavism*, London 2003.

03 Das Gegenteil behauptet Christopher Clark, *Die Schlafwandler*, München 2013.

04 Vgl. Andrew B. Wachtel, *Literature and Cultural Politics in Yugoslavia*, Stanford 1998.

05 Vgl. Vladimir Dedijer, *Sarajewo 1914*, Wien u. a. 1967, S. 335ff.

06 Vgl. Andrej Mitrović, *Serbia's Great War*, West Lafayette 2007.

und religiöse Eigenheiten der verschiedenen süd-slawischen Gruppen innerhalb der vorgestellten Einheitsnation berücksichtigt werden würden.

EINHEIT IN VIELFALT

Aufseiten der Siegermächte setzte sich gegen Ende des Krieges die Einsicht durch, dass ein demokratisches und liberales Jugoslawien besser in die Nachkriegsordnung passen würde als ein Flickenteppich kleinerer Nationalstaaten. Infolge der Pariser Friedensschlüsse 1919/20 sollten daher sieben historische Entitäten mit ganz unterschiedlichen Traditionen, Währungs-, Bildungs-, Infrastruktur- und Rechtssystemen zum „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“ verschmelzen. Die Friedensmacher übernahmen die Deutung, die süd-slawische Einheitsnation bestehe aus drei „Stämmen“ und trage drei Namen. Im Unterschied zu heute waren die Montenegriner, bosnischen Muslime (Bosniaken) und „Südserven“ (Mazedonier) nicht als eigenständige Subjekte oder gar als Nationen anerkannt. Sie alle sollten zur „dreinamigen“ Titularnation der Serbo-Kroato-Slowenen zählen, die rund 82 Prozent von 12 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern stellte. Magyaren, Deutsche, Albaner und weitere ethnische Gruppen wurden als Minderheiten mit verbrieften Rechten anerkannt.

Nach dem Vorbild Großbritanniens und Frankreichs erhielt der SHS-Staat 1921 eine zentralistische Verfassung. Sie wurde am Veitstag verabschiedet, dem Jahrestag der mythenumwobenen Schlacht gegen die Türken auf dem Amselfeld 1389 und gemeinsamen Symbol für Freiheit und Einheit aller Südslawen. Es galt der Unitarismus nach dem Motto „ein Volk, ein König, ein Staat“. Das Staatswappen verschmolz die unterschiedlichen historischen Hoheitszeichen der drei „Stämme“: das Kreuz mit den vier Feuerstählen (serbisch), das rot-weiße Schachbrett (kroatisch) sowie die Mondsichel mit den drei Sternen (slowenisch). Die Religionen sollten gleichberechtigt sein und ebenso die kyrillische und die lateinische Schrift.

Die vorgestellte Einheit der jugoslawischen Nation stand allerdings auf tönernen Füßen. Zum einen besaßen Slowenen, Kroaten, Bosniaken, Mazedonier, Montenegriner und Serben bereits ein gewisses nationales Eigen- und Abgrenzungsbewusstsein, das die Idee vom „dreinamigen Volk“ übergang. Zum anderen waren

Serben in Regierung und Verwaltung, bei Militär und Polizei deutlich überrepräsentiert. Die Vertreter der habsburgischen Landesteile, die schon bei der Staatsgründung für eine föderale Ordnung votiert hatten, sahen ihren Argwohn gegenüber großserbischer Hegemonie nun durch die politische Praxis bestätigt.⁰⁷

Als der kroatische Oppositionsführer Stjepan Radić 1928 im Parlament ermordet wurde, installierte König Alexander im Januar 1929 ein diktatorisches Regime. Um dem spalterischen „Tribalismus“ entgegenzuwirken und die nationale Einheit zu stärken, verbot er alle Parteien und Vereine, die ethnisch oder konfessionell ausgerichtet waren. Am 3. Oktober 1929 ließ er den Staat in „Königreich Jugoslawien“ umbenennen und nach dem Vorbild der französischen Departements neu gliedern, um, wie er sich ausdrückte, die „nationale Synthese und Einheit“ weiter zu festigen. 1931 oktroyierte er eine Verfassung, die es ihm erlaubte, durch Erziehung, Propaganda, Verordnungen und Repression den integralen Jugoslawismus nach dem Motto „ein Volk – ein Nationalgefühl“ mit quasidiktatorischen Vollmachten durchzusetzen.⁰⁸

König Alexander und der französische Außenminister Louis Barthou fielen im Oktober 1934 einem Attentat kroatischer Faschisten in Marseille zum Opfer. Unter Prinzregent Paul, der anstelle des minderjährigen Thronfolgers Peter die Staatsführung antrat und eine Koalitionsregierung ernannte, kam die Königsdiktatur zum Ende. Um dem kroatischen Separatismus entgegenzuwirken, schuf die jugoslawische Regierung im August 1939 ein autonomes kroatisches Verwaltungsgebiet, die Banovina (Banschaft). Daraufhin forderten dann aber auch Serben, Slowenen und bosnische Muslime eigene Autonomien. Zu einer umfassenden Staatsreform kam es jedoch nicht mehr.

SOZIALISTISCHE REVOLUTION

Am Morgen des 6. April 1941 griff Hitler-Deutschland an, um Jugoslawien „zu zerschlagen“. Anlass war ein Putsch serbischer Generäle, die aus Protest gegen den erzwungenen Beitritt Jugoslawiens zum Dreimächtepakt die jugoslawi-

⁰⁷ Vgl. Ivo Banac, *The National Question in Yugoslavia*, Ithaca 1984, S. 217.

⁰⁸ Vgl. Christian Axboe Nielsen, *Identity in King Aleksandar's Yugoslavia*, Toronto u. a. 2014, S. 203.

sche Regierung gestürzt hatten. Die Armee musste infolge des deutschen Einmarsches nach wenigen Tagen kapitulieren, König und Regierung flohen ins Exil. Jugoslawien wurde in Besatzungsgebiete aufgeteilt und einer Terrorherrschaft unterworfen.

Auf dem Gebiet Kroatiens sowie in Teilen Bosniens und der Herzegowina entstand der nur dem Namen nach „Unabhängige Staat Kroatien“. Hitler übergab die Regierung des von deutschen und italienischen Truppen besetzten Landes der faschistischen Ustascha-Bewegung. Sie baute einen Führer-Staat nach NS-Vorbild auf und ließ auf deutsches Geheiß Juden und Roma ermorden. Ihre eigene rassistische Agenda betraf hingegen vor allem die orthodoxen Serben: Hunderttausende wurden zwangsweise katholisiert, in Konzentrationslager gesperrt, vertrieben oder ermordet.⁰⁹ Serbien kam unter deutsche Militärverwaltung, assistiert durch die ultranationalistische Kollaborationsregierung von General Milan Nedić. Den Rest Jugoslawiens teilten die Revisionsmächte Italien, Bulgarien, Ungarn und Deutschland unter sich auf. Überall wurde die Wirtschaft auf die deutschen Kriegsziele ausgerichtet. Zehntausende wurden als Zwangsarbeiter ins Reich deportiert. Die Bevölkerung Jugoslawiens wurde zudem Opfer der rassistischen „Neuordnungspläne“ Hitlers und seiner Verbündeten. Juden und Roma wurden stigmatisiert, entrechtet, in Lager gepfercht und systematisch ermordet oder bei „Sühneaktionen“ zuerst erschossen. In Serbien setzte die SS dafür bereits im Frühjahr 1942 einen Gaswagen ein. Insgesamt fielen bis zu 60 000 von etwa 72 000 Juden der Vernichtung anheim, davon ein Drittel in deutschen Konzentrationslagern.¹⁰

Bereits im Sommer 1941 traten zwei rivalisierende Widerstandsgruppen auf den Plan: die kommunistischen Partisanen und die nationalserbischen Tschetniks. Kämpften beide anfangs gemeinsam gegen die Besatzer, entwickelten sich bald bürgerkriegsähnliche Zustände zwischen den ideologischen Gegnern. Die Tschetniks unter Oberst Dragoljub-Draža Mihailović kämpften für ein monarchisches und ethnisch homogenes Großserbien, wofür sie massenhaft nichtserbische Bevölkerung aus ihren angestammten Siedlungsgebieten vertrieben. Im Gegensatz dazu propagierte Josip Broz Tito mit seinen multinationalen Partisanen das Prinzip von „Brüderlichkeit und Einheit“,

um einen sozialistischen Föderalstaat aufzubauen. Wehrmacht und SS-Einsatzgruppen gingen erbarungslos gegen beide Gruppen und die Zivilbevölkerung vor. So befahl der Oberbefehlshaber der 2. Armee, Generaloberst Maximilian von Weichs, bereits am 28. April 1941, als Sühne für jeden deutschen Soldaten, der durch Überfall zu Schaden kam, 100 Zivilisten aller Bevölkerungsschichten „rücksichtslos“ zu erschießen und die Leichen öffentlich aufzuhängen. Zehntausende fielen Straf- und Vergeltungsaktionen zum Opfer.¹¹

Nachdem Tschetnik-Führer Mihailović aus Angst vor Repressalien seine Aktionen eingestellt hatte und streckenweise sogar zur Kooperation mit den Besatzern übergegangen war, stieg Marschall Tito zum alleinigen politisch-militärischen Widerstandsführer auf. Der kroatische Maschinenschlosser und Gewerkschafter hatte als Kommunist Jahre in jugoslawischen Gefängnissen gesessen, als Funktionär der Kommunistischen Partei eine Schulung in der Sowjetunion durchlaufen und 1937 als Generalsekretär die Spitze der KPJ erklommen. Während die königliche Familie, die ehemalige Regierung und die wichtigsten Oppositionspolitiker im sicheren Exil saßen, brachte seine multinationale „Volksbefreiungsarmee“ immer größere Gebiete unter Kontrolle.¹²

Obwohl die Alliierten den Kommunisten Tito 1943 offiziell als Verbündeten anerkannten, leisteten weder Stalin noch die Westmächte nennenswerte Militärhilfe. Die Partisanen, die bis Mai 1945 auf 800 000 Männer und Frauen aller Nationalitäten angewachsen waren, konnten Jugoslawien trotz höchster Verluste dennoch befreien. Bei Kriegsende besaß keine politische Kraft mehr die Glaubwürdigkeit, die Autorität und die Macht, Tito die Führungsrolle im künftigen Jugoslawien streitig zu machen.

Tito betrachtete den „Volksbefreiungskampf“ von Anfang an auch als Motor, um die sozialistische Revolution voranzutreiben. Im November 1943, als die Wehrmacht auch in Jugoslawien bereits unter erheblichem militärischen Druck stand, fasste der Antifaschistische Rat der Volksbefreiung Jugoslawiens, eine Art Partisanenparlament, im bosnischen Jajce den Beschluss, Jugoslawien nach Kriegsende als sozialistische Bundesrepublik gleichberechtigter Völker wieder aufzubauen. Auf

⁰⁹ Vgl. Jozo Tomasevich, *War and Revolution in Yugoslavia. Occupation and Collaboration*, Stanford 2001, S. 366 ff.

¹⁰ Vgl. Calic 2016 (Anm. 1), S. 498.

¹¹ Vgl. Hamburger Institut für Sozialforschung (Hrsg.), *Verbrechen der Wehrmacht*, Hamburg 2002, S. 508 ff., S. 550.

¹² Vgl. Jože Pirjevec, *Tito. Die Biografie*, München 2016.

dem Weg dahin rechneten die Partisanen in den letzten Kriegsmonaten mit den Truppen der Kollaborateure und antikommunistischen „Banden“ systematisch ab. Zehntausende wurden durch Standgerichte als Kriegsverbrecher verurteilt und hingerichtet. Als im November 1945 die ersten, kaum als frei und fair zu bezeichnenden Wahlen stattfanden, erhielt Titos „Volksfront“ eine überwältigende Mehrheit. Am 29. November 1945 rief das Parlament die Republik aus.

TITOS JUGOSLAWIEN

Jugoslawien wurde nun zu einer Föderation aus sechs Republiken und zwei autonomen Regionen (später: Provinzen). Slowenen, Kroaten, Serben, Mazedonier und Montenegriner waren als staatsbildende Nationen anerkannt; in den 1960er Jahren traten noch die Bosniaken als sechste Nation hinzu. Mehr als 20 weitere Nationalitäten und religiöse Gruppen erhielten Minderheitenrechte. Die Republiken waren im Präsidium und allen Bundesorganen paritätisch vertreten; in allen wichtigen Funktionen galt ein „ethnischer Schlüssel“. Tito wurde später Staatspräsident auf Lebenszeit.

Tito war die Personifizierung des neuen Jugoslawien. Sein außergewöhnliches politisches Talent und sein Charisma, das auch viele ausländische Beobachter rühmten, begründeten eine von breiten Teilen der Gesellschaft, der politischen Klasse und der internationalen Gemeinschaft anerkannte Legitimität.¹³ Zugleich war er als Überwarter immens populär: Viele Menschen projizierten ihre ganz persönlichen Wünsche, Hoffnungen und Fantasien auf den Partisanenmarschall, den sie seit Kriegszeiten bewunderten, verehrten und liebten. Dieser ließ sich nach allen Regeln des modernen Personenkults als mutiger, kluger, gütiger, humorvoller, gerechter und unfehlbarer Staatsführer inszenieren. Systemkritiker, die Josip Broz verachteten, vermochten ihn insoweit zu respektieren, als er mal als gerechter Makler, mal als autoritärer Autokrat auftrat, um „Brüderlichkeit und Einheit“ „wie seinen Augapfel zu hüten“.¹⁴

Im Gegensatz zum ersten musste das zweite Jugoslawien die Hypothek eines während der

Okkupation ausgefochtenen Bruderkrieges bewältigen. Um das zerrissene Land zu befrieden, wurde der multinationale Partisanenkampf als Gründungsmythos eines neuen, friedlichen Jugoslawien inszeniert. Tatsächlich schien der Hass bald vergessen: Fast drei Viertel der befragten Jugoslawen erklärten 1964, ihr Verhältnis zu Angehörigen anderer Nationalitäten sei gut, weitere acht Prozent hielten es für befriedigend. Nur 5,3 Prozent äußerten sich negativ, der Rest war unentschieden. Immer mehr Menschen wollten sich schließlich auch gar nicht mehr ethnisch zuordnen, sondern allein als „Jugoslawe“ im staatsbürgerlichen Sinn verstehen. In den 1980er Jahren waren das bis zu 1,2 Millionen, also über fünf Prozent der Bevölkerung. Andererseits blieben vor allem auf dem flachen Land die alten ethnischen Barrieren noch erhalten. So wurden selbst in den 1980er Jahren noch 87,5 Prozent aller Ehen zwischen Partnern ein- und derselben Nationalität geschlossen.¹⁵

Titos Stellung galt auch deshalb als nahezu unangreifbar, weil er Jugoslawien dem sowjetisch dominierten Ostblock entwunden hatte. Genauer gesagt ließ Stalin Jugoslawien 1948 aus dem kommunistischen Informationsbüro und Anfang 1949 auch von der Gründung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe ausschließen.¹⁶ Denn Tito, der sich Moskaus Vorgaben nie ganz unterworfen hatte, hatte nun sogar begonnen, mit Bulgarien und Albanien einen Balkanbund zu schmieden. Stalin, der seinen Einfluss in Südosteuropa gefährdet sah, brandmarkte die jugoslawischen Kommunisten als „Abweichler“. Tito reagierte seinerseits mit Säuberungen gegen moskautreue Kommunisten. Tausende angebliche Stalin-Anhänger wurden aus der Partei ausgeschlossen oder auf der berüchtigten Insel Goli otok zur Umerziehung interniert.

Der Rauswurf aus dem Ostblock öffnete dem jugoslawischen Regime neue Spielräume. So boten die USA militärische und wirtschaftliche Hilfen an, um Tito „über Wasser zu halten“. Dieser knüpfte neue Handelsbeziehungen nach Westen, vermochte es nach Stalins Tod 1953 aber auch, sein Verhältnis zu Moskau wieder zu normalisieren. Er wollte keinem der beiden antagonistischen Bündnisssysteme beitreten. Gemeinsam mit seinen ägyptischen und indischen Amtskollegen, Gamal Abdel Nasser und Jawaharlal Nehru, verschrieb

¹³ Siehe dazu auch den Beitrag von Marc Halder in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

¹⁴ Vjekoslav Perica, *Balkan Idols: Religion and Nationalism in Yugoslav States*, Oxford u. a. 2002, S. 101.

¹⁵ Vgl. Calic 2014 (Anm. 1), S. 216.

¹⁶ Vgl. Holm Sundhussen, *Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten 1943–2011*, Wien u. a. 2012.

Tito sich in den 1950er Jahren der „aktiven friedlichen Koexistenz“. 1961 wurde in Belgrad die Organisation der Blockfreien formal gegründet, die fortan unter Jugoslawiens Führung für Dekolonisierung, Abrüstung sowie eine gerechte Weltwirtschafts- und Weltkommunikationsordnung warb. Sie wurde zu einer tragenden Säule der Identität und Stabilität im Vielvölkerstaat.

Im Inneren schufen die jugoslawischen Kommunisten mit der sozialistischen Arbeiterselbstverwaltung nach 1948 einen Sozialismus eigener Prägung. Nicht anonyme Staatsorgane wie im Ostblock, sondern demokratische Arbeiterräte sollten die Unternehmen und alle gesellschaftlichen Organisationen lenken. Im Zuge zahlreicher Reformen wurden marktwirtschaftliche Elemente und Privatbetriebe zugelassen. Viele westliche Linke priesen den jugoslawischen Sozialismus „mit menschlichem Antlitz“ als ihr Vorbild.

Unterstützt durch eine sehr günstige globale Konjunktur erlebten die Jugoslawen nach 1945 ein „Wirtschaftswunder“. Die Führung trieb die sozialistische Modernisierung voran, investierte massiv in die Industrialisierung, in den Tourismus und in die Bildung. Bis Mitte der 1960er Jahre verwandelte sich das ehemalige Agrarland in einen Industriestaat: mehr Menschen arbeiteten im sekundären und tertiären Sektor als in der Landwirtschaft, die Städte wuchsen, das Bildungsniveau und die Mobilität stiegen, die Frauen emanzipierten sich aus den patriarchalischen Geschlechterrollen. Pro Kopf wuchs das Bruttosozialprodukt zu konstanten Preisen zwischen 1950 und 1977 um 6,1 Prozent jährlich, die Realeinkommen stiegen in diesem Zeitraum um 150 Prozent.¹⁷

Der zunehmende Wohlstand ermöglichte mehr Konsum und Freizeit, was die Lebensweisen und Werte von Grund auf veränderte. Im Gegensatz zum Ostblock tolerierte das jugoslawische System schließlich auch einen gewissen Pluralismus in Literatur, Wissenschaften und Künsten. Zwar herrschte das Regime mit Geheimpolizei, Pressezensur und Berufsverboten, jedoch duldeten es in gewissen Nischen auch abweichende Meinungen, etwa in Universitäten, Akademien und Religionsgemeinschaften. Das am höchsten geschätzte Privileg der Jugoslawen aber war die Reisefreiheit. So waren die Bürgerinnen und Bürger Jugoslawiens durchaus stolz auf Fortschritte und Freihei-

ten, und nur wenigen dämmerte, dass das System möglicherweise auch für Misswirtschaft, Bürokratisierung und Korruption verantwortlich war.

Trotz diverser Mechanismen zur Umverteilung und Regionalförderung misslang das zentrale Vorhaben der Kommunisten, die Entwicklungs- und Einkommensunterschiede zwischen den Republiken Jugoslawiens zu verringern. Im Gegenteil: Die Disparitäten wurden immer größer. Waren die Slowenen pro Kopf bei Kriegsende etwa dreimal wohlhabender als die Kosovaren, waren sie Mitte der 1960er Jahre etwa sechsmal und Ende der 1980er Jahre sogar neunmal reicher.¹⁸ Ungewollt förderte das System damit Verteilungskonflikte, bestärkte Nationalismus und ethnische Intoleranz.

Als sich Ende der 1960er Jahre erste wirtschaftliche Krisenerscheinungen bemerkbar machten, meldeten sich in allen Landesteilen Politiker und Intellektuelle zu Wort, die in der gleichmacherischen Politik von „Brüderlichkeit und Einheit“ einen Angriff auf nationale Identitäten und Interessen sahen. Kroatische Intellektuelle und Kulturorganisationen verlangten 1967 eine kroatische Literatursprache, während die Albaner im Kosovo 1968 bei gewaltsamen Demonstrationen eine eigene Teilrepublik und Anschluss an Albanien forderten. Während des „Kroatischen Frühlings“ 1971 riefen die kroatische Parteispitze, die Kulturorganisation Matica hrvatska, Studentenvertreter und Medien nach mehr Eigenständigkeit für Kroatien, einer eigenen Armee sowie „großkroatischen“ Republikergrenzen. Tito warf die kroatische Parteiführung daraufhin aus dem Amt; die Anführer kamen vor Gericht. Auch in Serbien und Bosnien-Herzegowina ging der Staat nun verstärkt gegen nationalistische Umtriebe und Regimekritik vor. In Bosnien-Herzegowina kamen die Verfasser einer „Islamischen Deklaration“, darunter der spätere bosnische Präsident Alija Izetbegović, ins Visier, weil sie die „Vereinigung der islamischen Welt in einem riesigen Staat“ gefordert und Kontakte zum iranischen Ajatollah-Regime aufgebaut hatten.

VOM JUGOSLAWISMUS ZUM NATIONALISMUS

Nachdem Tito 1980 in hohem Alter gestorben war, fehlte dem Vielvölkerstaat seine wichtigste

¹⁷ Vgl. Derek Howard Aldcroft, *The European Economy 1914–2000*, London–New York 2001, S. 163 ff.

¹⁸ Vgl. Dijana Pleština, *Regional Development in Communist Yugoslavia*, Boulder 1992, S. 118 ff.

Integrationsfigur gerade in dem Moment, als das Land auf eine tiefe Wirtschaftskrise zusteuerte. Identitäts- und Sinnsuche, aber auch sozialökonomische Probleme und Zukunftsängste, brachten nationalistischen Politikern und religiösen Führern Zulauf.

Ausgelöst durch die Ölkrise war 1973 das internationale Währungssystem zusammengebrochen. Die Weltwirtschaft war in schwere Turbulenzen geraten, und auch Jugoslawien war in eine Krise geschlittert. Der Staat hatte damals zunächst versucht, die sinkende Wirtschaftsleistung durch ausländische Kredite auszugleichen, verfiel sich aber in der Schuldenfalle. Zwischen 1973 und 1981 waren die Verbindlichkeiten von 4,6 auf 21 Milliarden US-Dollar gestiegen. Als die Geber in den 1980er Jahren ihre Gelder zurückforderten, drohte dem Staat die Zahlungsunfähigkeit. Viele Menschen wurden von wachsender Arbeitslosigkeit erfasst, und der Lebensstandard sank. Zwischen 1980 und 1986 stieg das Bruttoinlandsprodukt nur noch um 0,6 Prozent im Jahr; die Realeinkommen lagen 1985 um 27 Prozent niedriger als 1979.¹⁹

In den 1980er Jahren änderten sich zudem die internationalen Rahmenbedingungen, die Jugoslawiens einzigartige Stellung zwischen Ost und West gewährleistet hatten. Mit dem Zusammenbruch des Kommunismus verschwand nach Tito auch die verbindende Ideologie von „Brüderlichkeit und Einheit“ als maßgeblicher integrativer Faktor. Mit dem Ende des Kalten Krieges wurde auch Jugoslawiens „dritter Weg“ hinfällig. Die tragenden Säulen von Titos Modell – Völkerfreundschaft, Arbeiterselbstverwaltung und Blockfreiheit – ergaben keinen Sinn mehr.

Aus der Wirtschaftskrise entwickelte sich bald eine Legitimitäts-, System- und schließlich umfassende Staatskrise. Letzte Reformbemühungen scheiterten, darunter auch eine von den internationalen Finanzinstitutionen verordnete „Schocktherapie“. Die Wachstums- und Produktionsraten stürzten weiter in den Keller, und die Inflation galoppierte mit 2700 Prozent davon.²⁰ Im Konflikt über Reformen zerfiel Anfang 1990 die Einheitspartei, der Bund der Kommunisten Jugoslawiens. Die gesamtstaatlichen Institutionen, der gemeinsame Wirtschaftsraum, die Medien und der Sicherheitsapparat erodierten.

¹⁹ Vgl. Calic 2014 (Anm. 1), S. 265f.

²⁰ Vgl. Susan Woodward, *Balkan Tragedy*, Washington, D.C. 1995, S. 127f.

1990/91 fanden in den Republiken Jugoslawiens Mehrparteienwahlen statt, die im Ergebnis zu ethnischer Versäulung der politischen Landschaft und nationalistischen Polarisierungen führten. In Serbien behauptete sich der ehemalige Kommunist Slobodan Milošević, der seit 1989 an der Staatsspitze stand und auf Großveranstaltungen mit nationalistischen Parolen für ein starkes Serbien warb. In Slowenien trat Milan Kučan und in Kroatien Franjo Tuđman, einer der Protagonisten des „Kroatischen Frühlings“, die Präsidentschaft an. Da die neuen, national ausgerichteten Republikführungen noch weniger kompromissbereit waren als ihre Vorgänger, das Prinzip der kollektiven Führung aber Einstimmigkeit voraussetzte, wurde die jugoslawische Bundespolitik handlungsunfähig.

Scheinbar unvereinbare Interessen trafen in den Institutionen aufeinander. Einerseits wollten Slowenien und Kroatien um jeden Preis mehr Handlungsfreiheit durchsetzen, um Demokratisierung, Marktwirtschaft und die Annäherung an die Europäische Gemeinschaft voranzubringen. Andererseits gefährdete dies aber die nationale Einheit der Serben, von denen mehr als ein Viertel in Kroatien und Bosnien-Herzegowina lebte. Belgrad wollte den Vielvölkerstaat, in dem alle Nationsangehörigen vereint waren, durch Zentralisierung zusammenhalten oder, wenn dies nicht möglich war, zumindest die von Serben bewohnten Gebiete. Als Slowenien und Kroatien die Unabhängigkeit vorbereiteten, gründeten die kroatischen und die bosnischen Serben 1991/92 ihre eigenen Staaten: die Serbische Republik Krajina in Kroatien und die Republika Srpska in Bosnien-Herzegowina. Diese sprachen sich für den Verbleib in Jugoslawien aus.

Ermuntert durch den deutschen Außenminister Hans-Dietrich Genscher, erklärten Slowenien und Kroatien am 25. Juni 1991 ihre Unabhängigkeit. Daraufhin votierten auch die Parlamente Bosnien-Herzegowinas (allerdings ohne die Stimmen der Serben) und Mazedoniens für die Unabhängigkeit, während Montenegro und Serbien die „Bundesrepublik Jugoslawien“ bildeten, später „Staatenunion Serbien und Montenegro“. Diese zerfiel erst 2006.

KRIEG UMS ERBE

Die Auflösung Jugoslawiens in seine Teilrepubliken bildete den Auslöser für den Krieg um sein Erbe. Während in Slowenien, wo keine Serben beheimatet waren, der bewaffnete Konflikt nach

wenigen Tagen zu Ende ging, begann die Jugoslawische Volksarmee im Herbst 1991 in Kroatien eine Großoffensive. Streitkräfte der kroatischen Serben brachten ein Drittel Kroatiens unter ihre Kontrolle und vertrieben etwa eine halbe Million Menschen. Nach etlichen gescheiterten internationalen Vermittlungsversuchen gelang erst im Januar 1992 ein Waffenstillstand.

In Bosnien-Herzegowina gab die Anerkennung im April 1992 den bosnisch-serbischen Streitkräften den Anlass, binnen Wochen rund 70 Prozent des Territoriums zu erobern. Hunderttausende wurden im Zuge „ethnischer Säuberungen“ vertrieben. Währenddessen begannen Ende 1992 Kroaten und Bosniaken, die anfangs gemeinsam gegen die Serben gekämpft hatten, einen „Krieg im Krieg“ gegeneinander. Infolge der eskalierenden Kämpfe zwischen den regulären Armeen von drei Kriegsparteien und zahlreichen paramilitärischen Gruppen begaben sich über zwei Millionen Menschen aller ethnischen Gruppen, die Hälfte der Bevölkerung Bosnien-Herzegowinas, auf die Flucht. Viele wurden planmäßig vertrieben. Im Juli 1995 ermordeten bosnisch-serbische Streitkräfte beim Sturm auf die UNO-Schutzzone Srebrenica mehr als 8200 bosniakische Männer – das Ereignis gilt als der erste Genozid auf europäischem Boden seit 1945. Insgesamt wurden während des Krieges mehr als 100 000 Menschen unterschiedlicher Volkszugehörigkeit getötet, wobei die Bosniaken bei Weitem die höchsten Opferzahlen zu beklagen hatten.

Für die Staatengemeinschaft war mit Srebrenica eine rote Linie überschritten. Während die Nato begann, bosnisch-serbische Stellungen zu bombardieren, nutzte die kroatische Armee im August 1995 die Gunst der Stunde, um mit der Operation „Sturm“ die Krajina zurückzuerobern und die dort ansässigen Serben in die Nachbarstaaten zu vertreiben. In Bosnien-Herzegowina bildete sich infolge der Intervention eine militärische Pattsituation, die es ermöglichte, den Krieg im November 1995 durch das Abkommen von Dayton zu beenden und das versehrte Land unter internationale Verwaltung zu stellen. Im Frühjahr 1999 unternahm die Nato erneut einen Luftkrieg, diesmal gegen Serbien, das im Kosovo gegen die nach Unabhängigkeit strebende albanische Guerilla gewaltsam vorging. Kosovo wurde zu einem UNO-Protectorat, ehe es sich 2008 unilateral für unabhängig erklärte.

Somit zerfiel Jugoslawien nacheinander in sieben Nachfolgestaaten, von denen heute bereits zwei – Slowenien und Kroatien – Mitglieder der Europäischen Union sind. Serbien, Montenegro und Mazedonien besitzen einen offiziellen, Bosnien-Herzegowina und Kosovo einen potenziellen Kandidatenstatus. Ob und wann sie je der EU beitreten werden, ist allerdings gänzlich offen.

SCHLUSS

Seit dem 19. Jahrhundert strebten kroatische, serbische und slowenische Gelehrte, Politiker und einfache Bürger nach einem vereinigten südslawischen Staat. Für Jugoslawien sprachen aus ihrer Sicht viele Argumente: sprachlich-kulturelle Gemeinsamkeiten, das erprobte Zusammenleben in den multiethnischen Regionen, die einigende Erfahrung jahrhundertelanger Fremdherrschaft, der Wunsch nach Selbstbestimmung und Teilhabe sowie die Sicherheit in einem starken Gemeinwesen. Jedoch erforderte das Zusammenleben in der staatlichen Gemeinschaft angesichts der hochgradigen Diversität der von Südslawen bewohnten Länder von allen Seiten beträchtliche Zugeständnisse.

Trotz ganz unterschiedlicher auf nationale Einheit ausgerichteter Ideologien und Politikansätze – unitarischer Zentralismus im ersten und multinationaler Föderalismus im zweiten Jugoslawien – sind die Entwicklungs- und Interessenunterschiede und damit die Konflikte im Verlauf des 20. Jahrhunderts stetig gewachsen. Am Ende scheiterte der Vielvölkerstaat am Unvermögen, die wachsende Komplexität der Herausforderungen zu meistern, beziehungsweise an dem Unwillen der Eliten, die historischen Kompromisse von Korfu 1917 und Jajce 1943 fortzusetzen. Anstelle der integrativen südslawischen Idee trat der ethnisch homogene Nationalstaat als Ordnungsprinzip und mit ihm die Erfahrung von Krieg, Vertreibung und Massenmord. Ein Vierteljahrhundert nach dem Zerfall Jugoslawiens sind Identitäts-, Grenz- und Statusfragen, zumal die serbische, bosnische, mazedonische und albanische nationale Frage, noch immer ungelöst.

MARIE-JANINE CALIC

ist Professorin für Ost- und Südosteuropäische Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

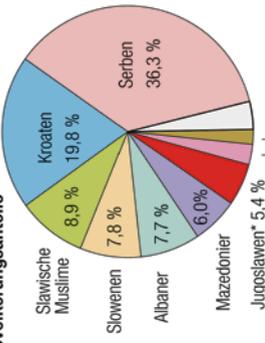
mj.calic@lrz.uni-muenchen.de

Jugoslawien 1981

Siedlungsgebiete der Volksgruppen

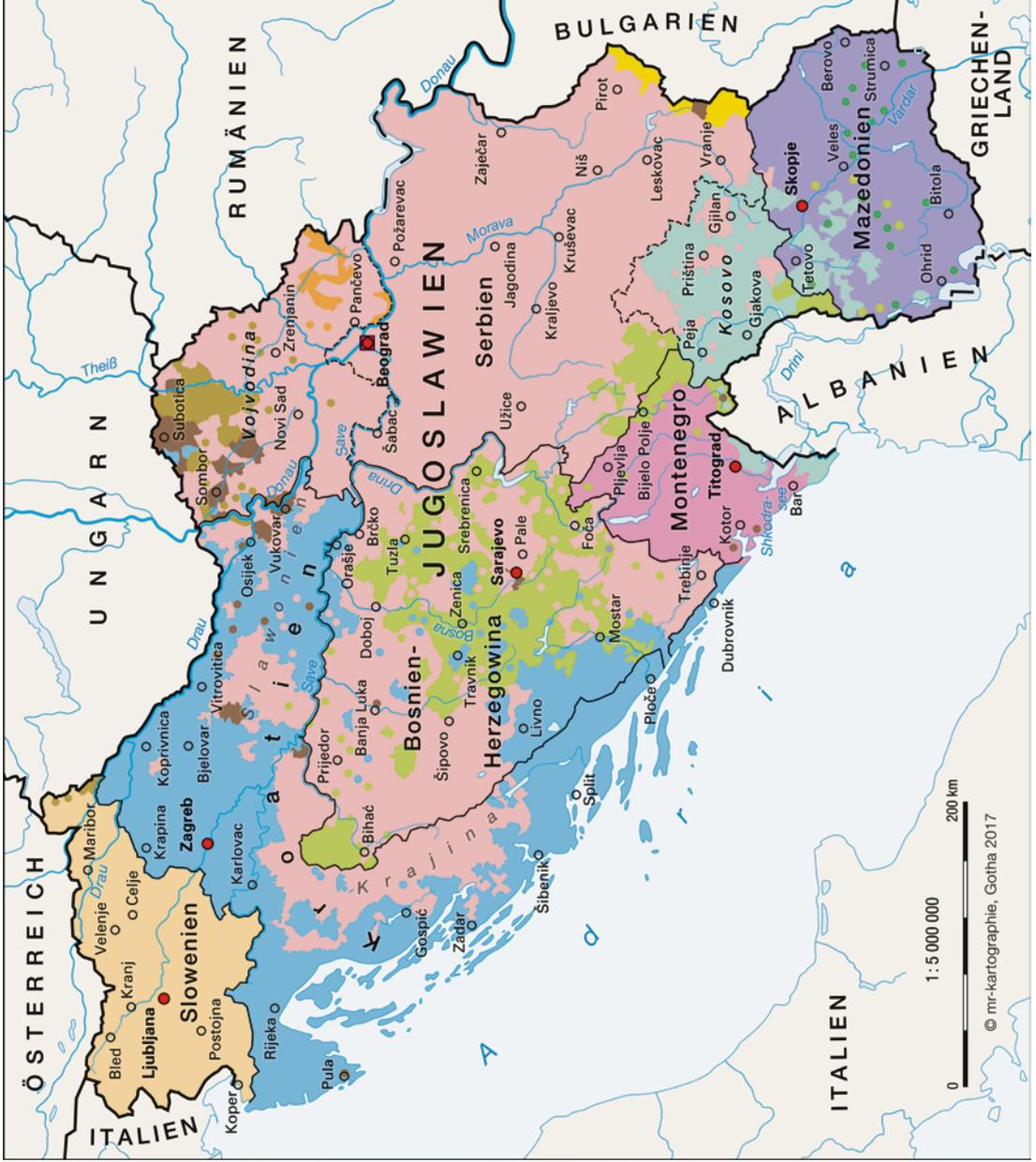
- Südslawen**
- Serben (mehrheitlich orthodoxe Christen)
 - Kroaten (mehrheitlich Katholiken)
 - Slowenen (mehrheitlich Katholiken)
 - Mazedonier (mehrheitlich orthodoxe Christen)
 - Montenegriner (mehrheitlich orthodoxe Christen)
 - Bulgaren (mehrheitlich orthodoxe Christen)
 - Slawische Muslime (Bosniaken, Goranen, Torbeschen, muslimische Serben, Montenegriner)
- Anderere**
- Albaner (mehrheitlich Muslime)
 - Ungarn (mehrheitlich Protestanten)
 - Rumänen, Walachen (mehrheitlich orthodoxe Christen)
 - Türken (mehrheitlich Muslime)
- Gebiete ohne ethnische Bevölkerungsmehrheit

Bevölkerungsanteile



- andere:**
- Roma 0,7 %
 - Türken 0,5 %
 - Slowaken: 0,4 %
 - Rumänen 0,3 %
 - Bulgaren 0,2 %
 - Walachen 0,1 %
 - Russen 0,1 %
 - Tschechen 0,1 %
 - Italiener 0,1 %

* Bei der Volkszählung 1981 war es auch möglich, als Nationalität „Jugoslawe“ anzugeben.



1:5 000 000
0 200 km

© mr-kartographie, Gotha 2017

Nachfolgestaaten Jugoslawiens heute

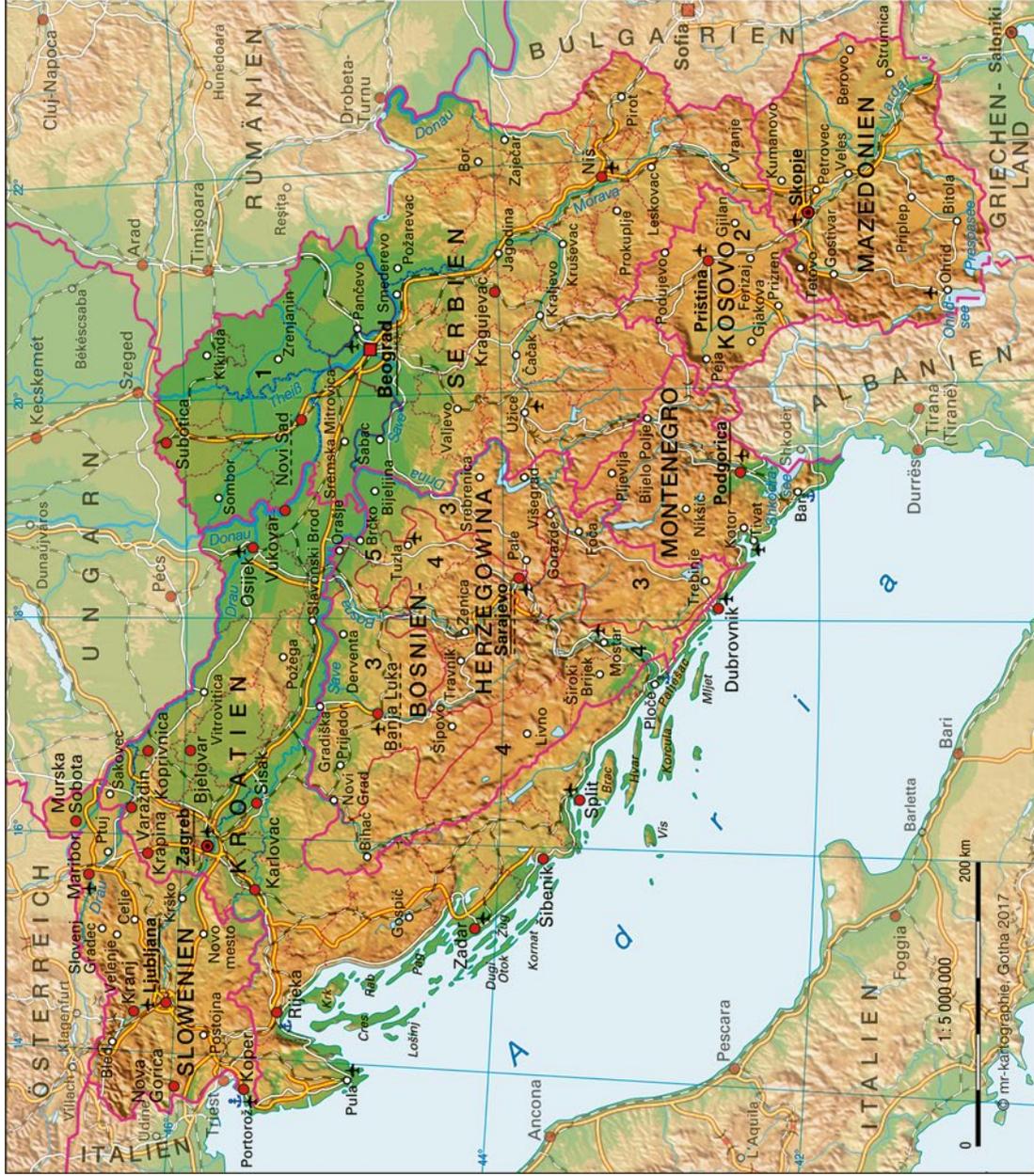
- Orte**
- über 1 000 000 Einwohner
 - 500 000 - 1 000 000 Einwohner
 - 100 000 - 500 000 Einwohner
 - unter 100 000 Einwohner
- Zagreb**
 Hauptstadt eines Staates
 Novi Sad
 Hauptstadt eines autonomen Gebietes

- Grenzen und administrative Gliederung**
- Staatsgrenze
 - Grenze eines autonomen Gebietes
 - Gespanschaftsgrenze in Kroatien, Bezirksgrenze in Serbien, Kantonsgrenze in der Föderation Bosnien und Herzogowina
- SERBIEN Staat**

- 1 Autonome Region Vojvodina
 - 2 Kosovo (von Serbien als Landesteil „Autonome Provinz Kosovo und Metochien“ angesehen)
- Zwei Entitäten Bosnien-Herzegowinas:
- 3 Republika Srpska
 - 4 Föderation Bosnien und Herzogowina
- Distrikt Brčko: Kondominium von 3 und 4, untersteht direkt dem Gesamtstaat**

- Verkehr**
- Autobahn, Schnellstraße
 - Sonstige Straße
 - Eisenbahn
 - Internationaler Flughafen
 - Bedeutender Seehafen

- Relief**
- Landhöhen
 - über 2000 m
 - 1000 - 2000 m
 - 500 - 1000 m
 - 200 - 500 m
 - 100 - 200 m
 - 0 - 100 m
- Hydrographie**
- Fluss
 - periodischer Fluss
 - Fluss
 - Stausee, See



© mr-kartographie, Gotha 2017

DER BOSNISCH-HERZEGOWINISCHE NACHKRIEG

Ein Kampf um den Opferstatus

Ana Mijić

Durch eine Verkettung unglücklicher Umstände geraten ein bosniakischer und ein serbischer Soldat in einen Schützengraben zwischen den Fronten des Bosnien-Krieges. Während ihrer gemeinsamen Anstrengungen, sich aus dieser misslichen Lage zu befreien, kommen sie sich näher; sie unterhalten sich über ihr Leben vor dem Krieg und stellen fest, dass sie einige Gemeinsamkeiten haben, sogar gemeinsame Bekannte. Im Bombenhagel – von beiden Seiten aus wird geschossen – kommt irgendwann die Frage auf, wer eigentlich die Verantwortung für die Zerstörung dieser gemeinsamen Vergangenheit und das Blutvergießen trägt. Sie ergehen sich in gegenseitigen Schuldzuweisungen, bis der Bosniake seine Waffe auf sein Gegenüber richtet und ein letztes Mal die Frage stellt: „Tko je počeo rat?“ – Wer hat den Krieg angefangen? So die Handlung einer Schlüsselszene in Danis Tanovića Film „No Man’s Land“ aus dem Jahr 2001.

Seit der Unterzeichnung des Allgemeinen Rahmenabkommens von Dayton über einen Frieden in Bosnien und Herzegowina Ende 1995 schweigen in der ehemaligen Teilrepublik Jugoslawiens die Waffen. Bis dahin forderte der 1992 entbrannte Krieg, dessen Parteien sich mittels ethnischer Selbst- und Fremdzuschreibungen konstituierten, 100 000 Menschenleben. Nach wie vor ist das Verhältnis zwischen den bosniakischen (also den muslimischen), kroatischen und serbischen Bosnierinnen und Bosniern durch tiefe Gräben gekennzeichnet. Eines jedoch verbindet alle Ethnien in Bosnien-Herzegowina: Sie empfinden sich gerade aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit als Opfer des Krieges und der Nachkriegszeit. Über die Frage „Tko je počeo rat?“ sowie über die Verantwortung für die Verbrechen, die während des Krieges begangen wurden, wird noch immer gestritten.

Diesem Beitrag liegt die Frage zugrunde, wie Menschen im gegenwärtigen Bosnien-Herzegowina ihre Wahrheiten entwickeln und verteidigen. Wie

konstruieren sie in dieser neuen Situation des Nachkrieges ihr (ethnisches) Selbstbild und damit auch das Bild der (ethnisch) jeweils anderen, und mit welchen Schwierigkeiten sind diese Konstruktionsprozesse verbunden? Die folgenden Ausführungen bauen auf einem empirischen Projekt über Identitätsbildung im bosnisch-herzegowinischen Nachkriegstransformationsprozess auf,⁰¹ dessen primäre Datengrundlage 30 nichtstrukturierte narrative Interviews bilden, die zwischen 2007 und 2009 in verschiedenen Regionen Bosniens erhoben und mittels einer objektiv-hermeneutischen Rekonstruktion von Deutungsmustern analysiert wurden.⁰²

IDENTITÄTEN IM (NACH-)KRIEG

„Durch den Krieg“, so der bosnisch-kroatische Publizist Ivan Lovrenović, wurde der „wichtigste zivilisatorische Grundzug der bosnischen Erfahrung und Lebensweise (...) unmittelbar ins Mark getroffen: die Gewöhnung an den anderen und an das Andersartige als alltägliche Erfahrung und Vertrautheit. Diese Erfahrung der Alterität hatte es auch ermöglicht, Bosnier zu sein. Erneut territorialisiert, giftig chauvinisiert, hören die Bosnier auf, Bosnier zu sein, und sind nur noch muslimische Bosniaken, nur noch Kroaten, nur noch Serben.“⁰³

Vertreibung, Verfolgung und Mord sowie intra-ethnische Homogenisierungsbestrebungen zwangen die Bürgerinnen und Bürger des einst geradezu als Musterschüler des „Multikulturalismus“ geltenden Bosniens zur Identifikation mit „ihrer“ jeweiligen ethnischen Gruppe. Befördert wurde dieser Prozess durch eine Bevölkerungsverschiebung, die mit der Beendigung des Krieges auch institutionell verankert wurde: Der Vertrag von Dayton besiegelte, wenn schon nicht eine Drei-, so doch eine Zweiteilung des Landes in die serbisch dominierte Republika Srpska, die 49 Prozent des

Staatsgebietes umfasst, und die Föderation Bosnien-Herzegowina, die ihrerseits in zehn weitgehend monoethnisch-kroatische oder -bosniakische Kantone gegliedert ist.⁰⁴ Mit dieser Einteilung des Landes führte der Friedensvertrag faktisch zu einer Legitimierung dessen, was euphemistisch als „ethnische Säuberung“ bezeichnet wird.

Die Anthropologin Katherine Verdery weist darauf hin, dass „ethnische Säuberung“ aber nicht nur die Vernichtung aller Spuren des ethnisch Anderen bedeutet, sondern meist auch die Auslöschung alternativer Identitätskonzepte für das Individuum.⁰⁵ Die Reduktion auf die Zugehörigkeit zu einer ethnischen oder nationalen Gruppe bringt die kroatische Schriftstellerin Slavenka Drakulić 1992 in ihrem Essay „Vom Nationaldenken überwältigt“ für den kroatischen Fall mit folgenden Worten prägnant zum Ausdruck: „Ich bin niemand mehr, weil ich keine Person mehr bin. Ich bin eine von 4,5 Millionen Kroaten. (...) Ich fühle mich wie eine Waise, weil der Krieg mich des einzigen wahren Besitzes beraubt hat, den ich in meinem Leben erworben hatte, meiner Individualität.“⁰⁶ Eine solche Reduktion des „Ich“ auf ein „Wir“ geht einher mit einer Vergemeinschaftung ganz besonderer Art – „[z]wischen dem Einzelnen und dem Ganzen besteht kein jenseits mehr, sodass selbst ‚Hingebung‘ kein ganz zutreffendes Wort ist: man braucht sich nicht erst hinzugeben, wo das Gefühl von vornherein keine Scheidung zeigt“, so der Soziologe Georg Simmel in seinen Reflexionen über den Ersten Weltkrieg.⁰⁷

Von der „Fiktion einer ‚reinen‘ ethnischen Identität“⁰⁸ konnte sich im zerfallenden Jugoslawien bald

kaum mehr jemand befreien. Die Verschmelzung von „Ich“ und „Wir“ vermochte nicht nur ein Identifikationsvakuum zu füllen, das mit dem Ende des sozialistischen Systems einherging. Vor dem Hintergrund der die bloße Existenz bedrohenden und die Zeitperspektive verknappenden⁰⁹ kriegerischen Gewalt entlang ethnischer Grenzen löschte diese umfassende Identifikation mit dem Ethnischen alle zuvor vorhandenen Identifikationen aus. Die Reduktion auf die ethnische Zugehörigkeit ist verbunden mit einer hierarchisierenden Unterscheidung zwischen „Uns“ und „den Anderen“ und gekennzeichnet durch abwertende Zuschreibungen gegenüber der ethnischen Fremdgruppe sowie aufwertenden Zuschreibungen gegenüber der ethnischen Eigengruppe. Dem „eigenen Gruppencharisma“ wird die „fremde Gruppenschande“ gegenübergestellt, der eigenen Superiorität die fremde Inferiorität.¹⁰

Zahlreiche Forschungen haben ergeben, dass die Verdichtung ethnischer Grenzen als eine Folge von Krieg und Gewalt zu betrachten ist und nicht monokausal als Ursache gewaltsamer Auseinandersetzungen.¹¹ Mittlerweile ist es wissenschaftlicher Konsens, dass Ethnizität kein ursprüngliches Element menschlichen Daseins darstellt, sondern in gesellschaftlichen Prozessen überhaupt erst erschaffen wird. Doch die Tatsache, dass Ethnizität konstruiert wird, dass das Zugehörigkeitsgefühl zu einer ethnischen Kategorie zunächst nichts weiter ist als ein – wie der Soziologe Max Weber es formuliert – „subjektive[r] Glaube an eine Abstammungsgemeinsamkeit“,¹² darf nicht dazu verleiten, an der „Realität“ ethnischer Grenzen zu zweifeln. Auch eine erschaffene Wirklichkeit kann dem Menschen als außermenschliche Faktizität gegenüberreten.¹³ Gerade im Hinblick auf Nationalität, Rasse oder Ethnizität tendieren Menschen zu einer primordialistischen Perspektive,¹⁴ also zu einer verdingli-

01 Vgl. Ana Mijić, *Verletzte Identitäten. Der Kampf um den Opferstatus im bosnisch-herzegowinischen Nachkrieg*, Frankfurt/M.–New York 2014.

02 Vgl. Ulrich Oevermann, *Die Struktur sozialer Deutungsmuster – Versuch einer Aktualisierung*, in: *Sozialer Sinn* 1/2001, S. 35–81; ders., *Klinische Soziologie auf der Basis der Methodologie der objektiven Hermeneutik*, Frankfurt/M. 2002.

03 Ivan Lovrenović, *Bosnien und Herzegowina*, Wien 1999, S. 200.

04 Neben der Republika Srpska und der Föderation wurde 1995 mit dem Dayton-Abkommen aus geopolitischen Gründen der Sonderbezirk Brčko eingerichtet, der als Kondominium beiden Entitäten zugehörig ist.

05 Vgl. Katherine Verdery, *Ethnicity, Nationalism, and State-Making*, in: Hans Vermeulen/Cora Govers (Hrsg.), *The Anthropology of Ethnicity*, Amsterdam 1994, S. 33–58, hier S. 38.

06 Slavenka Drakulić, *Sterben in Kroatien*, Reinbek 1992, S. 83.

07 Georg Simmel, *Deutschlands innere Wandlung*, in: *Der Krieg und die geistigen Entscheidungen*, München–Leipzig 1917, S. 9–29, hier S. 12.

08 Michael Ignatieff, *Reisen in den neuen Nationalismus*, Frankfurt/M. 1996, S. 33.

09 Vgl. Herfried Münkler, *Politik und Krieg*, in: Armin Nassehi/Markus Schroer (Hrsg.), *Der Begriff des Politischen*, Baden-Baden 2003, S. 471–490, hier S. 479.

10 Norbert Elias, *Zur Theorie der Etablierten-Außenseiter-Beziehungen*, in: ders./John L. Scotson, *Etablierte und Außenseiter*, Frankfurt/M. 1990, 16 ff.

11 Vgl. Andreas Wimmer, *Ethnische Grenzziehungen*, in: Marion Müller/Dariusz Zifonun (Hrsg.), *Ethnowissen*, Wiesbaden 2010, S. 99–152, hier S. 111.

12 Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen 1976⁴ (1920/21), S. 237.

13 Vgl. Peter L. Berger/Thomas Luckmann, *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit*, Frankfurt/M. 1969, S. 94.

14 Vgl. Clifford Geertz, *Primordial Ties*, in: Anthony D. Smith/John Hutchinson (Hrsg.), *Ethnicity*, New York 1996, S. 40–45.

chenden oder essenzialisierenden Sichtweise,¹⁵ zu einem Blickwinkel, von dem aus sozial Konstruiertes als natürlich Gegebenes erscheint.

Obwohl konstruiert, können ethnische Grenzen und die damit einher gehenden Selbst- und Fremdbilder nicht jederzeit beliebig verändert werden. Einmal erschaffen, wirken sie auf die Individuen zurück. Eine Voraussetzung für ihr Fortbestehen ist jedoch, dass die Kontakte zu jenen bestehen bleiben, die diese Wirklichkeit stützen und schützen; nur dadurch bleibt ihre Plausibilität erhalten.¹⁶ „Kategorien“, so der Soziologe Rogers Brubaker, „brauchen Biotope mit Artenschutz, in denen sie überleben und gedeihen können“.¹⁷ Die Konfrontation mit alternativen Wirklichkeitsauffassungen stellt dagegen stets eine Gefahr dar. Mit der Beendigung der kriegerischen Gewalt rückte diese Gefahr in Bosnien-Herzegowina bedrohlich nahe. Die bislang unhinterfragt gültige Deutung, der zufolge die eigene ethnische Gruppe moralisch und zivilisatorisch als überlegen begriffen wird, gerät im Prozess der Nachkriegstransformation ins Wanken. Die Wahrheiten der Anderen – sowohl der ethnisch Anderen als auch außenstehender Dritter wie etwa die internationale Gemeinschaft – stellen eine Bedrohung für das positive Selbstbild, für das eigene Gruppencharisma dar. Allein ihr Dasein kann zu Verletzungen der während des Krieges essenzialisierten Identitäten führen.

Exemplarisch lassen sich diese Zusammenhänge am Beispiel des Umgangs mit (mutmaßlichen) Kriegsverbrechern verdeutlichen: Wenn als „Helden“ gefeierte Mitglieder der ethnischen Eigengruppe von anderen als Verbrecher und Mörder bezeichnet werden, kommt es über weite Bevölkerungsgruppen hinweg zu emotionalen Abwehrreaktionen. Wie sich die Menschen der „Richtigkeit“ ihrer Perspektive angesichts der Bedrohung durch alternative Wirklichkeiten versichern, ließ sich etwa im Zuge der Proteste gegen die Auslieferung oder Verurteilung „nationaler Helden“, wie Radovan Karadžić, Radko Mladić oder Ante Gotovina durch das Internationale Kriegsverbrechertribunal für das ehemalige Jugoslawien beobachten. In Tränen aufgelöste Menschen, gehüllt in

ihre Nationalfarben und ausgestattet mit Plakaten und Bildern der Verhafteten oder Verurteilten, sowie zerrissene Europaflaggen setzten im Zuge der Proteste deutliche Zeichen – auch der Delegitimierung all jener, die die „einzig wahre Wirklichkeit“ nicht anerkennen wollen. Denn die Erwartungshaltung gegenüber dem Tribunal ist vor allem dadurch geprägt, dass es die Version der Ereignisse vertreten soll, der zufolge die eigene ethnische Gruppe kollektiv als Opfer und damit eben auch als unschuldig betrachtet wird. Wird diese Erwartung nicht erfüllt, werden die Nationalhelden zu Mördern, zu Tätern, zu Schuldigen, wird dies als ein Angriff auf die eigene Identität gewertet. Die starke Identifikation mit den Angeklagten geht einher mit der Annahme, dass vor dem Tribunal eben nicht über Individuen gerichtet wird, sondern über die gesamte ethnische Gruppe.

Deutlich zeigt sich hier auch, dass im gegenwärtigen Bosnien der Konflikt über die Vergangenheit primär ein Kampf um die Wahrheit und das eigene Wir-Ideal ist.¹⁸ Dieser Kampf bildet den Kern des „Nachkrieges“, also dessen, was sich – in Verkehrung des Zitats von Carl von Clausewitz – als Fortsetzung des Krieges mit politischen Mitteln beschreiben lässt.

SELBSTVIKTIMISIERUNG

Vor allem die Tatsache, dass es in diesem Konflikt auch Dritte von der Wahrheit und Wahrhaftigkeit der eigenen Perspektive zu überzeugen gilt, führt dazu, dass der Kampf um das Wir-Ideal zu einer Auseinandersetzung um den eigenen Opferstatus wird. Die Selbstviktimisierung ist weder ein neues noch ein regional begrenztes Phänomen; nahezu jeder Konflikt zeichnet sich dadurch aus, dass sich seine Parteien ausschließlich als Opfer betrachten.¹⁹

18 Vgl. Jens Brockmeier, *Remembering and Forgetting. Narrative as Cultural Memory*, in *Culture & Psychology* 1/2002, S. 15–43, hier S. 15.

19 Vgl. etwa Luca Andrighetto et al., *Reducing Competitive Victimhood in Kosovo*, in: *Political Psychology* 4/2012, S. 513–529; Neil Ferguson/Mark Burgess/Ian Hollywood, *Victimhood Experiences in Postagreement Northern Ireland*, in: *Political Psychology* 6/2010, S. 857–886; Marcel M. Baumann, *Contested Victimhood in the Northern Irish Peace Process*, in: *Peace Review* 2/2010, S. 171–177; Nurit Shnabel/Masi Noor, *Competitive Victimhood Among Jewish and Palestinian Israelis Reflects Differential Threats to Their Identities*, in: Kai J. Jonas/Thomas A. Morton (Hrsg.), *Restoring Civil Societies*, Chichester 2012, S. 192–207; Johanna R. Vollhardt, *The Role of Victim Beliefs in the Israeli-Palestinian Conflict*, in: *Peace and Conflict: Journal of Peace Psychology* 2/2009, S. 135–159.

15 Vgl. Rogers Brubaker/Mara Loveman/Peter Stamatov, *Ethnicität als Kognition*, in: Rogers Brubaker, *Ethnicität ohne Gruppen*, Hamburg 2007, S. 96–128, hier S. 124.

16 Vgl. Berger/Luckmann (Anm. 13), S. 163.

17 Rogers Brubaker, *Ethnicität ohne Gruppen*, in: ders. (Anm. 14), S. 16–45, hier S. 44.

„Es gibt keinen größeren kollektiven Genuss für eine Volksgruppe, denn als Opfer zu leben“, so etwa der aus Bosnien stammende Schriftsteller Milenko Jergović, „alle Probleme sind gelöst, denn du (...) kannst jederzeit und überall um wirtschaftlichen und moralischen Kredit bitten. So hat der Chauvinismus der jugoslawischen Nationen immer begonnen: Er kommt aus den Massengräbern. Der serbische Nationalismus der neunziger Jahre kommt aus den Massengräbern des Ustascha-Vernichtungslagers Jasenovac im Zweiten Weltkrieg. Daraus entstand der Mythos, alle Serben seien Opfer. Ähnliches ist mit den Bosniaken nach Srebrenica geschehen: Sie alle wurden dort getötet. Diesen Opferkomplex zu exorzieren, ist extrem schmerzhaft.“²⁰

„Opfer-Sein“, wie es sich hier darstellt, hat wenig mit Schwäche zu tun. Ganz im Gegenteil: Die Opferrolle ist mit einer Macht, mit einem „politischen Mehrwert“²¹ verbunden, der aus der moralischen Privilegierung des Opfers resultiert. „Opfer“ bündeln die Sympathien auf ihrer Seite, sie haben ein Anrecht auf Rücksichtnahme und können jegliche Kritik unter Verweis auf das erfahrene Leid von sich weisen. Die Selbstviktimsierung basiert auf dem Glauben an die Rechtmäßigkeit der eigenen Ziele und dient der moralischen Rechtfertigung und damit auch einer Stärkung des eigenen Gruppencharismas. Sie erlaubt es, an einem positiven Wir-Bild festzuhalten, weil sie zweifelsfrei festlegt, wer die Schuld am Leid des eigenen Kollektivs trägt und unmissverständlich zwischen „gut“ und „böse“ unterscheidet. Damit schafft sie ein kohärentes Weltbild und liefert nicht nur plausible Erklärungen für Vergangenheit und Gegenwart, sondern formuliert auch Erwartungen an die Zukunft.²²

Selbst dort, wo die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit eine Auseinandersetzung mit der eigenen Täterrolle erzwingt, wird diese im kollektiven Gedächtnis zugunsten einer Selbstauffassung als Opfer oft genug verdrängt. Opfer

zu sein, wird als unteilbares und allumfassendes Gut betrachtet. Der Politikwissenschaftler Herfried Münkler schrieb dazu: „Was im Alltagsleben von jedermann unbesehen zugestanden wird, dass nämlich jeder Täter auch Opfer sein oder zumindest doch werden kann – wie umgekehrt ebenso –, das wird, sobald es um politische Positionierungen geht, heftig bestritten. Hier ist die Unterscheidung zwischen Opfer und Täter nicht länger eine situationsabhängige Momentaufnahme, sondern gerinnt zum permanenten Merkmal.“²³

Durch ihren höchst kompetitiven Charakter wirkt die Selbstviktimsierung in (Post-)Konfliktkonstellationen nach außen trennend und nach innen verbindend.²⁴ Die räumliche und soziale Nähe der ethnischen Outgroups trägt noch zusätzlich zur inneren Verbundenheit bei, denn der Opferideologie zufolge stellen die Anderen eine permanente Bedrohung von Leib und Leben dar. Gleichzeitig birgt die Nähe zu den Anderen auch eine Gefahr für die Opferideologie selbst: Sie macht es nahezu unmöglich, sich den Wahrheiten der Anderen zu entziehen.

STRATEGIEN ZUR AUFRECHTERHALTUNG DES OPFERSTATUS

Um in dieser Situation die eigene Viktimsierung trotz permanenter Konfrontation mit den Anderen und ihren Wirklichkeitsperspektiven aufrechtzuerhalten, haben die Menschen im Nachkriegs-Bosnien verschiedene Strategien entwickelt.

Tabuisierung der Kriegsvergangenheit

Die Analyse der Interviews und ethnografische Beobachtungen zeigen sehr deutlich, dass der Krieg im Rahmen interethnischer Begegnungen in der Regel komplett ausgeblendet wird. Ein Interviewpartner formuliert beispielsweise: „Nach einer so kurzen Zeit, es vergingen keine paar Monate, nachdem der Krieg aufhörte, fingen wir an, zueinander zu gehen (...) Als sei nichts gewesen (...) Als hätte dieses Loch nie existiert. Als hät-

20 Andreas Ernst, „Ich bin ein jugoslawischer Schriftsteller“. Gespräch mit Miljenko Jergović über seine Liebe zu Autos, die Balkantragödie als triviales Genre sowie die Lust der Völker, Opfer zu sein, 21. 4. 2012, www.nzz.ch/-1.16541823.

21 Herfried Münkler, Unter Abwertungsvorbehalt. Vom Bombenkrieg bis zur Vertreibung, in: Frankfurter Rundschau, 24. 9. 2003, S. 9.

22 Vgl. Daniel Bar-Tal et al., A Sense of Self-Perceived Collective Victimhood in Intractable Conflicts, in: International Review of the Red Cross 874/2009, S. 229–258; Vgl. Shnabel/Noor (Anm. 19).

23 Münkler (Anm. 21).

24 Vgl. Masi Noor et al., The Psychology of Competitive Victimhood Between Adversarial Groups in Violent Conflicts, in: Personality and Social Psychology Review 4/2012, S. 351–374; ders./Shnabel (Anm. 19).

ten die Linien nie existiert.“²⁵ Eine solche Ausblendung der Kriegsvorgänge zugunsten der Normalisierung der Verhältnisse mag zunächst sinnvoll erscheinen, denn das Schweigen über den Krieg ermöglicht es den Angehörigen der verschiedenen ethnischen Gruppen, im Alltag zu interagieren und dadurch möglicherweise neue Wirklichkeiten zu erschaffen, innerhalb derer die ethnische Grenzziehung eine nachgeordnete Rolle spielt. Mit dieser Vermeidungsstrategie geht allerdings auch eine Reproduktion oder gar Verdichtung der ethnischen Grenzziehung einher. Wenn Gespräche um die Wirklichkeit der Kriegsvorgänge nur im Kreise „Gleichgesinnter“, also innerhalb der ethnischen Gruppe, stattfinden, ist zu erwarten, dass eben deren Wahrnehmung der Wirklichkeit wie in Stein gemeißelt wird.

Zweierlei Maß

Kommt es zu einer Konfrontation mit konkurrierenden Wirklichkeitsauffassungen, werden bei der Bewertung und Rechtfertigung von Ingroup-Verhalten und Outgroup-Verhalten typischerweise unterschiedliche Maßstäbe angelegt. Den Aggressionen der Outgroup wird die Verteidigung der Ingroup gegenübergestellt. Das Verhalten der Ingroup wird ursächlich auf das Verhalten der Outgroup zurückgeführt und damit zu rechtfertigen versucht. Diese Dichotomisierung von Tätern und Opfern lässt sich angesichts der Präsenz der konkurrierenden Erzählungen nicht ohne Weiteres aufrechterhalten. Infrage gestellt wird nun aber der Wahrheitsgehalt oder die „Wahrhaftigkeit“ der konkurrierenden Erzählung – und aus der Dichotomie von Opfern und Tätern wird eine Dichotomie von wahren Opfern und kreierte, konstruierte, erfundene Opfern. „Die systematische Ächtung des Außengruppenangehörigen“, so der Soziologe Robert Merton in seiner Theorie über die sich selbst erfüllende Prophezeiung, „nimmt ihren Lauf weitgehend ungeachtet dessen, was er tut. Mehr noch: Durch den Aberwitz einer kapriziösen richterlichen Logik wird das Opfer für das Verbrechen bestraft.“²⁶ Mittels einer „Moral-Alchemie“ werden je nach Gutdünken Tugenden zu Lasten und Laster zu Tugenden.

²⁵ Zit. nach Mijić (Anm. 1), S. 245.

²⁶ Robert K. Merton, *Soziologische Theorie und soziale Struktur*, Berlin 1995, S. 405.

Doppelte Relativierung

Mitunter kommt es aber auch zu der Einsicht, dass Mitglieder der ethnischen Ingroup ebenfalls Verbrechen begangen haben könnten. Zunächst erscheint die Annahme naheliegend, dass eine solche Anerkennung zu einer Entidealisierung beziehungsweise zu einer Relativierung des positiven Wir-Bildes führt. Was hier jedoch geschieht, ist der Versuch, abweichende Wirklichkeitsbestimmungen mit Begriffen aus der eigenen Sinnwelt auszustatten, sie also der eigenen Sinnwelt einzuverleiben und somit als konkurrierende Wirklichkeitsperspektive zu liquidieren. Indem zugegeben wird, dass das Verhalten von Mitgliedern der Ingroup moralisch „nicht einwandfrei“ war, verleiht man sich zusätzlich Legitimation.

Dieses moralisch nicht einwandfreie Verhalten der Ingroup-Mitglieder wird dann allerdings in einem zweiten Schritt typischerweise in Relation gesetzt mit den als sehr viel schlimmer klassifizierten Verbrechen der Outgroup. Diese doppelte Relativierung – also die Relativierung des eigenen Wir-Ideals, die jedoch selbst auch einer Relativierung unterzogen wird – dient damit wiederum der Stabilisierung dieses Wir-Ideals.

Insgesamt zeigen Menschen bei diesem Prozess der Relativierung eine recht ausgeprägte „soziale Kreativität“:²⁷ Die sozialen Vergleichsdimensionen werden so gewählt, dass die Eigengruppe in jedem Fall günstiger abschneidet als die Außengruppe. So verweisen beispielsweise auch bosnische Kroatinnen und Kroaten regelmäßig auf das Massaker von Srebrenica, bei welchem über 8000 bosniakische Jungen und Männer von Serben umgebracht wurden, denn vor diesem Hintergrund sollen die Verbrechen der Ingroup verhältnismäßig unbedeutend erscheinen.

Subjektivierung des Krieges

Trotz einer in der Regel eindeutig erfolgenden Täter-Opfer-Zuschreibung wird der Krieg regelmäßig als nicht von Menschen gemacht, sondern als ein übermenschliches, die Menschen vernichtendes und verfeindendes Phänomen beschrieben: „Als Tito starb, als Jugoslawien zerfiel, (...) kam dieser verdammte Krieg, welcher angerichtet hat, was er angerichtet hat: uns alle verfeindet“,

²⁷ Henri Tajfel/John C. Turner, *The Social Identity Theory of Intergroup Behavior*, in: William G. Austin/Stephen Worchel (Hrsg.), *Social Psychology of Intergroup Relations*, Chicago 1978, S. 7–24, hier S. 19f.

so ein Interviewpartner.²⁸ Der Krieg tritt hier in der Gestalt eines vom Handeln menschlicher Subjekte unabhängigen Geschehens auf, ähnlich einer Naturkatastrophe, oder gar als aktiv handelnd – quasi als Subjekt. Die Konsequenz dieser Betrachtungsweise ist, dass der Krieg letztlich nicht zum Gegenstand ethischer Überlegungen gemacht werden kann und menschliches Handeln von jeder Verantwortung befreit wird.²⁹ Die Funktion dieses Deutungsmusters im Hinblick auf den hier verhandelten Fall liegt auf der Hand: Indem man den Krieg zum Subjekt macht, geht man nicht nur selbst in Distanz zum Geschehen und schützt damit sein Wir-Ideal, sondern bietet eben diese Möglichkeit auch dem Gegenüber an. Eventuell verbirgt sich dahinter der kleinste gemeinsame „panethnische“ Nenner.

Im Verlauf der Analyse zeigt sich, dass vor allem jene, die erfolgreich und anhaltend ins sozialistische System des ehemaligen Jugoslawien sozialisiert wurden, auf diese Strategie zurückgreifen, denn die Subjektivierung des Krieges liefert eine plausible Erklärung dafür, warum es trotz „Brüderlichkeit und Einheit“ zum Krieg kommen konnte.

Externalisierung der Schuld

In Situationen interethnischen Kontakts kann es gelingen, verschiedene Wirklichkeitsperspektiven einander anzugleichen, indem die Verantwortung oder die „Schuld“ auf außenstehende Akteure übertragen wird. Dies kann auf viererlei Wegen geschehen.

Erstens können sich Angehörige zweier ethnischer Kategorien im interethnischen Kontakt gegen einen Dritten verbünden, auf den die Hauptverantwortung für das, was geschehen ist oder nach wie vor geschieht, übertragen wird. So werden die Serben von den Kroaten und Bosniaken als jene betrachtet, von denen die primäre Aggression ausging; die Kroaten gelten als die Opportunis-

ten, die je nach eigenem Vorteil ihre Bündnispartner wechseln, und in den Bosniaken personifiziert sich schließlich aus der Perspektive der christlichen Kroaten und Serben die Gefahr islamischen Fundamentalismus mitten in Europa.

Eine *zweite* Möglichkeit der Externalisierung von Verantwortung besteht in einer Kontraktion der Wir-Gruppe – jene Teile, die das Wir-Ideal bedrohen, werden ausgeschlossen. Es kann *drittens* aber auch eine Ausdifferenzierung der Außengruppe vorgenommen werden, eine Unterscheidung zwischen den „guten Anderen“ und den „bösen Anderen“.

Viertens zeigt sich im Rahmen der Analyse auch immer wieder, dass die Schuld oder zumindest eine Mitschuld einem gänzlich außenstehenden Dritten zugeschrieben wird: der „internationalen Gemeinschaft“ oder aber auch einzelnen Staaten. Ob die zentrale Täterschaft nun den ethnischen Outgroups, der internationalen Gemeinschaft oder dem Krieg an sich zugeschrieben wird, „[i]n jedem Fall ist das Böse externalisiert; es wird draußen gesucht und es trifft einen von außen“.³⁰

CONCLUSIO

Bis zum heutigen Tage scheinen die Menschen in Bosnien-Herzegowina im Schützengraben zwischen den Fronten gefangen zu sein. Innerhalb der Sozialpsychologie wird darauf hingewiesen, dass sich solche Konkurrenzsituationen durch eine gegenseitige Anerkennung des Opferstatus entschärfen ließen. Doch abgesehen von der Tatsache, dass sich Viktimisierungen stets durch einen gewissen Egoismus auszeichnen,³¹ gilt es zu bedenken, dass eine gegenseitige Anerkennung auch eine gewisse Risikobereitschaft voraussetzt:³² Gehe ich einen Schritt auf mein Gegenüber zu, ohne zu wissen, ob mein Gegenüber auch mir entgegen kommt, laufe ich Gefahr, ihm eine zusätzliche Waffe im Kampf um den eigenen Opferstatus an die Hand zu geben – vielleicht jene, die letztlich darüber entscheidet, welche Wirklichkeitsperspektive sich durchsetzt.

ANA MIJIĆ

ist promovierte Soziologin und bekleidet derzeit eine Hertha-Firnberg-Forschungsstelle am Institut für Soziologie an der Universität Wien.
ana.mijic@univie.ac.at

²⁸ Zit. nach Mijić (Anm. 1), S. 276.

²⁹ Vgl. Martin Hoch, Zur Bedeutung des Krieges für das Menschen- und Geschichtsbild, in: *Mittelweg* 36 6/1999, S. 30–48, hier S. 38.

³⁰ Alexander Mitscherlich/Margarete Mitscherlich, *Grundlagen kollektiven Verhaltens*, München 1984¹⁶ (1967), S. 60.

³¹ Vgl. John Mack, *The Psychodynamics of Victimization Among National Groups in Conflict*, in: Joseph V. Montville/Vamik D. Volkan/Demetrios A. Julius (Hrsg.), *The Psychodynamics of International Relationships: Concepts and Theories*, Lexington 1990, S. 125.

³² Vgl. Noor et al. (Anm. 24), S. 365.

ESSAY

JUGOSLAWIEN NACH JUGOSLAWIEN

Erinnerungen an ein untergegangenes Land

Tanja Petrović

Fast drei Jahrzehnte nach dem von ethnischer Gewalt geprägten Zerfall der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien gibt es auf ihrem ehemaligen Gebiet sieben unabhängige Staaten. Es scheint, als sei die Desintegration Jugoslawiens abgeschlossen, nicht nur in geografischer, sondern auch in politischer und ideologischer Hinsicht. Zwei parallele und sich gegenseitig verstärkende Prozesse haben dabei eine zentrale Rolle gespielt: der kapitalistische Wandel, in dessen Zuge sich das neoliberale Paradigma etablierte, und die ethnozentrische Restauration von Nationalstaaten.⁰¹ Die greifbaren Erinnerungsträger der jugoslawischen Zeit zeugen von Erfolg und Radikalität dieser Prozesse: Ruinen von großen Infrastrukturprojekten, ausgedehnten Industriekomplexen, von Denkmälern zur Erinnerung an den Kampf gegen den Faschismus oder von modernistischen Gebäuden.

Wichtige Teile der jugoslawischen Vergangenheit sind ausradiert worden, und das nicht nur durch den Zahn der Zeit, sondern häufig im wörtlichen Sinne. So wurden beispielsweise in Kroatien die meisten Denkmäler, die an den Befreiungskampf von 1941 bis 1945 erinnerten, in den 1990er Jahren zerstört. Auch in anderen postjugoslawischen Staaten wurden ihre Pendanten entfernt, dem Verfall überlassen oder im besten Fall „nationalisiert“, sodass Erinnerungen an den antifaschistischen Kampf Jugoslawiens heute etwa serbischen oder slowenischen Partisanen gewidmet sind.⁰² Namen von Städten, Straßen, Plätzen und Institutionen wurden geändert, gesetzliche Feiertage, die an die jugoslawische Geschichte und den antifaschistischen Kampf erinnerten, abgeschafft, die Rollen von Tätern und Opfern im Zweiten Weltkrieg relativiert und häufig auch vertauscht – sei es durch revisionistische Geschichtsschreibung, die rechtliche Rehabilitierung von Kollaborateuren oder die Umgestaltung der Erinnerungs-

landschaft durch den Bau von Denkmälern für Mitglieder der örtlichen faschistischen Militäreinheiten.

Auf den jugoslawischen Sozialstaat, seine internationale Politik der Blockfreiheit, seine Erfahrung der multiethnischen Koexistenz, der Weltoffenheit, der Selbstverwaltung, des Antifaschismus und der Klassensolidarität wird heute weder in politischen Reden noch in den neugestalteten Nationalsymbolen Bezug genommen. Diese Ideen und Werte sind gemeinsam mit den materiellen Resten der jugoslawischen Realität verschwunden, für die sie standen. Von offizieller Seite wird Jugoslawien höchstens auf ein rein historisches Faktum reduziert, eine Seite in einem Geschichtslehrbuch und eine Abweichung vom „natürlichen Kurs“ der Nation.

Aber gehört Jugoslawien wirklich definitiv der Vergangenheit an? Ist die Erinnerung an das Land und an die Ideen, auf die es gebaut war, tatsächlich so gründlich und radikal gelöscht? Meinungsumfragen, Kunstprojekte, wissenschaftliche Forschung und die Initiativen aktivistischer Gruppen vermitteln den gegenteiligen Eindruck. Sie legen nahe, dass Jugoslawien in seinen Nachfolgestaaten nicht nur ein wesentlicher Teil der Gegenwart ist, sondern auch ein wichtiges Element bei Imaginationen einer „guten“ Zukunft in diesen von Kriegen, Deindustrialisierung sowie undurchsichtigen und oft gewaltsamen Privatisierungen ausgelagerten postjugoslawischen Gesellschaften, vor allem in Gegenden mit zerfallener Infrastruktur, verarmter Bevölkerung und nicht funktionierenden Institutionen, in denen die Kluft zwischen gesellschaftlichen Gruppen immer größer wird.

Jugoslawien ist zum jetzigen Zeitpunkt zwangsläufig Teil der Gegenwart: Die Lebenserfahrung im jugoslawischen Sozialismus wird noch von Millionen Menschen geteilt. In den Worten der Historikerin Ljubica Spaskovska:

Die jugoslawische Zeit ist zwar historisch, aber den (post)jugoslawischen Raum und die Menschen, die ihn zu jener Zeit bewohn(t)en, gibt es noch immer – Jugoslawien ist sowohl „noch-nicht-ganz-vergangen“ als auch „teilweise-noch-präsent“.⁰³ Die Erinnerungen ehemaliger Jugoslawinnen und Jugoslawen sind es, durch die das verschwundene Land im Alltag weiterlebt: in Anspielungen, Gerüchen, Geschmächen und Worten, in den Sensibilitäten und Offenbarungen der Leute, die auf dem ehemaligen Staatsgebiet Jugoslawiens leben.

Gleichzeitig scheint es nicht nur die generationengebundene Erfahrung zu sein, die Jugoslawien weiterleben lässt. So schreibt etwa ein junger Mann, der den jugoslawischen Alltag nicht oder kaum kennen gelernt hat, in seinem Blog: „Yugoslavia is the only way I refer to the place I’m originally from, where I grew up, but also to the place(s) where most of my friends and family live at the moment. I do realise that it may seem as if I’m trying to recreate something that is long gone or to call something into existence, but for me Yugoslavia is right now and right there. It is not an internationally recognised state, nor is it a state that I need to see restored, it is simply the best name I have for all the things I feel to be familiar and intelligible – the

01 Vgl. Nikola Dedić, *Yugoslavia in Post-Yugoslav Artistic Practices: Or, Art as ...*, in: Vlad Beronja, Stijn Vervaeke (Hrsg.), *Post-Yugoslav Constellations: Archive, Memory, and Trauma in Contemporary Bosnian, Croatian, and Serbian Literature and Culture*, Berlin–Boston, S. 169–190, hier S. 170.

02 Der erste Präsident des unabhängigen Kroatiens, Franjo Tuđman, begann die Idee des „kroatischen Antifaschismus“ bereits in den 1980er Jahren voranzutreiben, als er General beim jugoslawischen Militär war. Vgl. Nikica Barić, *Antifasistička borba u drugom svjetskom ratu u političkim interpretacijama hrvatskih predsjednika 1991–2006* (Antifaschistischer Kampf im Zweiten Weltkrieg – Politische Interpretationen kroatischer Präsidenten 1991–2006), in: Vera Katz (Hrsg.), *Revizija prošlosti na prostorima bivše Jugoslavije* (Die Prüfung der Vergangenheit auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien), Sarajevo 2007, S. 211–233, hier S. 213. Milorad Dodik, der Präsident der Republika Srpska, des serbisch dominierten Teils von Bosnien-Herzegowina, behauptet, dass „der Antifaschismus in diesen Gebieten den Serben gehört“. Zit. nach SRNA, Dodik u Milića Gaju: Antifasizam vlasništvo Srba (Dodik in Milić Gaj: Antifaschismus gehört Serben), 27. 7. 2017, www.nezavisne.com/novosti/bih/Dodik-u-Milica-Gaju-Antifasizam-vlasnistvo-Srba/436453.

03 Ljubica Spaskovska, *The Yugoslav Chronotope – Histories, Memories and the Future of Yugoslav Studies*, in: Florian Bieber/Armina Galijaš/Rory Archer (Hrsg.), *Debating the Dissolution of Yugoslavia*, London 2014, S. 241–253, hier S. 241.

music, the dishes, the ideologies, the cities, the patriarchy, the policies, the words, the concepts, and the people.“⁰⁴

ERINNERUNG AN DIE ALTERNATIVE

Nicht nur der Sozialismus und der jugoslawische Staat gingen in den frühen 1990er Jahren unter. Es war auch das Ende einer Welt, in der es einfacher war als heute, sich Alternativen vorzustellen. Aufgrund seines radikalen Modernisierungskurses, des Selbstverwaltungssozialismus und der internationalen Politik der Blockfreiheit verkörperte Jugoslawien im Kalten Krieg die Möglichkeit einer politischen und ökonomischen Alternative,⁰⁵ und innerhalb des Landes herrschte die (Selbst-)Wahrnehmung Jugoslawiens als legitimer und wichtiger internationaler Akteur.

Die Welt sei eine andere gewesen, so der slowenische Philosoph und einstige Aktivist Tomaž Mastnak, und ebenso die Einstellung Jugoslawiens dieser Welt gegenüber im Vergleich zu der seiner Nachfolgestaaten heute. Mit Blick auf den Inhalt der jugoslawischen Tageszeitungen 1989, also am Vorabend des Zusammenbruchs des Landes, bezeichnet er es als aus heutiger Perspektive außergewöhnlich, dass ausführlich und detailliert über Ereignisse rund um den Globus berichtet wurde „Our media had qualified foreign correspondents abroad, and not only in London, Berlin and Washington (Brussels wasn’t on the map back then), and our country had an independent, sovereign foreign policy. It was a factor in world politics and its representatives championed national interests – and not without success. Who back then would have thought that a quarter century later our media in the semi-colony of Slovenia would simply recycle the so-called agency news (...).“⁰⁶

04 Marko Simonović, *Being a Yugoslav #1*, o. D., www.philopolitics.org/being-a-yugoslav-1-marko-simonovic.

05 Dies soll keinesfalls implizieren, dass es sich um eine „ideale“ Gesellschaft ohne soziale oder politische Spannungen handelte. Zum Umfang der sozialen Ungleichheiten und ökonomischen Missverhältnisse in mehreren Bereichen wie Bildung, Wohnraum und Tourismus in verschiedenen Regionen des sozialistischen Jugoslawiens vgl. etwa Igor Duda/Rory Archer/Paul Stubbs, *Social Inequalities and Discontent in Yugoslav Socialism*, London 2016.

06 Tomaž Mastnak, *Twenty Eight Years Later*, Ljubljana 2017, S. 2.

Diese Selbstwahrnehmung als quasikoloniale Peripherie ist heute besonders in denjenigen Teilen des ehemaligen Jugoslawiens ausgeprägt, die ökonomisch stark benachteiligt sind. Dort handelt es sich bei dem Verweis auf semikoloniale Zustände häufig um mehr als um eine Metapher: So gibt es Berichte, dass etwa im serbischen Leskovac Arbeitskräfte im Werk des koreanischen Konzerns Yura während der Arbeitszeit nicht zur Toilette gehen dürfen. Ihnen werde empfohlen, Windeln zu tragen. In der Olimpias-Textilfabrik in Niš soll es den Arbeitskräften darüber hinaus verboten sein, Wasser zu trinken oder miteinander zu sprechen. Und in der südlich von Belgrad gelegenen Stadt Obrenovac sollen Vertreter eines ausländischen Investors die Gesundheitsakten der Bevölkerung geprüft haben, da dieser nicht in einem Gebiet investieren wollte, in dem der Gesundheitszustand der potenziellen Arbeitskräfte schlecht ist.⁰⁷

Gewiss fördern solche sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen ein Interesse am jugoslawischen Sozialismus, dessen Erbe dadurch zunehmend auch zur Inspiration für eine Politik der Zukunft wird, die neue linke Aktivisten und Theoretiker in- und außerhalb der Region vertreten.

Ein interessantes Phänomen in diesem Zusammenhang ist die Gründung selbstorganisierter Chöre, die eine antifaschistische Musiktradition des ehemaligen Jugoslawiens wiederbeleben. Beispielsweise singt der Chor „Kombinat“ aus Ljubljana, der 2008 am 27. April gegründet wurde, also am „Tag des Widerstands“, ehemals sozialistischer „Tag der Befreiungsfront“ und heute Nationalfeiertag in Slowenien, antifaschistische und Partisanenlieder aus verschiedenen Teilen des ehemaligen Jugoslawien, um Lieder und Werte aus der Vergangenheit vor dem

07 Vgl. Ljiljana Bukvić, Ne daju im da idu u toalet, teraju ih da nose pelene (Verbiete ihnen, zur Toilette zu gehen und zwingt sie, Windeln zu tragen), 27. 4. 2016, www.danas.rs/danasrs/ekonomija/_ne_daju_im_da_idu_u_toalet_teraju_ih_da_nose_pelene.4.html?news_id=319688; Danas, Sloga: Tortura u Juri, radnicima savetuju da nose pelene (Gewerkschaft Sloga: Folter in Jura, Arbeiter sollen Windeln tragen), 28. 4. 2016, [Vergessen zu bewahren. Der lesbische Chor „Le Zbor“ aus Zagreb schenkt den Themen Arbeit, Arbeiter und deren Rolle im Sozialismus besondere Aufmerksamkeit und singt auch Revolutionslieder. Lieder über „Arbeit und Bau“ aus der sozialistischen Zeit, als Arbeit als von allen geteilter Wert gefördert wurde und Arbeiter die zentrale Figur der sozialistischen Ideologie waren, sind ein wichtiger Teil des Repertoires. Gleiches gilt für den Belgrader Chor „Horkestar“, dessen Mitglieder häufig in blauen Arbeitsoveralls auftreten, während die Chorleiterin *borosane* trägt, die unverwechselbaren Arbeitsschuhe aus dem Hause Borovo, die Frauen während des Sozialismus trugen, und der häufig an Orten auftritt, die wie Fördertürme oder stillgelegte Fabriken einst Symbole der Industriearbeit im Sozialismus waren. Der 2009 gegründete mazedonische Chor „Raspeani Skopjani“ trat bereits mehrfach mit dem Lied „Gradot ubav pake nikne“ \(Die schöne Stadt wird wieder empor-schnellen\) auf, das während des Wiederaufbaus von Skopje nach dem katastrophalen Erdbeben von 1963 gesungen wurde. Damit protestieren die Sänger gegen die ökonomisch undurchsichtige architektonische Neugestaltung der mazedonischen Hauptstadt, die zugunsten von antik oder barock anmutenden Monumenten und Gebäuden die sozialistische Geschichte der Stadt unsichtbar gemacht hat.](http://rs.n1info.com/a155764; Juzne Vesti, Olimpias: Toaleti za radnike ostaju zaključani (Toiletten bleiben für Arbeiter geschlossen), 14. 9. 2017, www.b92.net/biz/vesti/srbija.php?yyyy=2017&mm=09&dd=14&nav_id=1303499; AP, Dosta je bilo: Obrenovac krši pravo građana na tajnost podataka o zdravlju (Genug: Obrenovac verletzt Recht auf Schutz von Gesundheitsdaten, 8. 8. 2016, www.novimagazin.rs/vesti/dosta-je-bilo-obrenovac-krsi-pravo-gradjana-na-tajnost-podataka-o-zdravlju.</p>
</div>
<div data-bbox=)

Zahlreiche Gruppen von Künstlern und Aktivisten versuchen mit ihren Projekten, Jugoslawien vom heutigen „nationalistisch-kapitalistischen Konsens“ aus zu verstehen.⁰⁸ So werden etwa auf mehreren Archivplattformen breit gefächerte geisteswissenschaftliche Publikationen aus der jugoslawischen Zeit gesammelt, gespeichert und zugänglich gemacht. Beispielsweise versteht sich das Portal „Učitelj neznanica i njegovi komiteti“ (Der ignorante Lehrer und seine Komitees) als „Ort der Selbstbildung und öffentliches Bibliotheksarchiv für Texte, Zeitschriften und Bücher aus den jugoslawischen Geisteswissenschaften“.⁰⁹ Künftig sollen auch zeitgenössische Veröffentlichungen gesammelt werden, die „der besten Tradition der jugoslawischen Geisteswissenschaften“ folgen.¹⁰ Für die

08 Dedić (Anm. 1), S. 172.

09 Siehe die Selbstbeschreibung des Projekts unter <http://novi.uciteljneznanica.org>.

10 Ebd.

Mitwirkenden ist ein solches Archiv für die ohnehin in der akademischen Wissensproduktion marginalisierten Geisteswissenschaften unentbehrlich. Denn diese Texte, denen in den postjugoslawischen Gesellschaften keine intellektuelle Aufmerksamkeit zuteilwird, transportieren ihrer Ansicht nach die Alternative zum existierenden System in Serbien und weltweit und sind für ein Verständnis des 20. Jahrhunderts der jugoslawischen Nationen essenziell.

Ferner setzt sich eine sehr produktive Kulturszene in den postjugoslawischen Gesellschaften reflexiv und kritisch mit dem Erbe des sozialistischen Jugoslawien und seiner gewaltsamen Auflösung auseinander. Schriftsteller, Künstler, Architekten, Theaterregisseure arbeiten zusammen und überwinden dabei nationale Grenzen. Ihre Produktionen, die bereits als postjugoslawischer Film, Literatur, Theater und so weiter bekannt sind, sorgen dafür, dass die postjugoslawischen Räume bei der künstlerischen Verarbeitung der gemeinsamen Vergangenheit miteinander verbunden bleiben.¹¹

UMSTRITTENE NOSTALGIE

Schon ein flüchtiger Blick in regionale Medienportale, Meinungsumfragen und soziale Netzwerke zeigt, dass über diese Entwicklungen hinaus recht viele „Durchschnittsbürger“ der Nachfolgestaaten Jugoslawiens trotz der zeitlichen Distanz und intensiven Nationalisierung des postjugoslawischen Raums lieb gewonnene positive Erinnerungen an das Leben im gemeinsamen sozialistischen Land pflegen.¹² Dieses Phänomen der sogenannten Jugonostalgie ist eng verknüpft mit der jugoslawischen Devise der „Brüderlichkeit und Einheit“. Es steht in scharfem Kontrast zu nationalistischen Diskursen in den neu gegründeten Staaten und wurde daher in

den vergangenen Jahren bei ideologischen Auseinandersetzungen häufig als Anschuldigung vorgebracht.¹³

Sowohl von den politischen und ökonomischen Eliten im öffentlichen Diskurs vor Ort als auch im „Westen“ wird die Jugonostalgie als eher unangenehme Überraschung wahrgenommen, als geradezu unerwartet von diesen Gesellschaften, die gerade begonnen haben, die Vorzüge einer pluralistischen Demokratie und kapitalistischer Märkte zu genießen, und endlich, nach mehr als 50 Jahren „künstlicher Einheit im Sozialismus“ zu ihrem „wahren Wesen“ und ihren „historischen Wurzeln“ zurückgekehrt seien. Im europäischen Kontext, wo das Paradigma der beiden europäischen Totalitarismen des 20. Jahrhunderts stark präsent ist, das den Sozialismus auf eine Ebene mit dem Nationalsozialismus setzt, begegnen EU-Vertreter und Politiker positiven Erinnerungen an den Sozialismus nicht mit Wohlwollen. Vielmehr betrachten sie jegliche Nostalgie als Folge eines Gefühls, beim Übergang vom Kommunismus zur Demokratie schlecht weggekommen zu sein,¹⁴ oder lehnen sie mit dem moralistischen Argument ab, dass es unhaltbar sei, sich positiv zu einem totalitären System zu äußern. Nationale politische Eliten in den postsozialistischen Staaten neigen dazu, den Sozialismus als eine Ideologie zu behandeln, die im Grunde uneuropäisch ist, ihren Ursprung in Asien hatte, ihnen aufgezwungen wurde und dabei ihre ansonsten tief verankerte europäische Identität bedrohte. Deshalb wird der Beitritt zur EU fast immer als „Heimkehr“ dargestellt.

Sogar Aktivisten, Künstler und Wissenschaftler, die sich bei ihrer Kritik an der gegenwärtigen Politik selbst auf Jugoslawien beziehen, sehen die „Mainstream-Jugonostalgie“ mitunter als problematisch und politisch schädlich an. Normalerweise als Überbegriff für die nachdrückliche emotionale Erinnerung an verschiedene Aspekte des Lebens im Sozialismus verwendet, wird die Jugonostalgie fast ausschließlich im Lichte von Konsumpraktiken interpretiert, von Produkten mit Symbolcharakter für den jugoslawischen All-

11 Vgl. etwa Dino Murtić, *Post-Yugoslav Cinema: Towards a Cosmopolitan Imagining*, London 2015; Gordana Crnković, *Post-Yugoslav Literature and Film: Fires, Foundations, Flourishes*, London–New York 2012; Dijana Jelača, *Dislocated Screen Memory: Narrating Trauma in Post-Yugoslav Cinema*, New York 2016.

12 Vgl. etwa Sven Milekić, *Rise of Yugo-Nostalgia „Reflects Contemporary Problems“*, 14.3.2017, www.balkaninsight.com/en/article/yugonostalgia-as-result-of-unfinished-nation-building-processes-03-14-2017; „Yugo-Nostalgia“ Is Widespread in Serbia and Bosnia – Survey, 26.5.2017, www.b92.net/eng/news/world.php?yyyy=2017&mm=05&dd=26&nav_id=101379.

13 Vgl. Dejan Kršić, *Work in Progress*, Radonja Leposavić (Hrsg.), *VlasTito iskustvo Past Present*, Belgrad 2004, S. 31.

14 Vgl. Joakim Ekman/Jonas Linde, *Communist Nostalgia and the Consolidation of Democracy in Central and Eastern Europe*, in: *Journal of Communist Studies and Transition Politics* 3/2005, S. 354–374, hier S. 357.

tag wie das Cockta-Getränk, die Zastava-Autos, YU-Rock und Popmusik – „Mode, Lebensmittel und andere solche Dinge“.¹⁵ Nach dieser Auffassung sind etwa Balkan-Partys und ritualisierte Besuche im „Haus der Blumen“, Titos Mausoleum in Belgrad, und in Titos Geburtsort Kumrovec an seinem Geburtstag am 25. Mai Ausdruck von Jugonostalgie.

Statt durchdachte und politisch relevante Ansprüche zu artikulieren, belebt diese Art der Jugonostalgie der Anthropologin Svetlana Slapšak zufolge nur jene Aspekte der jugoslawischen Kultur wieder, die am sichtbarsten und zugänglichsten waren, aber auch am banalsten und kitschigsten. Daher optiert sie für eine andere, intellektuell legitimierte Sehnsucht nach Jugoslawien und „seinen realen, produktiven und immer noch wichtigen Errungenschaften, von denen manche direkt in die gegenwärtige Weltkrise eingeschrieben sind: Gleichheit, das Recht auf Arbeit, Krankenversicherung, Gleichberechtigung“.¹⁶ Eine reflektierte Auseinandersetzung mit der Erfahrung des Sozialismus ist aber nicht Intellektuellen vorbehalten und sollte auch kein Privileg der Elite sein.

SEHNSUCHT NACH HANDLUNGSMÄCHTIGKEIT

Folgt man der Aufforderung des Anthropologen Dominic Boyer, positive Bezugnahmen auf Jugoslawien durch die Bürgerinnen und Bürger der postjugoslawischen Gesellschaften ernster zu nehmen,¹⁷ so ist festzustellen, dass die Menschen weder ausschließlich über die banalsten, unmittelbarsten und „konsumierbarsten“ Aspekte ihrer sozialistischen Erfahrung sprechen, noch ausschließlich über den Verlust von Sicherheit, gesellschaftlicher Unterstützung und der Gewissheit, dass sich um alles gekümmert wird.

So sind etwa die Erinnerungen der Arbeiter an ihre Tätigkeit in einer großen sozialistischen Fabrik, die ich während meiner Feldfor-

schung in Serbien gesammelt habe, zwar tief im persönlichen Erleben verankert. Aber sie reflektieren mehr als die physische Erfahrung der Industriearbeit in Jugoslawien und die unmittelbare körperliche Demütigung in der Zeit nach dem Sozialismus. Denn diese Erinnerungen sind im Grunde Narrative der sozialistischen Modernisierung der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, und der scharfe Kontrast, den sie verdeutlichen, ist auch einer zwischen der Vergangenheit, in der Arbeiter sich als Akteure der Modernisierung wahrnahmen, und der Gegenwart, in der sie keine gesellschaftliche Handlungsmächtigkeit haben.¹⁸

Mehrere kollektive Aktionen der vergangenen Jahre bestätigen diese Verknüpfung zwischen jugoslawischen Erfahrungen und der Wahrnehmung von Autonomie und Handlungsmächtigkeit: Im Februar 2014 entstanden aus landesweiten Protesten in Bosnien-Herzegowina zahlreiche sogenannte Plena. Diese Volksversammlungen waren nach mehr als zwei Jahrzehnten der Verfangenheit in ethnisch definierter Politik der erste nennenswerte Versuch, eine staatsbürgerliche Form von Nationalität wiederherzustellen. Die Bezeichnung „Plena“ bezieht sich sogar direkt auf die in der sozialistischen Zeit erfahrene Gemeinschaft und die kollektive Handlungsmächtigkeit, die im Transformationsprozess verloren gegangen ist.

Ein weiteres Beispiel ist die überwältigend rasche und leidenschaftliche Reaktion von Bürgerinnen und Bürgern im gesamten postjugoslawischen Raum bei den Überschwemmungen in Serbien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina im Mai 2014: Kroaten, Serben, Slowenen und Mazedonier organisierten nicht nur die Sammlung und den Transport von enormen Mengen Hilfsgütern in die betroffenen Gebiete, auch Leute aus dem einen Teil des ethnisch geteilten Bosnien halfen Menschen im anderen Teil, Asylbewerber retteten Bürger in Not und beteiligten sich bei den Aufräumarbeiten, während chinesische Ladenbesitzer kostenlose Gummistiefel verteilten. Diese Solidarität ging mit Bezugnahmen auf das sozialistische Jugoslawien und sein Erbe einher, und noch ehe das Wasser völlig zurückgegangen war,

¹⁵ Primož Krašovec, (Yugo)Nostalgia, Atlas of Transformation, 2011, <http://monumenttotransformation.org/atlas-of-transformation/html/n/nostalgia/yugonostalgia-primož-krasovec.html>.

¹⁶ Svetlana Slapšak, Jugonostalgija i smeh (Die Jugonostalgie und das Lachen), 13. 12. 2008, <http://pescanik.net/jugonostalgija-i-smeh>.

¹⁷ Vgl. Dominic Boyer, From Algos to Autonomos: Nostalgic Eastern Europe as Postimperial Mania, in: Maria Todorova/Zsuzsa Gille (Hrsg.), Post-Communist Nostalgia, New York–Oxford 2010, S. 17–28.

¹⁸ Für eine detaillierte Erörterung vgl. Tanja Petrović, „When We Were Europe“: Socialist Workers in Serbia and Their Nostalgic Narratives, in: Maria Todorova (Hrsg.), Remembering Communism: Genres of Representation, New York 2010, S. 127–153.

hatten sich die Freiwilligen für den Wiederaufbau in „Arbeitsbrigaden“ organisiert.

Diese Beispiele legen nahe, dass die Jugonostalgie Ausdruck eines verlorenen Gefühls ist, sowohl Akteur des eigenen Lebens als auch breiter angelegter ökonomischer und sozialer Prozesse zu sein. Sie verweist auf jene Sehnsucht, „ein Faktor in der Welt“ zu sein, wie sie Tomaž Mastnak artikuliert. Anders als die vorherrschenden neoliberalen und „transitionalen“ politischen Diskurse zum Sozialismus suggerieren, nahmen sich die Bürgerinnen und Bürger im Sozialismus offenbar stärker als gesellschaftlich Handelnde wahr als heute, da sie sich gegenwärtig nicht in der Lage sehen, ihre Wünsche und Visionen in die Tat umzusetzen.¹⁹

Aus diesem Blickwinkel betrachtet, ist die Jugonostalgie kein reaktionäres, irrationales und prototalitäres Gefühl, sondern eine mobilisierende, legitimierende und sogar emanzipatorische Praxis. Im Gegensatz zur vorherrschenden Ansicht, postsozialistische Nostalgie verhindere eine selbstständige Reflexion über die Vergangenheit und dränge so bereits marginalisierte Subjekte in postjugoslawischen Gesellschaften zusätzlich an den Rand, scheint ihr eine affektive Kraft innezuwohnen, die sich aus einem tiefergehenden Wissen über gesellschaftliches Leben speist.²⁰ Obwohl ihr sentimentaler Charakter in den dominanten Diskursen das Hauptargument ist, um der Jugonostalgie jegliche Relevanz für politisches und gesellschaftliches Handeln abzusprechen, ist es gerade diese affektive Dimension, die Bezüge zur jugoslawischen Erfahrung zu legitimen politischen Argumenten macht. Denn die emotionale Verbundenheit und Auseinandersetzung beziehungsweise ihre Möglichkeit legen nahe, dass Bürgerinnen und Bürger Jugoslawiens sich als autonome und handlungsfähige Subjekte wahrnahmen.

19 Diesen Verlust der Handlungsmächtigkeit diskutieren auch Jessica Greenberg, *On the Road to Normal: Negotiating Agency and State Sovereignty in Postsocialist Serbia*, in: *American Anthropologist* 1/2011, S. 88–100; Maja Petrović Šteger, *Parasecurity and Paratime in Serbia*, in: Morten Axel Pedersen/Martin Holbraad (Hrsg.), *Times of Security: Ethnographies of Fear, Protest and the Future*, London 2013, S. 141–162.

20 So Elisabeth Blackmar, *Modernist Ruins*, in: *American Quarterly* 2/2001, S. 324–339, hier S. 328.

21 Boris Buden, *Zone des Übergangs: Vom Ende des Postkommunismus*, Frankfurt/M. 2009, S. 69.

22 Blackmar (Anm. 20), S. 333.

Diese These der politischen Relevanz einer emotionalen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit stützt auch der Philosoph Boris Buden. Ihm zufolge bildet die soziale Anästhesie, die die mit der Ausradierung der sozialistischen Vergangenheit einher gehende soziale Amnesie ermöglicht, die Grundlage für die Transitionsideologie: „Die gesellschaftlichen Widersprüche des Postkommunismus – die immer weiter aufreißende Kluft zwischen Arm und Reich, die Auflösung aller Formen sozialer Solidarität, die himelschreiende soziale Ungerechtigkeit, das weit verbreitete soziale Leid, usw. – bleiben affektiv unbesetzt. (...) Die Rede ist von einer Art sozialer Anästhesie, die zu den auffälligsten und zugleich rätselhaftesten Phänomenen der postkommunistischen Transformation gehört.“²¹

Die emotional aufgeladene Nostalgie verhindert, dass Ruinen des sozialistischen Jugoslawien und seiner modernistischen Utopie friedlich „eingebürgert“ und zum Teil der Geschichte gemacht oder schlicht als Zeichen der „unangemessenen sozialistischen Vergangenheit“ ignoriert und vergessen werden. Durch die Nostalgie bleiben sie „unruhig und beunruhigend“.²² Denn von ihr belebt, werden diese Ruinen zur Erinnerung nicht nur an die Vergangenheit, sondern auch an die Werte, die für Zukunftsvorstellungen notwendig sind, etwa Solidarität, Verantwortung, Gemeinschaft, die Arbeit an sich sowie, vielleicht am wichtigsten, an das Gefühl persönlicher und kollektiver Autonomie.

Übersetzung aus dem Englischen: Sandra H. Lustig, Hamburg.

TANJA PETROVIĆ

ist promovierte Linguistin und Anthropologin und leitet das Institute of Culture and Memory Studies in Ljubljana, Slowenien.

tanja.petrovic@zrc-sazu.si

MYTHOS TITO

Marc Halder

Das kurze 20. Jahrhundert mit seinen Wirren, Verwerfungen, Innovationen und radikalen Umbrüchen brachte Karrieren hervor, die heute nur schwer vorstellbar erscheinen. Eliten vergingen – etwa die Königshäuser nach dem Ersten Weltkrieg –, und neue Klassen von Funktionseleiten bildeten sich heraus, ob in den neu entstandenen Demokratien oder den sogenannten Volksrepubliken nach dem Zweiten Weltkrieg. Nur vor diesem Hintergrund ist der Aufstieg des 1892 im Habsburger Reich in kleinbäuerliche Verhältnisse hineingeborene Josip Broz zu verstehen.⁰¹

Bildung war dabei nicht der Schlüssel: Die wenigen Jahre in der Volksschule und auch die anschließende Schlosserlehre waren wohl kaum geeignet, Josip Broz mit einem breiten Wissen auszustatten und seine intellektuelle Brillanz zu entfalten. Die Bildung erfolgte auf anderen Wegen: Zunächst durch arbeitsbedingte „Wanderjahre“ durch die Industrielandschaften Deutschlands und Österreichs, womöglich durch den Einsatz im Ersten Weltkrieg, nach dessen Ende er – nach eigenen Angaben aus russischer Gefangenschaft befreit – Zeuge der Oktoberrevolution wurde. War dies (s)ein „Erweckungserlebnis“, wie es in die später revolutionär aufgeladene Biografie passte?

Fest steht, dass Josip Broz nach seiner Rückkehr in das nach dem Ersten Weltkrieg aus der Konkursmasse des Habsburger Reiches neu gegründete Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen begann, im Gewerkschaftsumfeld und später auch in der ab 1921 als staatsfeindlich verbotenen Kommunistischen Partei Jugoslawiens (KPJ) politisch tätig zu werden. Hier erhielt er eine zweite Sozialisation als kommunistischer Agitator, als Untergrundkämpfer für eine „gerechte Sache“. Vom „Ende der Geschichte“ her betrachtet, mag man sich fragen: Was suchte ein Mitte 30-Jähriger in diesen geheimen, verschwörerischen Zirkeln einer in Jugoslawien marginalisierten Partei mit kaum mehr als einigen Tausend, vielleicht auch nur einigen Hundert Mitgliedern?⁰² War es der Wunsch, die Welt zu verändern, war es der Nervenkitzel, mit falschen Identitäten das Land zu

durchstreifen, oder war es schlicht der Wille zur Macht? Für das Verständnis der möglichen Motive ist es entscheidend, sich vor Augen zu führen, dass die kommunistische Bewegung in den 1920er Jahren noch weitgehend unverbraucht war. Noch konnte sie – je nach Perspektive – für eine strahlende Zukunft, für eine wahrhafte Moderne stehen.

Je weniger das serbisch dominierte Königreich es verstand, einen Ausgleich der widerstrebenden Nationalinteressen der in ihm vereinigten Völker zu finden, umso repressiver setzte es sich seinen Widersachern zur Wehr. In den Strudel der Repression geriet auch Josip Broz: 1928 wurde er wegen kommunistischer Agitation zu einer fünfjährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Diese brachte ihn im berühmten Gefängnis Lepoglava in die unmittelbare Nähe zu kommunistischen Ideologen und dem Führungszirkel der KPJ. Man kann diese Zeit als eine sehen, in der er entscheidende Kontakte knüpfte und zu einem tieferen Verständnis der kommunistischen Ideologie gelangte. Anders ließe es sich auch kaum erklären, dass er kurz nach seiner Entlassung in das Zentralkomitee der KPJ aufstieg.

Nach Schulungen in Moskau und mehreren Aufenthalten im legendären Hotel Lux, wo Netzwerke geknüpft und künftige Führungseliten für die nach dem Zweiten Weltkrieg entstehenden „Volksdemokratien“ ausgebildet wurden, wurde Broz nach einer von Stalin initiierten Säuberung des Zentralkomitees der KPJ 1934 zum Generalsekretär der Partei ernannt. Zwar war er im Land selbst kaum bekannt und auch die Mitgliederzahl der Kaderpartei hatte sich in der Illegalität nicht nennenswert vergrößert, aber dennoch hatte er nun eine Position erlangt, die ihm in den kommenden Jahren zur Macht verhelfen sollte.

AUS DEM PARTISANENKAMPF GEBOREN

Als das Deutsche Reich das Königreich Jugoslawien am 6. April 1941 angriff, zeigte sich schnell die Zerbrechlichkeit des südslawischen Einheits-

staats: Die Armee zerfiel innerhalb weniger Tage, da nicht nur Kroaten und Slowenen massenhaft desertierten – sie wollten ihr Leben nicht für das ungeliebte Königreich aufs Spiel setzen. Nach elf Tagen kapitulierte Jugoslawien. Das Staatsgebiet wurde zwischen dem Deutschen Reich und seinen Verbündeten, Italien und Bulgarien, aufgeteilt. Auf dem Gebiet Kroatiens entstand mit dem Unabhängigen Staat Kroatien ein faschistisches Marionettenregime, dessen Führer Ante Pavelić sofort dazu überging, unliebsame Volksgruppen und Religionsgemeinschaften – allen voran Serben und Juden – brutal verfolgen zu lassen. In Serbien konnten sich Teile der Zwischenkriegsiliten nicht mit der bestürzenden Niederlage abfinden und kämpften als Tschetniks unter dem vormaligen Oberst der königlich-jugoslawischen Armee Dragoljub Draža Mihailović gegen die deutsche Besatzung.

Als wenige Monate später das Deutsche Reich die Sowjetunion überfiel, begann auch Josip Broz, eine Widerstandsbewegung zu organisieren. Zwar hatte die KPJ nach wie vor eine geringe Mitgliederzahl, dafür aber war sie in allen Teilen des früheren Königreichs aktiv. Das brutale Besatzungsregime insbesondere der Wehrmacht, aber auch die unsäglichen Repressionen des Pavelić-Regimes in Kroatien entfachten den Widerstandgeist vor allem in Teilen der jungen Generation, die den gesellschaftsutopischen Visionen kommunistischer Prägung nicht grundsätzlich ablehnend gegenüberstand.

Broz operierte erneut aus dem Untergrund heraus und konnte – dank seiner Seilschaften aus der Zeit im Gefängnis – erste Partisaneneinheiten aufstellen. Diese waren zumeist schlecht ausgebildet und noch schlechter ausgerüstet, agierten aber mit einigem Geschick sowohl gegen die Okkupationsmächte als auch gegen die einheimischen Kontrahenten, allen voran die serbisch-nationalistischen Tschetniks. Je erfolgreicher die Partisanen mit ihren Anschlägen gegen die deutsche Besatzung waren, umso repressiver reagierte das Besatzungsregime. Im sogenannten Sühnebefehl verfügte das Oberkommando der Wehrmacht be-

reits im September 1941, dass für jeden aus dem Hinterhalt getöteten deutschen Soldaten 50 bis 100 Zivilisten zu töten seien. Diese Gewaltwillkür trieb den Widerstandsbewegungen erst recht neue Anhänger in die Arme.

Josip Broz, der bereits in den 1930er Jahren den Parteinamen „Tito“ angenommen hatte, wurde mit dem Wachsen der Partisanenbewegung immer bekannter und zunehmend zur Gallionsfigur des kommunistischen Widerstands. Ab Mitte 1943 fahndete schließlich auch die Wehrmacht mit Plakaten nach ihm und setzte eine Belohnung von 1000 Goldmark auf seine Ergreifung aus. Die Popularisierung nahm nun ihren Anfang: Unter den Partisanen, oft waren es sehr junge Menschen, kursierten an südslawische Heldenepen angelehnte Geschichten und Lieder über Titos besonderen Mut und kämpferisches Geschick. Hierbei wurden bewusst oder unbewusst tradierte Mythen revitalisiert. Der erfolgreiche Kampf gegen den militärisch fast übermächtigen Gegner und dessen glücklose Versuche, den Partisanenführer zu ergreifen, luden das Charisma Titos nach und nach mit dem Nimbus des genialen Kriegshelden auf.⁰³

Folgt man dem Begründer der deutschen Soziologie, liegt darin ein Schlüssel zum Verständnis des „Mythos Tito“: Max Weber definiert Charisma nicht als eine Eigenschaft, die jemand hat, sondern als ein soziales Konstrukt, das die Basis für eine herrschaftsanerkennende Beziehung bildet. Charisma wird einer Person dabei durch die Anhängerschaft zugeschrieben. Den Ausgangspunkt bilden besondere Leistungen, aber die Zuschreibung bleibt dynamisch: Der charismatische Führer muss sich in den Augen seiner Anhänger bewähren, sonst endet der Zuschreibungsprozess, und das Charisma verliert seine Wirkungsmächtigkeit in der „Veralltäglichung“ der Herrschaft. Weber geht also davon aus, dass sich charismatische Herrschaft nur dann stabilisieren kann, wenn sie dauerhaft Vorteile für die Anhängerschaft bringt, die er als „Bewährungsmomente“ bezeichnet.⁰⁴ Die Theorie Webers lässt sich hervorragend auf die Beziehung zwischen Tito

01 Vgl. die einschlägigen Biografien von Stevan K. Pavlowitch, *Tito, Ohio* 1992; Jasper Ridley, *Tito, London* 1994; Richard West, *Tito and the Rise and Fall of Yugoslavia, New York* 1994; Pero Simić, *Tito, Zagreb* 2009; Jože Prijevec, *Tito, München* 2016.

02 Vgl. Srećko M Džaja, *Die politische Realität des Jugoslawismus, München* 2002.

03 Vgl. Marc Halder, *Der Titokult, München* 2013.

04 Vgl. Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen* 1976; Dirk Käsler, *Eine Theorie postrevolutionärer Prozesse, München* 1977; Frank Möller, *Zur Theorie des charismatischen Führers im modernen Nationalstaat*, in: ders. (Hrsg.), *Charismatische Führer der deutschen Nation, München* 2004, S. 1–18.

und den Partisanen anwenden. Die Zuschreibung von Charisma erfolgte hier durch die Partisanen, und der Widerstandskampf wurde zum ersten Bewährungsmoment der im Entstehen begriffenen Herrschaft Titos.

MYTHOLOGISIERUNG UND PERSONENKULT

1943/44 wurden die Partisanen zur stärksten Widerstandsgruppe auf dem Gebiet des früheren Königreichs Jugoslawiens. Die Alliierten erkannten ihre strategische Bedeutung und begannen, die Bewegung materiell und logistisch zu unterstützen. Dabei spielten die Briten eine herausragende Rolle, die Verbindungsoffiziere in das Hauptquartier der Partisanen entsandten, während die Unterstützung des „großen Bruders“ Sowjetunion kaum eine Rolle spielte. Den Partisanen gelang es zunehmend, in befreiten Gebieten eigene Verwaltungsstrukturen aufzubauen, etwa auf dem Gebiet Bosniens. Auch der Tito-Mythos gewann damit an Kontur.

Am 29. November 1943 versammelten sich Delegierte aus allen Landesteilen in der bosnischen Stadt Jajce. Die Sitzung des sogenannten Antifaschistischen Rates der Volksbefreiung Jugoslawiens (AVNOJ) legte nicht nur die Grundlagen für die spätere Nachkriegsordnung – Jugoslawien sollte in einer sozialistischen und föderativen Form wieder entstehen – sondern implementierte auch den Kult um den Partisanenführer, der bei dieser Gelegenheit seine erste dokumentierbare Form erhielt:⁰⁵ Hinter dem Rednerpult wurde eine Büste Titos platziert und der Partisanenführer in den Rang eines Marschall erhoben. Dass der jugoslawische Kommunistenführer damit nun Stalin gleichgestellt war, wurde in Moskau als Affront gewertet. Der Ablauf der Sitzung war zwar choreografiert worden, gleichwohl scheint die Anerkennung, die Titos Herrschaft dort erhielt, keine rein inszenierte gewesen zu sein. Die soziale Basis der Partisanen war bereit, ihrem Anführer das herrschaftsstiftende Charisma zuzusprechen und verehrte ihn in authentischer Weise. Der Nimbus des Unbesiegbaren – tatsächlich waren alle Versuche der Wehrmacht gescheitert, Tito in großangelegten Kommandoaktionen zu ergrei-

fen – und die militärischen Erfolge der Partisanen gegen den übermächtigen Gegner lieferten die wesentliche Grundlage für die Mythologisierung Titos.

1944 sicherten die Partisanen ihre militärische Position und konnten weitere Gebiete befreien. Anders als in den späteren sozialistischen Nachbarstaaten gelang den Partisanen die Befreiung ohne nennenswerte Hilfe der Roten Armee, die daher nach Kriegsende auch nicht im Land stationiert war. In diesem Umstand liegt auch das Selbstbewusstsein der jugoslawischen Kommunisten begründet, das wenige Jahre später eine entscheidende Rolle im Konflikt mit der Sowjetunion spielen sollte. Zunächst jedoch gerierte sich die KPJ als treue Schülerin Stalins, und auch der Personenkult um Tito wurde nach sowjetischem Muster entworfen und umgesetzt.

Deutlich wird dies in Anweisungen, die in postjugoslawischen Archiven einsehbar sind: Der Kult um Tito wurde ab 1945 von Partei und Propagandaapparat gezielt entwickelt. Einen besonderen Ausdruck fand dieser in sogenannten Stafettenläufen, die zu Titos (vermeintlichem) Geburtstag am 25. Mai 1945 erstmals mit großem Aufwand veranstaltet wurden. Sie führten quer durch das Land in die Hauptstädte der neu gegründeten Volksrepublik Jugoslawien, während als Höhepunkt eine Parade mit Abschlusskundgebung in Belgrad stattfand. Hier huldigte die Bevölkerung ihrem „geliebten Marschall“, die Stadt war mit jugoslawischen Fahnen und Tito-Bildern geschmückt. Der ebenfalls praktizierte Kult um Stalin spielte dabei eine erkennbar untergeordnete Rolle.

Der Titokult wurde der jugoslawischen Nachkriegsgesellschaft somit von Beginn an eingeschrieben und Josip Broz dabei zur Symbolfigur der nach Kriegsende mantraartig beschworenen „Brüderlichkeit und Einheit“ des neuen jugoslawischen Föderalstaats. Gewiss teilten nicht alle die Begeisterung für das sozialistische Gesellschaftsexperiment. Die faschistischen kroatischen Ustascha-Anhänger, slowenische Domobrancan (Heimatverteidiger), die nationalistischen serbischen Tschetniks und Kollaborateure der Besatzungsmächte hatten erbitterten Widerstand gegen die Partisanen geleistet. Nun wurden sie verfolgt und fielen den als „Abrechnung mit einheimischen Feinden“ bezeichneten Aktionen wie dem Massaker von Bleiburg zum Opfer. Damit war der letzte Schritt zur Festigung der Herrschaft

⁰⁵ Zur politischen Geschichte Jugoslawiens vgl. Holm Sundhaußen, *Geschichte Jugoslawiens. 1918–1980*, Stuttgart 1982.



Abschlussveranstaltung des Stafettenlaufs zu Titos Geburtstag 1948.

Quelle: Getty Images (Walter Sanders)

der jugoslawischen Kommunisten getan, die sich nunmehr ganz dem Wiederaufbau und der Sowjetisierung des massiv zerstörten Landes widmeten.

BRUCH MIT DER SOWJETUNION

Das Selbstbewusstsein, mit dem Tito sowohl gegenüber Moskau als auch mit Blick auf die Alliierten auftrat, speiste sich aus der eigenen Machtbasis und seinen guten Verbindungen etwa zu den Kommunistenführern Albaniens, wo die Partisanen die Befreiungsbewegung unterstützt hatten, und Bulgariens. Als Tito dazu überging, offen von einer Balkanföderation zu sprechen, wurde die Sowjet-

führung unruhig. Stalin war unter keinen Umständen bereit, dem jugoslawischen Marschall einen größeren Einfluss zuzugestehen, und ließ daher die Geheimdienstaktivitäten in Jugoslawien intensivieren. Gleichzeitig wurde deutlich, dass die Sowjetunion kein besonderes Interesse an einer forcierten Industrialisierung Jugoslawiens zeigte.

Die aus dieser Gemengelage resultierenden Spannungen nahmen in der ersten Hälfte des Jahres 1948 zu, bis Tito eine Einladung des Kominform-Büros ausschlug, mit dem die Sowjetunion ihren Einfluss in Ost- und Südosteuropa auszudehnen versuchte. Es liegt nahe, dass er befürchtete, dort verhaftet zu werden, während gleichzeitig die moskautreue Fraktion der jugoslawischen Kom-

munisten die Macht in Jugoslawien übernommen hätte. Der Eklat führte am 28. Juni 1948 zum Ausschluss Jugoslawiens aus dem sowjetischen Machtbereich und damit zu einer sofortigen Beendigung aller Handelsbeziehungen zu den östlichen Nachbarstaaten. Die jugoslawischen Kommunisten reagierten geschockt, aber dem Machtzirkel um Tito gelang es mit repressiven Mitteln, den innenpolitischen Einfluss Moskaus zu brechen. Dennoch stürzte das sowjetische Verdikt den wirtschaftlich schwachen jugoslawischen Staat in eine tiefe politische und ökonomische Krise. Trotz erheblicher Anstrengungen – zum Staatsgründungstag Jugoslawiens am 29. November 1948 rief die Kominform offen zum Sturz Titos und zum Kampf gegen den „Titoismus“ auf – gelang es Stalin aber nicht, Tito abzusetzen.

Diese erste große Krise der charismatischen Herrschaft Titos mündete vielmehr in einen zweiten Bewährungsmoment: Aus der Not heraus mussten sich die jugoslawischen Kommunisten nun von Moskau distanzieren, und dies machte den Weg frei für eine Neuinterpretation der marxistischen Theorie jenseits stalinistischer Doktrin. So wurde der Ausschluss Jugoslawiens aus dem sowjetischen Machtblock zum Ausgangspunkt für die Entstehung des jugoslawischen Selbstverwaltungssozialismus und führte auch dazu, dass sich Jugoslawien neue Verbündete suchen musste, da es aus eigener Kraft nicht dauerhaft überlebensfähig gewesen wäre. Vor dem Hintergrund des beginnenden Kalten Krieges erkannte Tito in der Annäherung an den Westen eine Chance. Die USA witterten demgegenüber in der Unterstützung Titos die Gelegenheit, einen Keil in den sowjetischen Hegemonialbereich zu treiben. Dank westlicher Militär- und Wirtschaftskrise, aber auch dank des Rückhalts, den die charismatische Herrschaft Titos in der jugoslawischen Bevölkerung hatte, konnte sich Tito über Wasser halten.⁰⁶

AUF DEN BÜHNEN DER WELT

In den 1950er Jahren zeigten Wiederaufbau und Industrialisierung des Landes erste Erfolge, und nachdem Stalin im März 1953 gestorben war, wurde ab Mitte des Jahrzehnts auch eine all-

mähliche Wiederannäherung an die Sowjetunion möglich. Tito verstand es außenpolitisch exzellent, sowohl mit dem Ostblock als auch mit der westlichen Welt Geschäfte zu machen, von denen Jugoslawien profitieren konnte. Tito selbst bewegte sich mehr und mehr auf internationalem Parkett und schien sich in der Rolle des weltgewandten Staatsmanns zu gefallen. Er knüpfte außerdem wichtige Kontakte jenseits von Europa, etwa zu Ägyptens Staatschef Gamal Abdel Nasser, zu Indiens Premierminister Jawaharlal Nehru oder dem indonesischen Machthaber Sukarno. Die Kontakte zwischen diesen Staaten, die allesamt eine Politik der Unabhängigkeit von den beiden Machtblöcken in Ost und West und eigene Modernisierungskonzepte verfolgten, mündeten 1961 in einen beeindruckenden Erfolg der titoistischen Außenpolitik: Im September 1961 kamen Vertreter von 25 Staaten in Belgrad zusammen und gründeten die „antiimperialistisch“ ausgerichtete Organisation der Blockfreien Staaten, in der Jugoslawien fortan eine Führungsrolle übernehmen sollte.

Tito selbst intensivierte die außenpolitischen Beziehungen Jugoslawiens durch eine intensive Reisetätigkeit, auch in die neu entstandenen postkolonialen Staaten der „Dritten Welt“. Zwischen 1944 und 1980 absolvierte er 170 Staatsbesuche im Ausland.⁰⁷ Die Reisen Titos und der pompöse Empfang ausländischer Staatschefs in Jugoslawien wurden zu einem neuen Signum der titoistischen Herrschaft und zu einem neuen Bewährungsmoment: Die Anerkennung, die Jugoslawien hierbei zuteilwurde, wirkte in die Gesellschaft zurück, die sich ab den 1960er Jahren zu öffnen begann. Eine Rolle spielte dabei auch der Massentourismus an die Adria, der zahlreiche Jugoslawen mit Besuchern aus Ost und West zusammenbrachte, sowie die Arbeitsmigration von Jugoslawen nach Deutschland. Zudem genossen die Jugoslawen im Gegensatz zu den Bewohnern der Ostblockstaaten Reisefreiheit.

Wirtschaftlich waren die 1950er und 1960er Jahre eine Phase des stabilen Wachstums der jugoslawischen Volkswirtschaft, von dem die Bevölkerung profitierte. Konsumgüter wurden produziert und waren dank staatlich regulierter Preise auch für Durchschnittsverdiener einigermaßen erschwinglich. Dem Selbstverwaltungsso-

⁰⁶ Die westliche Politik gegenüber Jugoslawien wurde damals treffend mit *keeping Tito afloat* charakterisiert. Vgl. Ann Lane, *Yugoslavia*, Basingstoke 2004.

⁰⁷ Vgl. Drago Zdunić et al. (Hrsg.), *Drug Tito*, Ljubljana 1981, S. 385–406.

zialismus titoistischer Prägung schien es weitaus besser als den zentralistisch geführten Planwirtschaften zu gelingen, die Konsumbedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Lange Schlangen vor und leere Regale in den Geschäften waren hier die Ausnahme.

Vor diesem Hintergrund bildete sich ein gewisses jugoslawisches Selbstbewusstsein heraus. Das „jugoslawische Modell“ strahlte in die Welt aus und fand nicht zuletzt in der westlichen Studentenbewegung Sympathisanten und Anhänger. Gleichzeitig wuchs jedoch auch in Jugoslawien die Unzufriedenheit der jungen Generation: Trotz der guten Wirtschaftslage standen im Land selbst nicht genügend qualifizierte Arbeitsplätze zur Verfügung, und auch die Divergenzen zwischen der Rhetorik des Selbstverwaltungssozialismus und seiner realen, oftmals bürokratisch überformten Umsetzung waren die Gründe. So kam es 1968 in Jugoslawien zu zahlreichen, meist aus der Studentenschaft heraus organisierten Massendemonstrationen und der Besetzung etwa der Universität von Belgrad. Indem sich Tito in einer Fernsehansprache hinter die Forderung der Studenten nach einer Eindämmung der Bürokratie und einer Weiterentwicklung des Selbstverwaltungssystems stellte, anstatt der Bewegung ein gewaltsames Ende zu setzen, gelang es ihm, die Kritik in Zuspruch zu verwandeln und die Situation rasch zu beruhigen. Einmal mehr konnte sich seine Herrschaft in einer Krisensituation bewähren.

Dass die als staaterzeugender Mythos gepflegte „Brüderlichkeit und Einheit“ der jugoslawischen Ethnien durchaus nicht unverbrüchlich war, wurde zu Beginn der 1970er Jahre deutlich. Unter den Kommunisten der Nachkriegsgeneration regte sich Unzufriedenheit über den ethnischen Proporz. Der Devisenschlüssel, mit dem die Einnahmen aus dem Tourismus über das gesamte Land, das nach wie vor von einem starken Entwicklungsgefälle von Nord nach Süd gekennzeichnet war, umverteilt wurden, stand in der Kritik der kroatischen Kommunisten. Als Forderungen nach einer staatlichen Eigenständigkeit Kroatiens mit eigener Armee aufkamen, griff Tito ein. Nun setzte er allerdings auf Repression und ließ Tausende Anhänger der Reformbewegung verhaften. Auch wenn das „Krisenmanagement“ vordergründig zu einer Stärkung seiner Machtposition führte, so wurden doch bereits die Bruchlinien deutlich, an denen der Staat später zerbrechen sollte.

HÖHEPUNKT UND SCHICKSALSSTUNDE

Als die Krise ihren Lauf nahm, war Tito bereits 79 Jahre alt. Zwar funktionierte die charismatische Beziehungsstruktur zwischen Tito und seiner Anhängerschaft noch, und jenseits der politischen Säuberungen gab es durchaus liberale Freiräume in der jugoslawischen Gesellschaft, aber der Kern der „charismatischen Botschaft“, die „Brüderlichkeit und Einheit“, hatte erste Risse bekommen. Die politische Klasse reagierte mit einer Ausweitung des Titokults. Die Feiern zu Titos 80. Geburtstag wurden in einem gigantischen Massenspektakel inszeniert, die Huldigungen überschlugen sich förmlich, und die Person Tito wurde mehr und mehr mit dem Staat Jugoslawien gleichgesetzt.

Auch wenn es ein Tabu blieb, über eine mögliche Nachfolge für Tito auch nur nachzudenken, so versuchte der alternde Staatschef dennoch, eine Nachfolgeregelung zu finden. Diese wurde schließlich in der neuen Verfassung von 1974 kodifiziert und legte fest, dass die Macht nach Titos Tod – er war Präsident auf Lebenszeit – auf ein nach ethnischem Proporz zusammengesetztes Staatspräsidium übergehen sollte, dessen Vorsitz jährlich zwischen den sechs Teilrepubliken und zwei autonomen Gebieten rotieren würde. Damit war klar: Einen starken Nachfolger für Tito würde es nicht geben können.

Die Verfassung legte außerdem ein hochkomplexes System für die wirtschaftlichen Beziehungen der selbstverwalteten Betriebe fest.⁰⁸ Gleichzeitig geriet die Wirtschaft in eine Krise, deren Auswirkungen auf den Lebensstandard der Bevölkerung durch die Aufnahme von Auslandskrediten abgemildert und in weiten Teilen auch verdeckt wurden. Der Enthusiasmus, den die Partisanengeneration für das sozialistische Projekt aufgebracht hatte, verflog zusehends, und es wurde spürbar, dass der Selbstverwaltungssozialismus zunehmend in bürokratischen Regularien erstarre, ohne seine Versprechungen gehalten zu haben. Auch das Charisma Titos erstarre in jener Zeit in den immer gleichen Ritualen und Beschwörungen. Die unausgesprochene Frage: „Was wird nach Tito?“ stand wie der berühmte rosa Elefant im Raum.

⁰⁸ Vgl. Pedro Ramet, Jugoslawien nach Tito, in: Osteuropa 32/1982, S. 292–303.

Als die Nachricht vom Tod des Staatschefs am 4. Mai 1980 gegen 20 Uhr verkündet wurde, reagierte die Bevölkerung mit einer an Schock grenzenden Bestürzung. Die Bilder der Trauernden zeigten eine authentische Anteilnahme. Die Beerdigung des Partisanenführers wurde zu einem letzten Triumph Titos umgedeutet und ist bis heute einer der größten Staatsakte der neuesten Geschichte: In den Tagen zwischen dem 5. und 8. Mai nahmen im Belgrader Parlamentsgebäude mehr als eine halbe Million Menschen Abschied von Tito. Unter den Trauergästen, die am Sarg Titos vorbeizogen, befanden sich auch zahlreiche Staatschefs und ausländische Delegationen. Innerhalb von zwei Tagen waren allein 1208 Personen aus 121 Staaten auf dem Belgrader Flughafen gelandet, um den Trauerfeierlichkeiten beizuwohnen.⁰⁹

Das Staatspräsidium, das in den kommenden Jahren von farblos wirkenden Bürokraten geführt wurde, verschrieb sich einer Politik des „weiter so“ beziehungsweise in jugoslawischer Diktion „Posle Tita, Tito!“ (Nach Tito, Tito!). Am Personenkult wurde festgehalten, insbesondere durch die weiterhin jährlich stattfindenden Stafettenläufe, deren Abschlussveranstaltungen in einen immer abstruseren Gigantomanismus abgeleiteten.¹⁰

Mit dem Aufstieg von Slobodan Milošević zum Vorsitzenden der serbischen Kommunisten begann der Abschied vom Kult um den früheren Staatschef. Milošević verfolgte eine serbisch-nationalistische Agenda, die maßgeblich zum allmählichen Zerfall des Gesamtstaates beitrug. Ab 1987 fanden die Stafettenläufe nicht mehr auf gesamtstaatlicher Ebene statt, und 1990 erfolgte schließlich auch die offizielle Abkehr vom Kult um Tito, als an seinem Todestag die serbischen Medien den Personenkult kritisierten und es zu Demonstrationen gegen Tito kam. Tito wurde nunmehr für Teile der jugoslawischen Öffentlichkeiten und

politischen Eliten zur Projektionsfläche für Fehler und Versäumnisse. Aber die Stigmatisierung seiner Person führte dennoch nicht dazu, dass sein Charisma vollkommen schwand.

WAS VOM MYTHOS GEBLIEBEN IST

Nach den gewaltsamen Auseinandersetzungen, die den Zerfall Jugoslawiens begleiteten, schien zunächst nicht viel vom Glanz des Charismatikers übrig. In den vergangenen Jahren zeigt sich jedoch ein Phänomen, das als „Jugonostalgie“ bezeichnet wird:¹¹ Die Vergangenheit wird dabei zum Identitätsanker für Teile der Erlebnissgeneration und deren unmittelbare Nachfahren. Trotz aller Abgrenzungsbemühungen der ehemaligen jugoslawischen Teilrepubliken und der widersprüchlichen erinnerungspolitischen Konstellationen verweist die nostalgische Erinnerung an das sozialistische Jugoslawien auf ein kommunikatives Gedächtnis, das quer durch alle Ethnien und sozialen Schichten verläuft und dessen übergreifendes Element die Person Titos ist. In der Erinnerung an die sozialistische Vergangenheit werden die positiv empfundenen Leistungen des Systems nach wie vor mit seiner Herrschaft assoziiert. Die Jugonostalgie verweist allerdings kaum in die Sphäre des Politischen, sondern verschafft dem Charisma Titos eher einen popkulturellen Nachklang. Was von Tito bleibt, ist weniger ein politisches Vermächtnis als sein Gesicht auf Kaffeetassen, T-Shirts und Kühlschrankschrankmagneten.¹²

09 Vgl. Maja Brkljačić, *The Ritual of the Funeral of Josip Broz Tito*, 2001, http://limen.mi2.hr/limen1-2001/maja_brkljacic.html; Sead Saračević et al. (Hrsg.), *Bilo je časno živjeti s Titom* (Es war eine Ehre, mit Tito zu leben), Zagreb 1980.

10 Vgl. Marc Živojinović, *Der 25. Mai als Festtag des Titokultes*, in: *Südost-Forschungen* 67/2008, S. 253–276.

11 Siehe auch den Beitrag von Tanja Petrović in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

12 Vgl. Svetlana Boym, *The Future of Nostalgia*, New York 2001, S. 51 ff.; Ulf Brunnbauer/Stefan Troebst, Vorwort, in: dies. (Hrsg.), *Die Erinnerung an den Kommunismus in Südosteuropa*, Köln 2007, S. 1–24.

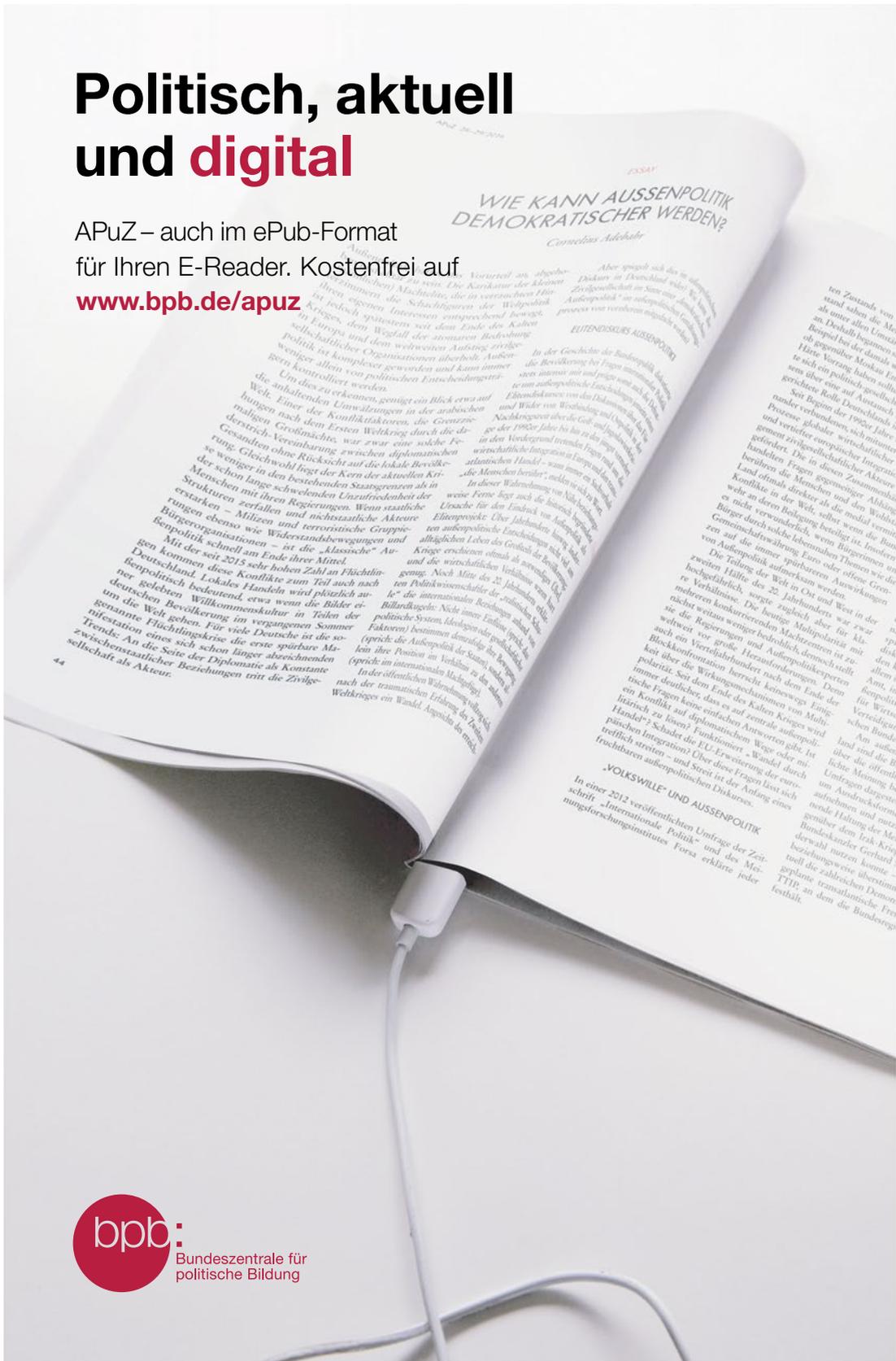
MARC HALDER

wurde mit einer Arbeit über den Titokult als Historiker promoviert und ist Referent bei der Studienstiftung des Deutschen Volkes.

halder@studienstiftung.de

Politisch, aktuell und digital

APuZ – auch im ePub-Format
für Ihren E-Reader. Kostenfrei auf
www.bpb.de/apuz



DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.

Mehr Themen.

Mehr Hintergrund.

Mehr Köpfe.

Mehr Parlament.



Direkt
zum E-Paper

www.das-parlament.de
parlament@fs-medien.de
Telefon 069-75014253



Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
Telefon: (0228) 9 95 15-0



Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 22. September 2017

REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash
Anne-Sophie Friedel (verantwortlich für diese Ausgabe)
Christina Lotter (Volontärin)
Johannes Piepenbrink
Anne Seibring
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
twitter.com/APuZ_bpb

APuZ
Nächste Ausgabe
42-43/2017, 16. Oktober 2017

(ANTI-) FASCHISMUS HEUTE

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT

Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Mörfelden-Walldorf

ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
Das **Parlament** ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
fs-medien@intime-media-services.de

Die Veröffentlichungen in Aus Politik und Zeitgeschichte
stellen keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar;
sie dienen der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter
einer Creative Commons Lizenz vom Typ
Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine
Bearbeitung 3.0 Deutschland.



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

www.bpb.de/apuz